



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des DStGB, Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Moderator Stefan Rupp, Christine Haderthauer, MdL, Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (v.l.).

Deutscher Städtetag:

Ruf nach verlässlichen Perspektiven

Jobcenter - Konjunkturpaket - Behördennummer

Der Deutsche Städtetag fordert, dass kurzfristig Klarheit über die dauerhafte Struktur der Jobcenter und die Zukunft der Optionskommunen geschaffen wird. Der Präsident des kommunalen Spitzenverbandes, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, stellte nach einer Präsidiumssitzung in Aachen klar: „Nach dem Scheitern der Verhandlungen über eine Verfassungsänderung muss sichergestellt werden, dass die Zusammenarbeit der Kommunen und der Arbeitsagenturen in den Arbeitsgemeinschaften so nahtlos wie möglich fortgesetzt werden kann.“

Die Jobcenter benötigen laut Ude in den nächsten Wochen eine verlässliche Perspektive, damit ein reibungsloser Übergang innerhalb der vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen Frist bis Ende 2010 gewährleistet werden kann. Das Gericht hatte im Dezember 2007 die Arbeitsgemeinschaften in ihrer heutigen Form wegen der damit verbundenen Mischverwaltung für verfassungswidrig erklärt.

Kommunen müssen einbezogen werden

Falls die Unsicherheit über die Zukunft der Jobcenter fortbeste-

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Fachkonferenz von DStGB und Bundesfamilienministerium:

Wirksamer Kinderschutz

Herausforderungen für die Kommunen Kooperation beim Ausbau Früher Hilfen

Bund, Länder und Kommunen kooperieren beim Ausbau der Frühen Hilfen für gefährdete Kinder. Wie groß das Interesse an einer lückenlosen Vernetzung gerade bei den zuständigen Behörden vor Ort ist, zeigt eine bundesweite Bestandsaufnahme zu Kooperationsformen im Bereich Früher Hilfen. Erste Ergebnisse der Bestandsaufnahme wurden in Berlin auf der Fachkonferenz „Wirksamer Kinderschutz - Herausforderungen für die Kommunen“ vorgestellt.

Im Rahmen der vom Bundesfamilienministerium und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund veranstalteten Tagung diskutierten 250 Beteiligte aus Politik, Praxis und Wissenschaft über Strategien eines wirksamen Kinderschutzes. Im Fokus der Veranstaltung standen drei Säulen eines effektiven Kinderschutzes: Frühes Erkennen von Belastungen und Früher Hilfen, notwendige Interventionen zum Schutz von Kindern und das Lernen aus Fehlern im Kinderschutz.

„Ein Drittel aller Kinder, die vernachlässigt und misshandelt werden, sind jünger als ein Jahr. Es sind die Aller kleinsten und Schwächsten, die besonders ge-

fährdet sind. Sie brauchen unsere Aufmerksamkeit und unseren Schutz in besonderem Maß“, betonte die Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen.

Dichtes Netz von Hilfen

„Wir müssen deshalb ein dichtes Netz von Hilfen knüpfen, das gefährdete Kinder sicher auf-fängt und trägt. Die frühen Hilfen müssen lückenlos in ganz Deutschland zwischen der Jugendhilfe, dem Gesundheitswesen, Erziehungs- und Schwangerenberatung, Kindergärten und der Polizei vernetzt werden.“

Entscheidend sei, dass die Ver-

antwortlichen miteinander kooperieren, „damit Kinderschutz nicht dem Zufall überlassen bleibt“, so von der Leyen. Hier könne und müsse man aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. „Wir brauchen aber auch den unmissverständlichen rechtlichen Rahmen, um Kinder wirksam zu schützen. Die Bundesregierung hat deshalb das Kinderschutzgesetz auf den Weg gebracht, um zum Beispiel zu verhindern, dass Familien, die auffällig geworden sind, durch einen Umzug einfach abtauchen können.“

Beratung und Schutz

Erste Ergebnisse einer vom Deutschen Institut für Urbanistik (DIfU) erstellten Bestandsaufnahme zeigen, dass 89 Prozent der Ämter, die daran teilgenommen haben, bereits im Bereich Früher Hilfen aktiv sind. Dabei arbeiten die Jugendämter besonders eng mit Trägern der Familienhilfe, Familienberatungsstellen, Kinderschutzzentren und

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bundesregierung legt Handlungskonzept vor:

Ländlicher Raum ist mehr als ein Urlaubsparadies

Von Klaus Hofbauer MdB, landwirtschaftspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

Mehr als die Hälfte der Bayern wohnt außerhalb der großen Städte. Sie profitieren dort von den besseren Möglichkeiten des Eigenheimbaus und den engeren sozialen Kontakten. Der ländliche Raum nimmt in Bayern 88 Prozent der Fläche ein. Mit seinen oft familiär geprägten High-Tech-Firmen und den bäuerlichen Landwirtschaftsbetrieben hat er eine hohe wirtschaftliche Bedeutung für Deutschland. Auf der anderen Seite leiden die Menschen im ländlichen Raum unter den zum Teil selten verkehrenden Bussen und langsamen Internetanschlüssen. Viele Landarztpraxen schließen, weil sie keinen Nachfolger finden und Krankenwagen sind längst nicht so gut ausgerüstet wie in der Stadt.

In der Vergangenheit wurde von den Gemeinden regelmäßig eine stärkere Vernetzung gefordert. Ein Vorschlag war, die Rentabilität von Gewerbegebieten zu erhöhen, indem diese gemeindeübergreifend angelegt werden.

Die Breitbandstrategie ist ein erster Erfolg der besseren Vernetzung

Diese Vernetzung ist jedoch nicht nur auf der kommunalen Ebene notwendig. Auch die Aktivitäten der beteiligten Bundesministerien müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Insbesondere sollen die verschiedenen Förderprogramme so gestaltet werden, dass sich ein stimmiges Gesamtbild ergibt. Um den ländlichen Raum aus

einer solchen verknüpften Gesamtperspektive zu entwickeln, wurde auf Initiative der CSU eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet. Insgesamt neun Bundesministerien haben sich jetzt auf ein Handlungskonzept zur Weiterentwicklung der ländlichen Räume geeinigt.

Es geht im Grunde um die Frage, wie trotz der geringen Bevölkerungsdichte im ländlichen Raum die Leistungen des öffentlichen Nahverkehrs, der Aus- und Weiterbildung, der medizinischen Versorgung, der Telekommunikation, der Kinderbetreuung und der Altenpflege zu-friedenstellend erbracht werden können. Schon die gemeinsame Arbeit am Handlungskonzept trägt Früchte, wie das Beispiel der Breitbandstrategie zeigt.

Damit dieses Handlungskonzept erfolgreich umgesetzt werden kann, müssen die Politikbereiche auch in Zukunft stärker als bisher vernetzt werden.

Enge Zusammenarbeit

Deshalb sollen die Ministerien für Wirtschaft, Verkehr, Finanzen, Umwelt, Arbeit, Bildung, Familie auch bei der Umsetzung des Konzepts unter der Koordination des Bundesministeriums für Landwirtschaft eng zusammenarbeiten.

Sie lesen in dieser Ausgabe

Ein Haushalt mit mutigen Visionen	Seite 2
Klinikchefs fordern rasche Auszahlung	2
Sonderregelung für Feuerwehr-Führerschein	2
GZ-Kolumne Anne-Marie von Hassel:	
Gemeinsamer Kommunikationscode gefordert	3
Klimaschutz in den Städten	3
Bundeswettbewerb Bioenergie-Regionen	4
GZ-Fachthemen:	
Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen	5 - 0
Dienstleistungen für Bayerns Kommunen	11-13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Aufruf zum Mitmachen:

Bücher aus dem Feuer

Lesungen zum Jahrestag der Nazi-Bücherverbrennung am 10. Mai

Verbrannt, verboten, verbannt - die Namensliste der Autorinnen und Autoren ist lang. Unzählige Intellektuelle, Künstlerinnen und Künstler wurden ihrer Heimat und Arbeit beraubt, viele wurden ermordet oder in den Tod getrieben. Das darf nicht vergessen werden.

Deshalb finden alljährlich am 10. Mai zahlreiche Gedenkveranstaltungen statt. „Viele bayerische Kommunen unterstützen seit Jahren die Aktion Bücherlesung“, bedankt sich der Initiator, TV-Moderator Gerhard Schmitt-Thiel.

Zum 76. Jahrestag der Bücherverbrennung werden auch heuer zahlreiche Lesungen aus den Werken jener Autoren stattfinden, deren Vernichtung die Nazis beschlossen hatten. Schmitt-Thiel konnte wieder viele prominente Mitstreiter gewinnen.

Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.buecherlesung.de.

Neues von Sabrina



„Ein gutes Gespräch ist der Kompromiss zwischen Reden und Zuhören“, meint die Vorzimmerperle und bezieht sich dabei auf die Veranstaltungsreihe ihres Chefs „Der Bürgermeister im Gespräch“, bei denen die Leute auch wirklich zu Wort kommen und ihre Anliegen ernst genommen werden. Seite 15

Landtag verabschiedet den Etat 2009/2010:

Ein Haushalt mit mutigen Visionen

Keine neuen Schulden, aber Nachtragshaushalt für den Herbst angekündigt
Opposition spricht von Schaumschlagerei

Im Zeichen der Konjunkturkrise hat der Bayerische Landtag den Doppelhaushalt 2009/2010 mit den Stimmen der CSU-FDP-Koalition verabschiedet. Er umfasst für heuer fast 40,9 Mrd. Euro und für das kommende Jahr zunächst 41,1 Mrd. Euro. Im November wird es nach der Herbst-Steuerschätzung einen Nachtragsetat geben. Darin stimmen Koalition und Opposition überein. Schon im Mai wird die Frühjahrsprognose der Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft erste, erwartungsgemäß negative Zahlen zur Entwicklung der Steuereinnahmen ergeben. Ministerpräsident Horst Seehofer sprach von einem Haushalt „mit ganz mutigen Visionen“. Für die Opposition treibt die Staatsregierung Schaumschlagerei, wie Franz Maget (SPD) zusammenfasste.

Die drei Tage beanspruchende Schlussberatung der zehn Haushaltsbücher für die Fachministerien, dazu die Allgemeine Finanzverwaltung und der Kommunale Finanzausgleich, kumulierte wie üblich beim Etat des Ministerpräsidenten. „Wir wollen die Zukunft gestalten und nicht Vergangenheit reparieren“, sagte Seehofer. Dafür gebe der Haushalt die Gesamtkonzeption mit ganz mutigen Visionen.

Konjunkturförderung

Finanzminister Georg Fahrenschon ergänzte dies dann bei der Aussprache zum Allgemeinen Finanzhaushalt und zum Haushaltsgesetz mit den Worten, der Doppelhaushalt „ist unser Instrument, um dem Konjunkturabschwung die Tiefe zu nehmen und ihn schneller wieder in den Aufschwung übergehen zu lassen“.

Kommunen sind entscheidende Akteure

Die Situation der Kommunen spielte eine wichtige Rolle. Sie „kennen die Sorgen und Bedürfnisse ihrer Bürger am besten und sind der Lösung am nächsten“, Städte, Landkreise und Gemeinden sind jetzt entscheidende Akteure“, so der Minister. Dafür stehe der Finanzausgleich. Er steigt gemäß den Vereinbarungen mit den kommunalen Spitzenverbänden vom Dezember heuer um rund 226 Mio. Euro (+3,6%) auf ein „Rekordniveau“ von 6,8 Mrd. Euro (davon 6,3 Mrd. reine Landesleistungen) und macht, so der Minister, fast 17% des Ausgabevolumens des Freistaats aus. Schwerpunkte sind Straßenbau, Schulen und Sanierung öffentlicher Gebäude. Auf den FAG 2010 ging Fahrenschon noch nicht näher ein.

Er und CSU-Haushaltssprecher Georg Winter betonten besonders, dass es gelungen sei, den Etat heuer ausgeglichen und ohne Neuverschuldung zu gestalten. Sie räumten ein, das sei nur mit Hilfe der Rücklagen gelungen, die jetzt freilich weitgehend aufgebraucht seien. Die 10 Mrd. Euro, mit denen der Freistaat in die marode BayernLB eingestiegen ist, wird im Gesamthaushalt gesondert ausgewiesen. Dass es die Rücklagen gab, sei Dank der soliden Haushaltspolitik der letzten Jahre - ohne Neuverschuldung ab 2006 mit gleichzeitiger erhöhter Schuldenentlastung - gelungen. Die von der Opposition aktuell an Mehrausgaben geforderten mehr als drei Milliarden Euro seien utopisch.

Tafelsilber verkauft

Maget und Thomas Mütze für die Grünen ließen das nicht gelten. Sie sprachen von Selbstherrlichkeit, unseriösen Versprechungen und geschönten Berechnungen: In den guten Jahren habe die Regierung Stoiber das Tafelsilber verkauft, aber nicht die nötigen Akzente gesetzt. Dass hierzu Bildung, Klima- und Umweltschutz sowie Investitionen gehören, war wiederum übereinstimmende Meinung von Koalition und Opposition. Maget und Mütze meinten, wenn die CSU-Regierungen im vergangenen Jahrzehnt auf die Vorschläge der Opposition eingegangen wären, sähe es u. a. im Bildungssektor heute besser aus. Auch die Oppositionssprecher verwiesen auf die wichtige Rolle der Kommunen, die von der Staatsregierung nicht im notwendigen Umfang gewürdigt

werde. Sie appellierten an die FDP, sich in den Punkten besser durchzusetzen, in denen sie im Landtagswahlkampf die CSU kritisiert habe.

Gezielte Hilfen

Die Freien Wähler bemühten sich um konstruktive Opposition, wie sie Fraktionsvorsitzender Hubert Aiwanger umriss. Er schloss sich weitgehend der SPD/Grünen-Kritik an, bot dem Ministerpräsidenten unter Gelächter der CSU aber konstruktive Hilfe an. Aiwanger forderte u. a. gezielte Hilfe für die Kommunen. Sein finanzpolitischer Sprecher Manfred Pointner verwies auf FW-Anträge, unter anderem den Kfz-Steuerverbund von 51% auf 55% zu erhöhen.

Das Leben ist kein Wunschkonzert

FDP-Fraktionsvorsitzender Thomas Hacker warf der Opposition unseriöses Handeln vor. Zwar sei vieles wünschenswert, „aber das Leben ist kein Wunschkonzert“. Die FDP habe dem Zahlenwerk jedoch einen „libe-

Bayerns Klinikchefs fordern:

Rasche Auszahlung der Finanzierungshilfen

Vertreter der Großkrankenhäuser tagen in Bayreuth

Die Finanzierungshilfen für die Krankenhäuser, die die Koalitionsregierung Ende letzten Jahres beschlossen hat, müssen schnellstens bei den einzelnen Kliniken ankommen. Dies ist eine zentrale Forderung der bayerischen Großkrankenhäuser, die sich am Donnerstag und Freitag dieser Woche im Klinikum Bayreuth zu ihrer jährlichen Arbeitstagung treffen.

Der Gastgeber der Tagung, der Geschäftsführer der Klinikum Bayreuth GmbH, Roland Ranfl, wies darauf hin, dass die Krankenhäuser in den Jahren 2008 und 2009 um rd. 8% gestiegene Löhne und Gehälter schultern müssten. „Die für die Krankenhäuser vorgesehenen finanziellen Mittel dürfen jetzt nicht bei den Krankenkassen liegen bleiben, sondern müssen schnellstmöglich bei den Kliniken ankommen.“ Hintergrund der Diskussion ist das Krankenhausfinanzierungsreformgesetz (KHRG), das der Bundestag nach über einem Jahr heftigen

politischen Streits wenige Tage vor Weihnachten letzten Jahres beschlossen hat.

Verhandlungen dauern an

Die zentrale Forderung der Kliniken, eine Finanzierungsgrundlage für die letzten Tarifabschlüsse zu schaffen, erfüllte der Gesetzgeber jedoch nur zum Teil. Die Koalition hat beschlossen, dass die Krankenhäuser grundsätzlich eine Finanzierung in Höhe von 50% erhalten. Einen konkreten Zuschlag müssen auf der Bundesebene der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen und die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) vereinbaren.

Auch Siegfried Hasenbein, der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), fordert deshalb eine schnelle Einigung: „Die im Gesundheitsfonds für die Krankenhäuser bereitgestellten Mittel werden monatlich an die Krankenkassen ausbezahlt, während die Krankenhäuser enorme ungedeckte Kosten schultern müssen. Die Mittel müssen auch an die Kliniken fließen“, fordert er. Und die Verhandlungen hierüber drohen sich in die Länge zu ziehen.

Mehr Mittel für Kliniken

Bisher war die Anpassung der Krankenhausbudgets in Gänze abgekoppelt von der Lohnentwicklung. Die jährlich gewährte Budgetsteigerung war völlig unzureichend und der Sachverhalt, dass Personalkosten der Hauptkostentreiber in Dienstleistungsbetrieben sind, hätte auch dem Gesetzgeber bekannt sein müssen. Ohne eine betragsmäßige Festsetzung des landesweiten Basisfallwertes, der die Grundlage für die Berechnung von Krankenhausbudgets bildet, können die Kliniken eigentlich gar keine Kalkulation vornehmen. Der Basisfallwert wird in Bayern noch hart verhandelt und wäre bei einer Festlegung auf zu niedriger Basis ein elementarer Faktor, Krankenhäuser in die roten Zahlen zu treiben.

Fahrenschon:

Sonderförderprogramm für Ganztagschulen

„Mit der Zustimmung des Landtags zum Doppelhaushalt kann das bayerische Sonderförderprogramm für den zukunftsorientierten Ausbau von Ganztagschulen starten“, erklärte Finanzminister Georg Fahrenschon.

Beim Bildungsgipfel im Februar hatten sich die Bayerische Staatsregierung und die kommunalen Spitzenverbände darauf verständigt, den Ausbau von Ganztagschulen in allen Schularten voranzutreiben. So sieht das Ausbaukonzept der Staatsregierung unter anderem bis 2013 gebundene Ganztagszüge für insgesamt 540 Grundschulen, 600 Hauptschulen und alle 186 Förderzentren sowie Schulen zur Lernförderung grundsätzlich in allen Jahrgangsstufen, ebenso für alle Realschulen und alle Gymnasien in den Jahrgangsstufen 5 und 6 und für alle Wirtschaftsschulen in einer Jahrgangsstufe vor.

Mit dem nun aufgelegten Sonderförderprogramm werden die regulären Fördersätze um 15 Prozentpunkte angehoben, eine Kommune mit landesdurchschnittlichen Finanzdaten erhält damit eine Förderung von 50 Prozent ihrer Baukosten. Außerdem wurde die Bagatellgrenze, ab der Bauvorhaben förderfähig sind, auf 50.000 Euro abgesenkt.

Grundlage für die Förderung ist ein individuell abgestimmtes pädagogisches Konzept. Gefördert werden Baumaßnahmen. Die Kommunen können Anträge zum sofortigen Maßnahmenbeginn ab sofort bei den Bezirksregierungen stellen.

In einer ausführlichen Analyse der jüngsten Krankenhausreform stießen den bayerischen Klinikmanagern noch weitere Punkte auf. Neben steigenden Patientenzahlen führt auch ein höherer Schweregrad der Erkrankungen zu einem Absinken der Vergütung. „Damit wird das Morbiditätsrisiko der Bevölkerung bei den Krankenhäusern abgeladen, dies ist eine besonders perfide Form der Budgetierung“, kritisierten Ranfl und Hasenbein. Auch ein mehr an Patienten wird nicht in vollem Umfang vergütet.

Die Vergütung von Mehrleistungen muss vorab mit den Krankenkassen auf dem Verhandlungswege vereinbart werden. Sollte keine Einigung erzielt werden, erhält die Klinik nur 35% der regulär dafür vorgesehenen Erlöse. Die anfallenden Kosten können damit natürlich nicht gedeckt werden. Trotz alledem werden die kommunalen Krankenhäuser auch weiterhin versuchen, ihrem Auftrag zur umfassenden Versorgung der Bevölkerung gerecht zu werden.

Ab in die Sonne!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

Verdoppelung der staatlichen Zuschüsse für Breitbandausbau:

Schnelles Internet und weniger Bürokratie

Anregungen der Kommunen aufgegriffen

Bayern macht Tempo beim Breitbandausbau in der Fläche. Der Ministerrat hat eine deutlich höhere Förderung des besonders schnellen Internets beschlossen: Der Höchstbetrag für den staatlichen Zuschuss steigt von 50.000 Euro auf nun 100.000 Euro pro Gemeinde. Zugleich wird der Fördersatz von 50 Prozent auf 70 Prozent angehoben. Außerdem wird durch die Zusammenlegung einzelner Antragsschritte künftig auch das Förderverfahren für die Kommunen erleichtert.

Optimierte Bedingungen

Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil: „Mit der deutlichen Anhebung der staatlichen Zuschüsse und des Fördersatzes können die bayerischen Gemeinden den Ausbau von schnellem Internet zu optimierten Bedingungen verstärkt in Angriff nehmen. Wir haben dazu auch die Anregungen der Kommunen aufgegriffen.“ Er sei sicher, dass die Verbesserungen am Förderprogramm die Breitbanderschließung gerade in den ländlichen Regionen Bayerns beschleunigen werden. Ziel der Staatsregierung ist es, so Zeil, bis Ende 2010 die bisher noch nicht versorgten Gebiete in Bayern mit schnellem Internet zu erschließen. Mit der Breitbandförderinitiative unterstützt Bayern seit 2008 den Ausbau von schnellem Internet in den Kommunen. Bisher standen dafür 19 Millionen Euro

Fördermittel zur Verfügung. Über das Zweite Konjunkturpaket kann, laut Zeil, der staatliche Förderbetrag für den Breitbandausbau in Bayern nun auf rund 38 Millionen Euro verdoppelt werden. Davon wurden bereits 1,3 Millionen Euro für Planungen und Infrastrukturvorhaben von über 300 Gemeinden genehmigt und in 20 Gemeinden hat die Staatsregierung den konkreten Ausbau finanziell unterstützt. „Das Bayerische Förderprogramm hat sich gut entwickelt.“

Bestandteil der Bundesstrategie

Allerdings haben zuletzt viele Gemeinden wegen vielversprechender Ankündigungen der Bundesregierung zur Breitbandstrategie gezögert, das bayerische Förderprogramm zu nutzen“, so Zeil. Mittlerweile sei allerdings klar: Ein eigenständiges Förderprogramm des Bundes wird es nicht geben. Vielmehr hat der Bund das Förderprogramm Bayerns als Bestandteil seiner eigenen Breitbandstrategie bestätigt.

Zügige Genehmigung

„Zu den weiteren Verbesserungen des Bayerischen Breitbandprogramms haben wir intensive Gespräche mit der Europäischen Kommission geführt. Ich rechne daher mit einer zügigen Genehmigung“, so Zeil abschließend.

CSU steht zu Kommunen

Parlamentarischer Abend mit Georg Schmid beim Bayerischen Gemeindetag

„Die CSU-Landtagsfraktion ist und bleibt ein verlässlicher Partner der Kommunen und des Bayerischen Gemeindetags“, sagte Georg Schmid, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, bei einem Parlamentarischen Abend des Bayerischen Gemeindetags in München.

„Wir nehmen die Anliegen der Gemeinden und Städte ernst und tauschen uns mit dem Bayerischen Gemeindetag regelmäßig über aktuelle kommunalpolitische Themen aus.“ Gemeindetagpräsident Dr. Uwe Brandl dankte für den steten Dialog, nutzte aber auch die Gelegenheit, aktuelle Themen kritisch anzusprechen. Er führte die unterschiedliche Umsetzung des Konjunkturpakets II in den sieben Regierungsbezirken sowie die ungelösten Probleme beim Landesentwicklungsprogramm an. „In diesen Bereichen besteht Handlungsbedarf. Die kreisangehörigen Gemeinden und Städte erwarten hier mehr Rücksicht auf ihre Belange.“

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Adolf Berger
94369 Rain
am 24.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hermann Dumbs
83527 Haag i. OB
am 1.5.

Bürgermeister Günther Jakob
97535 Wasserlos
am 21.4.

Bürgermeister
Wolfgang Widmaier
97469 Gochsheim
am 22.4.

Bürgermeister Heinz Hilger
85551 Kirchheim
am 22.4.

Bürgermeister Robert Finster
97447 Frankenwinheim
am 29.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Miehling
91785 Pleinfeld
am 28.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jörg Nowy
93348 Essing
am 21.4.

Bürgermeister Thomas Zinnecker
86447 Aindling
am 29.4.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerald Rost
84177 Gottfrieding
am 1.5.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Positionspapier des Deutschen Städtetags:

Klimaschutz in den Städten

Der Deutsche Städtetag hat vor dem Hintergrund der weltweiten Debatte ein Positionspapier zum Klimaschutz erarbeitet, in dem sowohl Empfehlungen für lokale Aktivitäten zur Begrenzung des Klimawandels dargelegt als auch Forderungen der Städte gegenüber Bund und Ländern formuliert werden. Das Papier trifft insbesondere Aussagen zu den Schwerpunktthemen **Energieerzeugung, Energieeinsparung/Energieeffizienz, Entsorgungsinfrastruktur, Stadtentwicklung, Bauleitplanung, Wohnungswesen, Verkehr und Öffentlichkeitsarbeit.**

1. Energie

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien im Strombereich muss laut Städtetag massiv vorangetrieben werden. Die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ist zu nutzen, um weitere Marktanteile zu schaffen. Zudem sind die Förderung des Neubaus und der Modernisierung von KWK-Anlagen sowie der Ausbau der Nah- und Fernwärmenetze durch den Bund massiv zu verstärken. Zudem müssen Mechanismen geschaffen werden – ggf. im Rahmen der Netzentgeltregulierung –, die verstärkte Investitionen in Energieeffizienz auch bei der Netzinfrastruktur ermöglichen.

2. Wohnungswesen und Gebäudesanierung

Die Inanspruchnahme zinsvergünstigter Kredite aus dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm ist vielen Städten mit angespannter Haushaltslage und Haushalts-sicherungskonzepten verwehrt. Im Bereich des Wohngebäudebestandes sollte vorrangig auf

insbesondere z. B. Fassadensanierungen und Fenster. Notwendig sind auch eine Verstärkung des Investitionspaktes zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zur energetischen Modernisierung der sozialen Infrastruktur und eine räumliche Konzentration der KfW-Förderung auf die Innenentwicklung zentraler Orte. Bund und die Länder müssen darüber hinaus ihren Beitrag leisten, um die Gemeinden dabei zu unterstützen, beispielhaft Möglichkeiten zum Klimaschutz aufzuzeigen, z. B. in Form von Broschüren und Arbeitshilfen oder durch Unterstützung von Initiativen und Modellprojekten, die an energetischen Zielen orientiert sind.

5. Verkehr

Bei der Förderung des Gemeindeverkehrs und damit letztlich auch der alternativen Verkehrsträger ÖPNV, Rad- und Fußverkehr ziehen sich Bund und Länder zunehmend aus ihrer klimapolitischen Verantwortung zurück. So wurde im Zuge der Föderalismusreform

haben im Schienenwegebau vor-behaltene 20 %-Anteil am gesamten GVFG-Volumen von jährlich 1,67 Mrd. Euro ist von Inhalt und Volumen bis 2019 gesichert. Die sog. Landes-GVFG-Mittel, die immerhin 80 % des GVFG-Potfes ausmachen, sind seit 2007 in die Verantwortung der Länder übergegangen und nur bis zum Jahre 2013 hinsichtlich ihrer Höhe und verkehrlichen Zweckbindung gesichert. Hier sollten sich laut Städtetag die Länder frühzeitig zur Förderung des Gemeindeverkehrs auch in Zukunft bekennen und dabei gleichzeitig eine größere Flexibilität hinsichtlich der finanziellen Unterstützung auch von Investitionen zur Grundsanierung von Verkehrsanlagen sowie bei der Radverkehrsförderung praktizieren.

SPNV und ÖPNV

Im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs hat der Bund seine Verantwortung an die Länder übertragen, die im Gegenzug vom Bund die Regionalisierungsmittel zur Bestellung des SPNV und für die Schieneninfrastruktur erhalten. Mit den beschlossenen Kürzungen der Regionalisierungsmittel wird der Bund seinen Verpflichtungen schon jetzt nicht mehr im vollen Umfang gerecht. Eine solche Entwicklung konterkariert die beschlossenen Klimaschutzziele der Bundesregierung. Umso wichtiger ist es deshalb, dass der kommunale Querverbund, der mit 1,3 Mrd. Euro zur Finanzierung des ÖPNV einen wesentlichen Beitrag leistet, erhalten bleibt.

Als notwendige Schritte zur Veränderung der steuerrechtlichen und technischen Rahmenbedingungen sind neben einer Beseitigung aller steuerlichen Anreize zum Siedeln und Pendeln ins Umland vor allem die verbindliche Vorgabe stadtvertraglicher Emissionsgrenzwerte bezüglich des Lärm- und Schadstoffausstoßes, insbesondere die verbindliche Anordnung von Partikelfiltern für Pkw und LKW, eine steuerliche Förderung der Nachrüstung und Neuanschaffung emissionsarmer Fahrzeuge sowie die Orientierung der Kraftfahrzeug-Steuer an der Höhe der CO₂-Emissionen so schnell als möglich einzuleiten. Die Verantwortung hierfür liegt in erster Linie beim Bund und den Ländern, so der Deutsche Städtetag. **DK**

das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zum Auslaufmodell erklärt; lediglich der dem GVFG-Bundesprogramm für Großvor-

Anzeigen in der GZ
Ihre Ansprechpartnerin:
Constance von Hassel
Telefon: 08171/9307-11
Fax: 08171/80514
Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>
eMail: info@gemeindezeitung.de

eine Verstärkung und den Ausbau vorhandener Förderanreize gesetzt werden.

3. Entsorgungsinfrastruktur

Im Abwasserbereich muss das EEG so novelliert werden, dass Klärgasanlagen mit dem gleichen Fördersatz wie Biogasanlagen gefördert werden. Darüber hinaus sollte das EEG ebenfalls Anreize z. B. zur gemeinsamen Vergärung organischer Substrate oder zur Einführung neuer Technologien wie z. B. der Geothermie setzen. Um die Potentiale moderner Müllverbrennungsanlagen noch besser auszuschöpfen, ist es notwendig, die Müllverbrennung weiterhin aus dem Emissionshandel herauszuhalten, da die Art der Vorbehandlung keine jährliche Reduzierung der Emissionen erlaubt und die von der MVA substituierte Primärenergie weder bei Wärme noch bei Strom gutgeschrieben wird.

4. Stadtentwicklung

Die Städtebauförderung von Bund und Ländern muss sich weiter konzentrieren auf die Stärkung von Innenstädten und Ortsteilzentren, Maßnahmen der Sozialen Stadt, Wiedernutzung brachliegender und brachfallender Flächen, z. B. im Rahmen des Stadtumbaus, Förderung des Umbaus und der Umnutzung von Gebäuden sowie der Instandsetzung und Modernisierung des Gebäudebestandes,

Auftakt zum Stromsparpreis der Gemeinde Buttenwiesen:

Ab jetzt wird gespart

Energiesparen schon nicht nur Klima und Geldbeutel, sondern kann sogar richtig spannend sein. So lautet das Fazit des Buttenwiesener Energiesparabends, der Auftaktveranstaltung zum Stromsparpreis, zu dem die Gemeinde geladen hatte. Unterstützt wurde die Veranstaltung von der Lechwerke AG (LEW).

Die Gemeinde Buttenwiesen ist beim Thema Energie bereits seit einigen Jahren aktiv. Um nur einige Schlagworte zu nennen: Solarpark am Maierhof, Fernwärme, Bürgersolardächer auf allen geeigneten öffentlichen Dachflächen, 3. Platz in der Solarbundesliga.

2009 ist Energiesparjahr

Weil der Einsatz regenerativer Energien und Energiesparen dem Klima doppelt nutzen, hat die Gemeinde das laufende Jahr mit der Auslobung des Stromsparpreises nun zum Energiesparjahr erklärt. Um was es dabei geht, erläuterte Bürgermeister Norbert Beutmüller zum Auftakt. „Die drei Buttenwiesener Haushalte, die ihren Stromverbrauch im Vergleich zum Vorjahr am stärksten senken und am effizientesten mit Energie umgehen, gewinnen attraktive Preise im Gesamtwert von 1000 Euro.“ Als Anerkennungspreise stellt LEW zehn so genannte En-

ergiesparkoffer zur Verfügung: Sie enthalten spezielle Steckerleisten, Energiesparlampen und Strommessgeräte.

Viel Potenzial bei Heizung

Wie man ohne Einschränkung von Wohnkomfort und Lebens-



Energiesparen leicht gemacht: Bürgermeister Norbert Beutmüller (links) und LEW-Energieberater Bernhard Janka präsentieren zwei Energiesparlampen. Bild: LEW/Annette Zöpf

GZ

Kolumne

Anne-Marie von Hassel

*keine Leserrinnen
mehr lesen.*

Alle gängigen Kommunikationsmodelle lehren uns, dass Verständigung nur dort möglich ist wo „Sender“ und „Empfänger“ über einen gemeinsamen „Code“ verfügen. Zeichen, Gestik und Mimik müssen ausreichen, wenn der Informationsaustausch nonverbal bleibt. In aller Regel nutzen wir für Dialoge die Sprache. Doch selbst wenn wir die gleiche Sprache sprechen, können Dialekt, Soziolekt, Ideolekt, oder was die Linguisten sonst noch alles erforscht haben, dazu führen, dass wir aneinander vorbei reden und es nicht einmal merken.

Ich möchte mein Problem anhand einer kleinen Geschichte erläutern. Als kürzlich Prof. Dr.

Kommunikation ist nur dort möglich, wo man die gleiche Sprache spricht

Thiess Büttner bei der Fachkonferenz des Bayerischen Städtetags in der Politischen Akademie Tutzing über die Zukunft des Kommunalen Finanzausgleichs referierte, kam die schwierige Kassenlage der Kommunen zur Sprache. Die Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke brauchen zur Erfüllung ihrer Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge die entsprechenden Mittel. Im Fachjargon „Zooeffekt“ genannte Ausgaben kosten die Städte sehr viel Geld.

Den Vorschlag des Referenten, an eine bestimmte Steuer - ich mag gar nicht wiederholen, welche - heranzugehen, lehnten Städtetagsvorsitzender Hans Schaidinger und mit ihm die anwesenden Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker rundweg ab, weil diese Steuer die Beziehung zwischen Wirtschaft und Kommune ganz empfindlich beeinträchtigen würde.

Für mich interessant in diesem Zusammenhang ist jedoch die Wortwahl des Referenten, sprach er doch tatsächlich - und ich zitiere wörtlich - von der „Zahlungsbereitschaft der Bürger“, die „abzugreifen“ möglich sei.

Meine Bedenken, dass die meisten Steuerzahler nicht differenzieren, welche öffentliche Hand ihnen in die Tasche greift, wurden schnell weggewischt. Auch mein Hinweis, dass sich der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Rolf Baron von Hohenhau, kürzlich in seiner Empörung über die Steuerfindungskreationen der



Politik zu sehr derben Formulierungen verstiegen hat, fruchtete nicht. „Zahlungsbereitschaft abgreifen“ sei nämlich, so Büttner, einfach ein Fachterminus. Da lasse sich gar nichts machen. Die Fachleute der Steuergesetzgebung wüssten darüber Bescheid.

Als „kleine BWLerin“ habe ich vor 32 Jahren mein Examen abgelegt. Aus meiner Fachdisziplin kenne ich die Definition der abgreifbaren Zahlungsbe-

reitschaft im Zusammenhang mit Marketingstrategien. Man betreibt ein Angebots- und Preismanagement, bei dem die Kundennachfrage zum größtmöglichen Eigennutzen optimiert wird. Dafür gibt es immer neue aufregende Formulierungen: Kundenfokussierung, Customizing, Ertragswertorientiertes Kundenmanagement, Clienting, Systematisches Kundenbindungsmanagement oder Relationship Management. Das hört sich alles toll an; läuft aber darauf hinaus, dass sich die Unternehmen bei ihrer Kunden-Orientierung nicht nach Kundenwünschen richten, sondern danach, auf möglichst einfache, billige Weise möglichst viel von dieser Zahlungsbereitschaft abzugreifen, also „Kohle zu machen“. Wer als Kaufmann so agiert, macht meist nur einmalige Geschäfte. Wer hingegen seine Kunden langfristig an sich binden möchte, tut gut daran, sich an deren echten Bedürfnissen zu orientieren.

Eine freiwillige „Bereitschaft“ zu weiteren Zahlungen seitens der Bürger an ihren Staat oder an die Kommune kann ich nicht ausmachen. Und der Begriff „abgreifen“ findet im nicht-wirtschaftswissenschaftlichen Sinn nur sehr umgangssprachliche Verwendung. Da gibt es zum Einen die Bedeutung des (unsittlichen) Berührens und Begrapschens, zum Anderen ist das Wort negativ belegt, denn es steht für belaulen, stehlen, entwenden oder stibitzen.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Wissenschaft der Politik einen guten Dienst erweist, wenn sie ihr eine Diktion oktroyiert, die negative Assoziationen bei den Bürgern verstärkt. Wie eingangs erwähnt: Kommunikation findet dort statt, wo man sich eines gemeinsamen Codes bedient. In diesem Sinn haben die Bürger bestimmte Vorstellungen, wie groß ihre „Zahlungsbereitschaft“ ist und was „abgreifen“ bedeuten kann.

Das sollten die Politiker nicht vergessen. Und noch mehr sollten sie daran denken, woher die Bereitschaft so vieler Mitbürger kommt, nach nicht immer legalen - Möglichkeiten zu suchen, um Steuern zu sparen.

Anne-Marie von Hassel

Stromverbrauch spielt die Heizung eine größere Rolle, als die meisten Hausbesitzer vermuten: „Eine alte Umwälzpumpe verbraucht zwischen 500 und 800 Kilowattstunden Strom pro Jahr, eine neue Hocheffizienzpumpe dagegen nur etwa 60 bis 150 Kilowattstunden.“

Verhaltensänderungen im Alltag

Darüber hinaus zeigte der LEW-Energieberater weitere Alternativen zum Stromsparen im Haushalt auf: Von ausschaltbaren Steckerleisten, die den versteckten Stromverbrauch von Elektrogeräten im Stand-by unterbinden, über den Einsatz von Stromsparsparleuchten bis hin zu Verhaltensänderungen im Alltag: „Jeder Haushalt kann hier einen Beitrag leisten. In der Summe kann das eine große Wirkung haben“, so Janka.

Verborgene Stromfresser

Bürgermeister Beutmüller konnte diese Einschätzung nur bestätigen: „Wir haben im Rathaus in den vergangenen Wochen Strommessungen durchgeführt. Obwohl wir schon immer sparsam mit Energie umgehen, ist das Ergebnis verblüffend. Es gibt viele verborgene Stromfresser, deren Verbrauch man mit ein bisschen Achtsamkeit deutlich reduzieren kann. Sein eigenes Verhalten energieeffizient zu optimieren, macht sogar Spaß. Ich freue mich, dass LEW uns bei diesem Projekt unterstützt.“

Alle Informationen über den Stromsparpreis der Gemeinde Buttenwiesen unter www.buttenuwiesen.de. Dort kann man auch den Fragebogen downloaden, der bis zum Einsendeschluss am 26. Februar 2010 mit Kopien der Stromrechnungen der Jahre 2008 und 2009 an die Gemeinde Buttenwiesen einzusenden ist. □

Handwerkskammer warnt:

Milliardenkosten durch Umweltzone

Vor existenzbedrohenden Folgen für viele Handwerksbetriebe warnte der Präsident der Handwerkskammer für München und Oberbayern, Heinrich Traublinger, MdL a. D., sollten die angestrebten Verschärfungen der Münchner Umweltzone umgesetzt werden. In einer aktuellen Umfrage erklärten 36 Prozent der oberbayerischen Handwerksbetriebe, dass ihre betriebliche Existenz davon abhängt, in die Münchner Innenstadt einfahren und dort Aufträge ausführen zu können.

Allein im oberbayerischen Handwerk müssten hochgerechnet 43.700 Fahrzeuge umgerüstet und 47.700 ersetzt werden. Dabei komme man schnell auf Milliarden schwere Investitionsbeträge, die das Handwerk in konjunkturell schwieriger Zeit schultern müsse. Hier dürfe das letzte Wort deshalb noch nicht gesprochen sein. □

Bundes-Wettbewerb Bioenergie-Regionen:

Vier Sieger aus Bayern

Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner hat bei einer Festveranstaltung in Berlin den Gewinnern des Wettbewerbs Bioenergie-Regionen gratuliert. Die 25 Preisträger hätten mit ihren Konzepten gezeigt, wie man beispielhaft die energetische Nutzung nachwachsender Rohstoffe voranbringen kann. „Energie aus der Region für die Region ist das Grundkonzept“, betonte Aigner, die auch die vier bayerischen Bioenergie-Regionen Achenal, Bayreuth, Oberland und Straubing-Bogen auszeichnen konnte. Insgesamt hatten sich 210 Regionen, darunter über 40 bayerische Bewerber, mit einer Ideenskizze am zweistufigen Auswahlverfahren des Wettbewerbs beteiligt.

Mit dem Anstoß für nachhaltige Bioenergie-Strukturen wird der Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten und Wirtschaftskreisläufe unterstützt. Das BMELV unterstützt diese Regionen in den nächsten drei Jahren bei der Umsetzung ihres Bioenergie-Konzeptes mit bis zu 400.000 Euro je Region. Die Erfahrungen der Bioenergie-Regionen werden in einem bundesweiten Forschungsvorhaben wissenschaftlich ausgewertet. Die beste Projektumsetzung wird nach Ablauf der Förderperiode prämiert.

Wirtschaftsimpuls

Der Geschäftsführer des Biomassehofs Achenal, Wolfgang Wimmer, berichtete, dass ab Mai/Juni 2009 im Achenal die Detailplanung für zahlreiche Maßnahmen beginnen, die in einem Regionalen Entwicklungskonzept beschrieben sind. Dieses Konzept war Grundlage der Bewerbung. Es zeigt auf, dass Bioenergie nicht nur bedeutend zum Klimaschutz beiträgt, sondern auch der Wirtschaft große Impulse verleihen kann. Die vorgeschlagenen Projekte können den regionalen Kohlendioxidstoß vermindern und den Anteil der regional erzeugten Bioenergie am Endenergieverbrauch der Privathaushalte von aktuell 15 % erhöhen. Dadurch werden Arbeitsplätze gesichert bzw. neu geschaffen. Die Installation von Biomasseheizungen und eine gleichzeitige Gebäudesanierung können die Wertschöpfung nochmals um ein Vielfaches erhöhen. Neben dem bereits errichteten Biomassehof steht der Aufbau einer Fernwärmeversorgung für Grassau kurz vor der Realisierung, so Wimmer.

Große Freude herrschte auch bei der Bayreuther Delegation. Landrat Hermann Hübner und Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl sehen in der Auszeichnung eine große Entwicklungschance für die Region. Nach dem Motto „Kunst ist Energie – in ihrer schönsten Form“ werden in der Bioenergie Region Bayreuth sieben Bioenergie-Fachvorhaben initiiert und über das Kunstprojekt „energyinart – Bioenergie | Info | Netzwerk | Kunst“ symbolisch

verbunden. Der Brückenschlag zwischen Bioenergieprojekten und dem Themenkreis Kunst und Kultur präsentiert das Thema Bioenergie auf spektakuläre und informative Weise in der Öffentlichkeit.

Geplant ist die Errichtung von Kunstwerken in unmittelbarer Nähe von Bioenergieeinrichtungen und –projekten bzw. die künstlerische Umgestaltung der Anlagen selbst. Da das Bioenergiepotenzial der Region lediglich zu einem Drittel genutzt wird, sollen unter anderem ein Stoffstrommanagementsystem zur energetischen Verwertung organischer Abfallstoffe, die Erstellung eines Kulissenplans Bioenergie –

Energie | Nahrung | Natur und ein Umbauleitfaden „Aus Alt mach' Neu“ realisiert werden.

Die vorgeschlagenen Projekte können den regionalen Kohlendioxidstoß um jährlich 260.000 Tonnen vermindern und den Anteil der regional erzeugten Bioenergie am Endenergieverbrauch der Privathaushalte von 18 auf 53 % erhöhen. Dadurch werden Arbeitsplätze gesichert bzw. neu geschaffen. Mit der energetischen Verwertung des Bioenergiepotenzials kann eine Wertschöpfung von ca. 50 Mio. Euro jährlich in der Region erzielt werden. Die Installation von Biomasseheizungen kann langfristig Investitionen von 560 Mio. Euro auslösen. Weitere Wertschöpfungseffekte sind z. B. durch den Bau von Bioenergieanlagen zu erwarten.

Energiewende Oberland

Der Landrat des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen, Josef Niedermeier, machte – unterstützt vom stellvertretenden Miesbacher Landrat Arnfried Färber, –

Wirksamer Kinderschutz

(Fortsetzung von Seite 1) der Polizei zusammen, während die Gesundheitsämter vor allem mit Frühförderstellen, Schwangerenberatungsstellen, Kindertageseinrichtungen und dem Sozialpsychiatrischen Dienst kooperieren. Die Arbeit in den Netzwerken führt zu einer deutlichen Verbesserung der Kommunikation und Kooperation der beteiligten Institutionen. Die Ergebnisse der Befragung zeigen aber auch, dass die Zusammenarbeit von Gesundheitswesen und Jugendhilfe noch weiter ausgebaut werden muss.

Erziehungskompetenz verbessern

Mit dem Bundesprogramm „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“ soll der Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern wirksam vorgebeugt werden. Ziel ist es, Risiken für Kinder möglichst frühzeitig zu erkennen und die Erziehungskompetenz ihrer Eltern zu verbessern. Im Fokus des Programms stehen vor allem Kinder bis zu etwa drei Jahren, sowie Schwangere und junge Mütter und Väter in belastenden Lebenslagen.

Bayerns Familienministerin Christine Haderthauer erklärte in Berlin, gelingender Kinderschutz brauche neben einer

„Kultur des Hinsehens“ auch eine „Kultur des Miteinanders“. Haderthauer zufolge helfen Schuldzuweisungen nicht weiter. Stattdessen müsse gemeinsam mit den Kommunen ein Qualitätsmanagement geschaffen werden, „das aus Fehlern lernt, aber vor allem auch Beispiele guter Praxis aufnimmt“. Kinderschutz sei nicht nur – wie das Motto der Konferenz es ausdrückt – eine Herausforderung für die Kommunen, sondern auch eine Chance. Gerade bei den frühen Hilfen könnten Kommunen das Thema positiv besetzen. Bayern sei hier im Ländervergleich Vorreiter.

Finanzielle Anreize für Kommunen

Ab 2009 bietet der Freistaat den Kommunen mit dem Förderprogramm „Koordinierende Kinderschutzstellen“ finanzielle Anreize. Im Verantwortungsbereich der Jugendämter sollen Netzwerke zum Schutz von Kindern aufgebaut werden, die alle relevanten Berufsgruppen einschließen. Die Eckpunkte des Förderprogramms seien gemeinsam mit den Kommunen entwickelt worden.

Abschließend wies Haderthauer auf die schwierige Kinderschutzarbeit vor Ort hin: „In der Berichterstattung über tragische Einzelfälle kommt häufig zu

deutlich, wie sehr er sich freut, dass beide Landkreise über die Bürgerstiftung Energiewende Oberland EWO einen von 25 Förderpreisen erhalten haben. Laut Martina Raschke, Vorstandsvorsitzende der Bürgerstiftung EWO, will die Stiftung mit dem Geld Netzwerke aufbauen. „Wir planen keine einzelnen konkreten Dinge“, erklärte Raschke. Vielmehr sollen Kommunikationsstrukturen geschaffen werden, um dem erklärten Ziel der Energiewende Oberland näher zu kommen, bis 2035 in den beiden Landkreisen Energie aus nachwachsenden Rohstoffen statt aus fossilen Brennstoffen zu erzeugen.

Als erstes Projekt soll eine Koordinationsstelle eingerichtet werden, die sich voraussichtlich schon ab Mai um kommunale Bioenergie-Konzepte kümmert. Münsing und Weyarn sind zu Pilotgemeinden ausserkoren, mit denen die nächsten Schritte auf dem Weg zur Energieautarkie beispielhaft vorbereitet werden. Modellhaft für alle 38 Gemeinden sollen die Bioenergie-Konzepte gelten und ihnen helfen, längerfristig zu planen. Statt einzelner Spontanaktionen, wie sie bisher oft vorkamen, soll jeweils ein gezieltes Vorgehen Ziel sein. „Gemeinden sollen in einem

größeren Zeithorizont planen können“, sagte Raschke.

Schließlich will die Vorsitzende eine Initiative für ein Nahwärmenetz starten. Insgesamt hat die Energiewende ein Dutzend Einzelprojekte in der Bewerbung aufgelistet.

Regionale Wertschöpfung

Wie schließlich Straubings Landrat Alfred Reisinger und LAG-Managerin Rita Kienberger bei der Auszeichnung hervorhoben, will der Landkreis u. a. den Einsatz von Bioenergie in den Sektoren Bau und Mobilität forcieren. Damit sollen die regionale Wertschöpfung erhöht, die Verwertung vorhandener Biomasse intensiviert, Forschung und Know-how-Transfer gewährleistet und die Motivation von regionalen Akteuren erhöht werden. Die Gemeinde Ascha will eine 100%ige

Energieautarkie erreichen, regionale Versorgungsqualität auf der Basis von Bioenergie für ihre Bürger gewährleisten, mit dem „NAWARO-Haus“ ein Zentrum für Qualifizierung und Netzwerkarbeit schaffen und kommunale Bioenergie-Netzwerke initiieren.

Der Zweckverband Industriegebiet mit Donauhafen Straubing-Sand wiederum will u. a. ein Ansiedlungsmanagement für Unternehmen im Bereich nachwachsender Rohstoffe, vor allem im neu geschaffenen BIOCampus aufbauen. Weiter ist es Ziel, eine aktive Moderation der Standortentwicklung im Bereich Bioenergie zu betreiben und den Ausbau der Region Straubing-Bogen als überregional bekannte „Marke für Bioenergie“ voran zu bringen. Das Kompetenzzentrum für nachwachsende Rohstoffe wird die Prozesse beratend unterstützen. **DK**

Ruf nach...

(Fortsetzung von Seite 1)

„Obwohl die Politik seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes 15 Monate Zeit hatte, ist es ihr bisher nicht gelungen, klare Perspektiven für die Jobcenter zu schaffen. Das stößt bei den Städten auf großes Unverständnis“, so Ude.

Die Kommunen müssten in den weiteren Prozess zur Reform der Jobcenter eng einbezogen werden, forderte der Präsident. Die Qualität der Betreuung und Vermittlung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen sei nur mit bürgernahen, serviceorientierten und leistungsfähigen Organisationsstrukturen möglich, die Verantwortung des Bundes für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit müsse beibehalten werden und der kommunale Einfluss auf die regionale Arbeitsmarktpolitik gesichert werden. Außerdem sei es auch in Zukunft notwendig, die Arbeitsmarktpolitik eng mit der kommunalen Wirtschafts-, Sozial-, Familien- und Bildungspolitik zu verzahnen.

„Wir fordern Bund und Länder auf, gemeinsam mit den Kommunen funktionsfähige und praktikable Lösungen zu entwickeln, wie künftig die Hilfen für die Langzeitarbeitslosen und ihre Familien erbracht werden können. Dabei müssen die mit einer getrennten Aufgabenwahrnehmung zwangsläufig verbundenen Probleme auf ein Minimum reduziert werden“, sagte Ude. Arbeitslosengeld II und Unternehmenseinkommen seien stark miteinander verschränkt. Die Trennung in zwei Verwaltungsverfahren bringe deshalb zum Beispiel Doppelarbeiten mit sich.

Kommunale Investitionen

Neben einer Lösung für die 347 Arbeitsgemeinschaften aus Kommunen und Arbeitsagenturen setzt sich der Deutsche Städtetag dafür ein, die Tätigkeit der 69 Optionskommunen, die die Arbeitsvermittlung und die sozialen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II allein erbringen, unbefristet zuzulassen. Andernfalls könne deren Arbeit ab 2011 nicht fortgeführt werden.

In punkto Konjunkturpaket II hat der Deutsche Städtetag angekündigt, dass die Mittel nun rasch in kommunale Investitionen fließen und auch finanzschwache Städte davon profitieren werden. Für Investitionen stellt der Bund den Kommunen mehr als 7 Milliarden Euro in den nächsten zwei Jahren zur Verfügung.

Wie die Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages, Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth, erläuterte, „werden immer mehr konkrete Bau- und Sanierungsvorhaben von den Ratsversammlungen der Städte beschlossen“. Besonders Schulen und Kindergärten stünden an erster Stelle. Die Planungen in den

Stadtverwaltungen seien oft schon fortgeschritten. Die Städte wollten die Mittel aus dem Konjunkturpaket zügig einsetzen und so aktiv Arbeitsplätze vor Ort sichern. Schon in wenigen Wochen könnten Handwerker und mittelständische Unternehmen mit den ersten Aufträgen rechnen.

Mehr Rechtssicherheit und größere Flexibilität verspricht sich der Städtetag durch eine von der Föderalismuskommission vorgeschlagene Änderung des Grundgesetzes. Danach müssten die Kommunen den Einsatz der Bundesmittel zum Beispiel in Schulen nicht auf die energetische Sanierung beschränken. Die Städte hoffen, dass der Bund hier in Kürze Klarheit schafft, damit diese Regelung auch rückwirkend für das Konjunkturpaket angewendet werden kann.

Serviceversprechen

Einen ersten Überblick gab Petra Roth über die Umsetzung des Investitionsgesetzes in den Ländern. Die Städte bewerteten es positiv, dass viele Länder ihren Kommunen mehr als die 70 Prozent der Gelder zur Verfügung stellen, die in der Verwaltungsvereinbarung festgelegt wurden: Die Bandbreite reicht hier bis zu 84 Prozent. Einige Länder geben die Konjunkturmittel pauschal an die Kommunen weiter. Andere stocken die Mittel für bereits bestehende Landesförderprogramme auf oder richten neue ein, für die sich die Kommunen Projekte bewilligen lassen müssen. Viele mischen beide Verfahren.

Alle Länder beabsichtigen, Regelungen zu treffen, die auch finanzschwachen Kommunen Zugang zu den Mitteln des Konjunkturpakets verschaffen. „Dazu zählen beispielsweise geringere Eigenanteile bei Investitionen als üblich oder ein überdurchschnittliches Kontingent an Fördermitteln für diese Kommunen.“

Mit Blick auf den Start des Pilotprojekts „Einheitliche Behördenrufnummer D-115“, bei dem nun etwa 10 Millionen Bürgerinnen und Bürger unter der Telefonnummer 115 die Behörden erreichen können, wies der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, darauf hin, dass die Behördenrufnummer vorerst in über 30 Modellregionen frei geschaltet wird. Im Rahmen eines „Serviceversprechens“ wird das Anliegen der Bürger innerhalb kürzester Zeit und nach Möglichkeit abschließend beim ersten Anruf erledigt, unabhängig davon, ob das Anliegen eine Dienststelle der Kommune, des Landes oder des Bundes betrifft.

Der Pilotversuch, an dem u. a. Städte wie Berlin oder Hamburg als auch kleinere Städte und Landkreise teilnehmen, ist zunächst auf zwei Jahre angelegt. **DK**



Bayerische Landessiedlung®
STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU
KOMMUNALE ENTWICKLUNG
WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU





Baulandentwicklung
in Partnerschaft mit den Kommunen





Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14 · 81669 München

Tel. (0 89) 23 87-0 · Fax (0 89) 23 87-99
info@bls-bayern.de

Jettingen-Scheppach, Schwaben
Gewerbegebieterschließung

www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

E.ON Bayern:

Energiesparendes Gelblicht für die Straßenbeleuchtung

Im Auftrag der Gemeinden Bischberg, Kunreuth, Hiltoltstein, Altendorf und Stadelhofen rüstet E.ON Bayern derzeit Straßenleuchten von Weißlicht auf energiesparendes Gelblicht (Natriumdampf-Hochdrucklampen) um. Die Arbeiten werden im Zuge der turnusmäßigen Leuchtmittelauswechslung durchgeführt.

Diese Modernisierung der Straßenbeleuchtung durch das Energieunternehmen bedeutet für die Kommunen ökonomische und ökologische Vorteile.

Konzentration auf Kernkompetenz

Sie müssen sich weder um die Planung für die neuen Beleuchtungsanlagen noch um den Erwerb oder die Installation der Leuchtmittel kümmern und können sich ganz auf ihre Kernkompetenz konzentrieren. Zudem profitieren sie von einer spürbaren Energieeinsparung: Mit einer 70 Watt Gelblicht-Lampe kann die

gleiche visuelle Beleuchtungsstärke erzielt werden, wie mit einer 125 Watt Weißlicht-Lampe.

Durch die Umrüstung von 298 Leuchten spart die Gemeinde Bischberg beispielsweise bei gleicher Ausleuchtung ungefähr 30 Prozent der verbrauchsabhängigen Stromkosten für diese Leuchtstellen.

Beitrag für die Umwelt

Durch die Einsparung amorti-

siert sich die kommunale Investition rein rechnerisch bereits nach circa fünf Jahren. Weiterhin leistet die Kommune einen Beitrag für die Umwelt: Die Umrüstung auf Gelblicht-Lampen bringt in Bischberg eine CO₂-Minderung von circa 23,8 Tonnen pro Jahr.

Erhebliche CO₂-Minderung

In Kunreuth wiederum darf mit einer CO₂-Minderung von etwa 13,6 Tonnen pro Jahr, in Hiltoltstein von etwa 6 Tonnen, in Altendorf von circa 21 Tonnen und in Stadelhofen von circa 2,6 Tonnen pro Jahr ge-

rechnet werden. „Wir bieten der Kommune die Sicherheit für eine Straßenbeleuchtung nach dem neuesten Standard ohne technisches Risiko bei gut kalkulierbaren Kosten“, beschreibt der für Oberfranken zuständige Regionalleiter von E.ON Bayern, Ludwig Schiebeler, dieses Dienstleistungskonzept.

Austausch erfolgt alle fünf Jahre

Die Umrüstung erfolgt im Rahmen der turnusmäßigen Auswechslung der Leuchtmittel. Der Austausch erfolgt alle fünf Jahre, um eine gleichmäßige Ausleuchtung der Straßen zu gewährleisten, Ausfälle zu vermindern und somit die Sicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen. Die anschließende Kontrolle der Arbeiten wird bei eingeschalteter Straßenbeleuchtung durchgeführt. □

Gefragter Service für Bauherren

Telekom und E.ON Bayern realisieren 50.000 Hausanschlüsse

Die Deutsche Telekom AG und die E.ON Bayern AG arbeiten bei der Erstellung von gemeinsamen Strom- und Telefonhausanschlüssen eng und erfolgreich zusammen. Mittlerweile konnten die Partner den 50.000. Anschluss verbuchen. Bauherren erhalten zu ihrem Stromanschluss auch den Telekom-Anschluss sozusagen „aus einer Hand“ vom regionalen Energiedienstleister E.ON Bayern geliefert. Alle Anschlüsse im Rahmen dieses Kooperationsvertrages erfolgen über Erdverkabelung.

Die 2002 geschlossene Vereinbarung gilt für das gesamte Netzgebiet der E.ON Bayern AG in den Regionalleitungen Oberbayern, Oberfranken, Ostbayern und Unterfranken. E.ON Bayern verlegt parallel zum eigenen Stromkabel die Telekom-Erdkabel von der Straße oder Grundstücksgrenze bis ins Haus und montiert auch die Telefonbuchse in Absprache mit dem Bauherrn. Der Kunde muss später beim Einzug nur noch den Auftrag für die Freischaltung des Anschlusses erteilen.

Die Bauherren bzw. Bauträger ersparen sich mit dieser Dienstleistung durch E.ON Bayern die oft aufwendige Koordination Stromanschluss/Telekommunikation. Von der Angebotslegung über die Bauausführung bis hin zur Inbetriebnahme liegt alles in der Verantwortung des Energieversorgers E.ON Bayern. Die Telekom sieht ihrerseits einen weiteren Vorteil darin, dass der Telekommunikationsbedarf oftmals früher bei der Baustellplanung erkannt wird. □

Poinger Geothermie-Projekt:

Auch zweite Bohrung erfolgreich

Ergebnisse für Plieninge Tiefenbohrung liegen vor

Die Ergebnisse für die zweite Bohrung des Geothermie-Projekts der E.ON Bayern Wärme GmbH an der Ecke Grießfeldstraße/Ottersbergerweg in Pliening liegen vor. Nachdem die Bohrarbeiten nach dem Erreichen der Zieltiefe von 3.049 m Ende Januar erfolgreich abgeschlossen wurden, konnte in den gründlichen Untersuchungen eine Thermalwassertemperatur von ca. 80 °C ermittelt werden. Die förderbare Menge liegt bei ca. 100 l/s.

Verwendungsmöglichkeiten

Die Untersuchungen beim ersten Bohrloch in Poing hatten zunächst ergeben, dass die Temperatur des zur Verfügung stehenden Thermalwassers etwa 80 °C beträgt. Eine Nachmessung ergab inzwischen eine Temperatur von ca. 83 °C. Die förderbare Menge liegt dort ebenfalls bei ca. 100 l/s. Aufgrund dieser Rahmendaten wären beide Bohrungen grundsätzlich als Förderbohrung geeignet.

Die jeweils angetroffenen hervorragenden Durchlässigkeiten eröffnen aber genauso gut eine Verwendungsmöglichkeit als Reinjektionsbohrung. Welche der beiden Bohrungen – die südliche in Poing oder die nördliche auf Plieninge Grund – schließlich als Förder- bzw. Reinjektionsbohrung zum Einsatz kommt, wird in naher Zukunft entschieden.

Fortgesetzte Bauarbeiten

Der Bau der Thermalwasserleitung zwischen den Bohrlöchern wurde Mitte März fortgesetzt. Die insgesamt 2,5 km lange Trasse erstreckt sich von der Bohrung an der Senator-Gerauer-Straße an der Poinger Westtangente nahezu gerade über vorwiegend landwirtschaftliche Nutzflächen bis zur Bohrung auf Plieninge Gemeindegund. Nach einer fünfwöchigen Bauzeit wurde davon kurz vor Weihnachten ein ca. 800 m langes Teilstück fertig gestellt.

Die Bauarbeiten für die restliche Strecke und die 750 m lange doppelte Anbindungsleitung zum Blockheizkraftwerk in der Gruber Straße sind inzwischen wieder aufgenommen worden. □



Ein Stück Bayern

Wir sind rund um die Uhr im Einsatz, um eine sichere Versorgung mit Energie zu gewährleisten. E.ON Bayern – immer in Ihrer Nähe.

www.eon-bayern.com

e-on | Bayern

„Deutschlands neue Kleider“

Umwelt-Symposium auf Schloss Wiesenfelden diskutierte globale Klimaänderungen, regionale Herausforderungen und künftige Energie-Landschaften

Die Klimaerwärmung bringt die gewaltigsten Veränderungen seit der Eiszeit. Landschaften wandeln sich. Neue Energieformen werden erprobt. All das erfordert Mut zum Umdenken und innovative Strategien, um die Veränderungen abzufangen und negative Folgen zu lindern. Vor diesem Hintergrund gingen Experten verschiedener Fachbereiche während eines Symposiums des Umweltzentrums Schloss Wiesenfelden in Niederbayern auf die Suche nach den „Energie-Landschaften“, deren Bilder die Heimat künftig prägen könnten. Kooperationspartner waren die Münchner Rück Stiftung, der Deutsche Naturschutzring (DNR) und die Regensburg OSTWIND-Gruppe.

„Die Natur kümmert sich nicht um die Finanzkrise.“ Mit dieser ebenso knappen wie zutreffenden Feststellung eröffnete DNR-Präsident Hubert Weinzierl das dreitägige Seminar mit einer Reihe namhafter Referenten aus ganz Deutschland. Trotz der Krise, so Weinzierl, schreite der Klimawandel schneller voran, als bislang befürchtet. Daraus ergäbe sich eine Reihe von Fragen. „Neue Welten, unbekannte Perspektiven, eine offene Zukunft liegen vor uns. Unsere Visionen von künftigen Energie-Landschaften fordern einen Menschheitswandel heraus, eine Denkweise, die zu nachhaltigen Lebensstilen hinführt“, erläuterte der DNR-Präsident.

Optimaler Zeitpunkt

Das Thema des Seminars, so sah es auch Wolfgang Lazik, Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit, sei genau zum richtigen Zeitpunkt gewählt worden. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise könnten nämlich klimaschonende Technologien eine Chance und einen Ausweg bieten. Obwohl in Bayern bereits viel für den Klimaschutz getan werde, so der oberste Umweltbeamte, gäbe es weitere sehr ehrgeizige Ziele. „Um einen 30 %-Anteil erneuerbarer Energien beim Strom zu erreichen, müssen wir an allen Rädern drehen, auch an den Windrädern“, erläuterte Lazik die Position seines Hauses. „Ein Ausbau muss im Einklang mit Natur, Landschaft und den Menschen vor Ort erfolgen, aber bei der Windkraft gibt es noch Potenzial.“

„Für Eisbären Geld sammeln – das ist normal. Was wäre, wenn wir für Bodenmilben sammeln würden?“ Gelächter beim Publikum des Symposiums. Doch der renommierte Landschaftsökologe der ersten Stunde, Prof. Wolfgang

Haber, machte schon mit dieser Anfangsfrage deutlich, wie schwer es aufgrund der Komplexität der Naturvorgänge für Wissenschaftler ist, die Auswirkungen des Klimawandels auf Arten und Landschaft zu vermitteln. Vor allem ginge man beim Klimawandel häufig nur von der Erwärmung aus, aber was sei mit den Niederschlägen? „Es verdunstet mehr Wasser, und Wasserdampf ist das stärkste Treibhausgas, das es gibt“, so Haber.

Der Klimawandel könne auf jeden Fall die Verbreitungsgebiete von Pflanzen und Tieren beeinflussen. Und weil Individuen nicht identisch seien, würden einige überleben und andere nicht. Wichtig sei in diesem Zusammenhang das Zusammenspiel von Klimawandel und veränderter Landnutzung, so der prominente Landschaftsökologe. Dazu lägen aber noch zu wenige Daten vor. Doch die Auswirkungen, wenn unscheinbare Bodenmilben absterben, könnten in einem ungeahnten Ausmaß gewaltig sein – auch was die Nutzpflanzen betreffe.

Klimarat und Katastrophenspezialist

Wie sich der Klimawandel auf die menschliche Sphäre auswirkt, führten Thomas Loster und Prof. Peter Höpfe von der Münchner Rückversicherungsgesellschaft mit Bildern und Statistiken vor Augen. Höpfe, der „Katastrophenspezialist“, der auch Mitglied des Klimarats der Bayerischen Staatsregierung ist, machte deutlich, dass aufgrund von Statistikanalysen die Wahrscheinlichkeit sehr hoch sei, dass der Klimawandel Ursache der sich mehrenden Naturkatastrophen in den letzten 20 Jahren ist. Von 1980 bis 2008 hätten die verheerenden Katastrophen – wie beispielsweise der Wirbelsturm Kyrill im Januar 2007 – um den Faktor drei zugenommen.

Auch die gemessenen Jahresmitteltemperaturen seien in den letzten 10 Jahren am höchsten gewesen. Palmen also auch an niederbayerischen Gewässern? Dies sei nicht utopisch und in hundert Jahren könne es in Berlin so warm sein wie in Sizilien, bestätigte der Referent. Der Klimawandel hat bekanntlich auch eine hohe ökonomische Relevanz. Gewinner und Verlierer durch den Klimawandel machte der Klimaexperte aus: Die erneuerbaren Energien und die Baubranche werden boomen, die Automobilindustrie und die damit zusammenhängende Wirtschaft werden schrumpfen. Höpfe mahnte: „Der Klimawandel findet statt. Er kann nur noch gebremst werden. Wir können ihn nicht stoppen.“

„Effizienzlücke“

Gespannt waren die rund 40 Teilnehmer auf den Vortrag von Stephan Kohler, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Deutschen Energie-Agentur, der in Kürze zum Energiekonzern RWE wechseln wird, um dort eine Energieeffizienzabteilung aufzubauen. Wie Kohler erläuterte, beschäftige ihn die Frage: „Wie kriege ich nicht nur einen klimafreundlichen, sondern auch eine risikoarme Energieversorgung hin?“ Um die oft beschriebene „Energieeffizienzlücke“ zu überbrücken, setze er einmal auf Energieeffizienz, zum anderen seien für den Übergang Mittellastkraftwerke nötig, um den Strompreis im Rahmen zu halten. Man solle besser von einer „Effizienzlücke“ sprechen, so Kohler. „Es ist nicht akzeptabel, auf dem Hausdach eine Fotovoltaikanlage zu haben und im Haus einen energiefressenden Kühlschrank.“

Dipl.-Ing. Günter Ratzbor, der im DNR für die Kampagne „Windkraft im Visier“ verantwortlich ist, setzte sich mit dem Thema Windenergie zwischen Nachhaltigkeit und Naturschutz auseinander und stellte den DNR-Fotowettbewerb „Ansichtssache Windkraft“ vor. Sein Fazit: „Wenn man die Auswirkungen von Windenergieanlagen kennt, kann man sie so platzieren, dass keine nachteiligen Auswirkungen für Menschen und Umwelt auftreten.“

Nachdem Landschaft immer im menschlichen Kontext gese-

hen werden müsse, sei es wichtig, dass die Verbindung von Landschaft mit neuen Elementen nicht auf Rücksichtslosigkeit, sondern auf Verantwortung basiere, erklärte Prof. Sören Schöbel-Rutschmann, Leiter des Fachgebietes Landschaftsarchitektur regionaler Freiräume an der TU München. Insofern könnten Windräder auch als „Symbol der Verantwortung“ wahrgenommen werden, wie Befragungen von Anwohnern ergeben hätten.

Einen kulturphilosophischen Vortrag hielt der Künstler und Autor Richard Schindler aus Freiburg. Er hinterfragte aktuelle Produktionen der Kulturindustrie wie z. B. den Film „Unsere Erde“ oder Al Gores „Unbequeme Wahrheit“. Die Bild-Welt erzeuge mit modernster Technik ein Bild von der Erde, das es außerhalb der Kino-Welt nicht gebe. Solche Filme würden Natur zum Theater machen und könnten die notwendige Achtsamkeit für Naturvorgänge nicht wirklich vermitteln. Dazu seien echte Gefühle und nicht medial vermittelte Emotionen notwendig.

Beeindruckende Exkursion

Nicht nur in die Zukunft neuer Landschaftsbilder, sondern auch in tiefe Schneemassen führte die abschließende Exkursion in den Nationalpark Bayerischer Wald. Wie wirken sich Landschaftsveränderungen auf den Tourismus aus? „Lassen sich ‘Deutschlands neue Kleider’ im Anblick borkenkäfergeschädigter Hochlagenwälder überhaupt noch verkaufen?“, fragte dazu DNR-Präsident Hubert Weinzierl. Aber der Leiter des Nationalparks, Karl-Friedrich Sinner, zeigte vor Ort eindrucksvoll auf, wie sich der Fichtenwald nach dem Borkenkäferbefall zu einem neuen Mischwald entwickelt. 97 Prozent der Touristen finden diese Entwicklung nicht störend, sondern eher interessant, das Wunder einer neuen Waldbildung miterleben zu können. Außerdem sei der Nationalpark ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor.

Beate Seitz-Weinzierl, die Leiterin des Wiesenfeldener Umweltzentrums, erinnerte schließlich daran, dass das Thema zukünftiger Energie-Landschaften aus ganz verschiedenen Blickwinkeln zu sehen sei. Mit Thomas Loster, dem Geschäftsführer der Münchner Rück Stiftung, war sie sich einig: „Wir brauchen den Dialog, Bildungs- und Kommunikationsmaßnahmen wie dieses Symposium sind deshalb wichtiger denn je.“



Für das Seminar „Energie-Landschaften“ konnte eine Reihe hochkarätiger Referenten aus dem ganzen Bundesgebiet ins niederbayerische Umweltzentrum Schloss Wiesenfelden geholt werden. Bild: USW/Retzler

Fachtagung des Bayerischen Landesamts für Umwelt:

Oberflächennahe Geothermie

Rund 200 Teilnehmer aus ganz Deutschland verzeichnete eine Fachtagung des Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) in München zum Thema „Oberflächennahe Geothermie“, Ziel der Veranstaltung war es, Anwender, Kommunen und Überwachungsbehörden fit zu machen.

Wie LfU-Vizepräsident Richard Fackler eingangs erläuterte, müsse beim Bau und im Betrieb auch der Grundwasserschutz beachtet werden, damit die Geothermie als heimische Energie auf Dauer umweltgerecht bleibt. Das LfU erarbeitet die fachlichen Grundlagen zur wasserwirtschaftlichen Beurteilung von Geothermieanlagen. Zudem liefert das LfU mit dem Großprojekt IOGI, der Informationsoffensive Oberflächennahe Geothermie, die benötigten geologischen und hydrogeologischen Fachinformationen für die geothermische Nutzung des Bodens und des Grundwassers in Bayern.

IOGI-Projekt

Das IOGI-Projekt, an dem mehr als 40 Fachleute des LfU arbeiten, kostet rund 32 Millionen Euro, rund ein Drittel davon sind EU-Fördermittel. Damit werden die anstehenden Arbeiten ganz wesentlich beschleunigt: Bis 2015 sollen sie abgeschlossen sein. Wie Fackler zudem feststellte, wird im Laufe des Jahres das Geothermie-Portal fertig gestellt, in dem sämtliche benötigten Informationen für eine optimale Nutzung der Geothermie digital angeboten werden.

Bei der oberflächennahen Geothermie zum Heizen, Kühlen und Klimatisieren ist seit einigen Jahren ein regelrechter Boom zu beobachten: Innerhalb von nur fünf Jahren hat sich die Zahl der bundesweit verkauften Wärmepumpen verfünffacht, der Trend ist weiter steigend. Wo der Untergrund als Energiequelle genutzt wird, bieten sich Heizkosteneinsparungen und Vorteile für den Klimaschutz. In der Planung, in der Bauausführung und im Betrieb muss aber der Grundwasserschutz beachtet werden, so die LfU-Fachleute, um zu vermeiden, dass die umweltfreundliche Energie zu Lasten des Grundwassers geht.

Wie Hannes Berger vom Bayerischen Landesamt für Umwelt hervorhob, kann dem Untergrund mittels Erdwärmesonden zu Heizzwecken Wärme entzogen bzw. zu Kühlzwecken Wärme zugeführt werden. Es müsse darauf geachtet werden, dass diese Anlagen nicht nur energieeffizient, sondern auch sicher und mit dem Grundwasserschutz vereinbar sind. Dem Bauherren und den ausführenden Firmen obliege die Pflicht, die ordnungsgemäße Erstellung bzw. den ordnungsgemäßen Betrieb der Sonderanlage sicherzustellen.

Aus Sicht des Umweltschutzes sowie aus Sicht der Wirtschaft-

lichkeit sei sowohl bei der Auswahl der Materialien wie auch bei der Herstellung von Erdwärmesonden in besonderem Maße auf Qualität zu achten, betonte Berger. Durch eine standortbezogene Planung, die insbesondere die wasserwirtschaftlichen Anforderungen berücksichtigt, könnten die Herstellungskosten gut abgeschätzt werden. Nachträgliche Änderungen oder die Reparatur von Schäden an Erdwärmesonden seien praktisch nicht möglich. Eine lange Lebensdauer der Erdwärmesondenanlage sei angesichts der Investitionskosten Bedingung für die Wirtschaftlichkeit der Sonderanlage.

Laut Marcellus Schulze vom Bayerischen Landesamt für Umwelt ist nach einem starken Anstieg der realisierten oberflächennahen Anlagen in den Jahren 2004 und 2005 auch in den darauf folgenden Jahren ein stetig ansteigender Trend der fertig gestellten Anlagen festzustellen. Dies belegten sowohl die Statistiken der verkauften Wärmepumpen vom Bundesverband Wärmepumpen als auch die Anzahl der Anfragen und Anzeigen von Vorhaben zur Realisierung oberflächennaher geothermischer Anlagen bei den bayerischen Wasserwirtschaftsämtern bzw. die Anzahl der erstellten Gutachten der Privaten Sachverständigen der Wasserwirtschaft für die thermische Nutzung von Grundwasser in Bayern.

Qualitätssteigerung

Einhergehend mit dem Anstieg der Bautätigkeit kam es Schulze zufolge besonders in den starken Aufschwungsjahren zu Qualitätsproblemen hinsichtlich der Planung und Ausführung von Erdwärmesondenanlagen. Gegensteuernde Maßnahmen wie der Erlass von Bauauflagen, die Einführung von Zertifikaten für Bohrunternehmen, die Erarbeitung und Veröffentlichung von Leitfäden und Informationsbroschüren, Arbeitsanweisungen und Merkblätter und einer verstärkten Bauüberwachung brachten eine deutliche Qualitätssteigerung. Trotzdem müsse immer wieder ins Bewusstsein gerufen werden, dass es sich um eine „junge Technologie“ handle, bei der neue Werkstoffe, Flüssigkeiten und Systeme zum Einsatz kommen, deren langzeitiges Verhalten nicht grundlegend erforscht und bekannt sei. Insbesondere mit Blick auf den Grundwasserschutz gelte es die Technologie kritisch zu begleiten, meinte Schulze. **DK**

LEW

Lechwerke



NATÜRLICH: WÄRMEPUMPE

Die Umwelt-Heizung, die Kosten einspart! Eine Wärmepumpe beheizt Ihr Haus und erwärmt das Brauchwasser über Jahrzehnte. Dabei reduziert sie die jährlichen Kosten erheblich und schont auch noch die Umwelt. Sie ist eine Investition, die sich in jeder Hinsicht lohnt. Wir beraten Sie gerne.

Weitere Infos erhalten Sie unter www.lew.de oder unter der **kostenfreien Telefonnummer 0800 539 539 1**.

VORWEG GEHEN

Hohes Gut Energiesicherheit nicht aufs Spiel setzen

Festakt zum 25. Jubiläum der Blöcke B und C des Kernkraftwerks Gundremmingen / Bündnis für längere Laufzeiten

Gundremmingen/Günzburg (jdt). Mit allem Nachdruck wurde anlässlich des 25-jährigen Betriebes der Blöcke B und C des Kernkraftwerks Gundremmingen die Sicherung längerer Laufzeiten für die deutschen Kernkraftwerke und der für die Zukunft des Landes so entscheidenden Energieversorgung gefordert. Beim großen Festakt zum Jubiläum im Forum am Hofgarten in Günzburg gab es ein demonstratives Bündnis für die „sichere, verlässliche und klimafreundliche Versorgung unserer Bevölkerung mit Strom“, wie Staatssekretärin Melanie Huml vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit hervorhob.

Dr. Gerd Jäger, der Aufsichtsratsvorsitzende der Kernkraftwerk Gundremmingen GmbH und Mitglied des Vorstandes der RWE Power AG, erklärte: „Dass alle Länder um uns herum auf die Kernenergie setzen, hat gute Gründe... Noch steht Deutschland an der Spitze, was Versorgungssicherheit betrifft. Dieses hohe Gut sollten wir nicht aufs Spiel setzen, schon gar nicht aus ideologischen Gründen.“

Dr. Helmut Bläsig, Technischer Geschäftsführer des Kernkraftwerks Gundremmingen, betonte

Euro jährlich angestiegen. Ein Viertel dieser Summe verbleibt in Bayerisch-Schwaben. Zusammen mit der Kaufkraft der Belegschaft ergibt sich somit eine Gesamtsumme von rund 100 Millionen Euro für die Wirtschaft im regionalen Umfeld des Kernkraftwerkes“. Insgesamt arbeite man mit über 1400 Firmen zusammen, von denen knapp 300 in der Region ansässig seien.

Internationaler Austausch

Einen besonderen Stellenwert



V. l.: Bürgermeister Wolfgang Mayer, Gundremmingen, Staatssekretärin Melanie Huml, der Technische Geschäftsführer des Kernkraftwerks Gundremmingen, Dr. Gerd Jäger (Aufsichtsratsvorsitzender der Kernkraftwerk Gundremmingen GmbH und Vorstandsmitglied der RWE Power AG), Kaufmännischer Geschäftsführer Christoph Quick, Landrat Hubert Hafner und Landtagsabgeordneter Georg Barfuß. Bild: -jdt-

in seiner Begrüßungsansprache vor zahlreichen Ehrengästen, seit der Inbetriebnahme der beiden Blöcke 1984 habe es eine „Erfolgsstory“ gegeben. Am Standort seien seitdem rund 470 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugt worden, mit einer Verfügbarkeit im Durchschnitt von 88 Prozent („...im internationalen Vergleich in der Champions League“). Unverständlich nannte es Bläsig, dass es Bestrebungen gebe, in Deutschland diese effiziente Form der Stromerzeugung aufzugeben und damit im Vergleich zu den europäischen Nachbarländern hinterher zu hinken.

Job-Aufbau statt Job-Abbau

Besondere Bedeutung habe das Kernkraftwerk Gundremmingen auch als Arbeitgeber, mit Job-Aufbau statt Job-Abbau und rund 780 fest angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Aktuell kämen zum Stammpersonal noch etwa 360 Kräfte aus Dienstleistungs- und Serviceunternehmen. Gesichert würden darüber hinaus gut 1000 Arbeitsplätze von Zulieferfirmen in der Region, ganz abgesehen von den bis zu 2000 Mitarbeitern von externen Fachfirmen und Dienstleistungsunternehmen, die das Werk bei den zwei Revisionsstillständen pro Jahr hier vor Ort unterstützten. Im Herbst 2009 werde die Zahl der Auszubildenden mit 43 Plätzen einen neuen Rekord erreichen. Aus- und Fortbildung erfolgten, so der Redner, auf einem hohen Niveau.

Die Kaufkraft aller am Standort Beschäftigten bezifferte Bläsig im Jahr auf mehr als 50 Millionen Euro. Er fügte hinzu: „In den letzten Jahren ist unser Auftragsvolumen auf 150 bis 200 Millionen

habe für das Kernkraftwerk Gundremmingen der internationale Austausch von Informationen und Erfahrungen, so mit der Schweiz, Schweden und dem russischen Partnerkraftwerk Novovoronezh. Unter Beifall begrüßte Bläsig seinen russischen Kollegen von der Rosenergoatom, Direktor Viatcheslav Vikin.

Eng verbunden sei das Werk mit der Standortgemeinde Gundremmingen mit Bürgermeister Wolfgang Mayer und dem Landkreis Günzburg mit Landrat Hubert Hafner, stellte Bläsig heraus. Gundremmingen sei im übrigen die einzige deutsche Gemeinde mit dem Atomsymbol im Wappen.

Verlässliche Politik nötig

Staatssekretärin Melanie Huml überbrachte zum Jubiläum die Glückwünsche der Bayerischen Staatsregierung und von Ministerpräsident Horst Seehofer. Die Politikerin hob den ganz besonderen Rang von Gundremmingen als größtes deutsches Kernkraftwerk hervor. Hier werde pro Jahr der Ausstoß von rund 20 Millionen Tonnen CO₂ vermieden. Nach der Bundestagswahl sei zu hoffen, dass wieder mehr Realismus hinsichtlich der Nutzung von Kernkraft etabliert werden könne. Eine sichere Energieversorgung brauche auch eine verlässliche Politik.

Aufstieg Bayerns gefördert

Schon vor einem Vierteljahrhundert habe die Bayerische Staatsregierung, so Staatssekretärin Huml, eine sichere Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen genau so im Blick gehabt wie den Klimaschutz: „Bayern steht für eine kontinuierliche Politik. Und ein Blick auf die Leistungen

des Kernkraftwerks Gundremmingen zeigt, dass diese Politik Erfolg hat.“ Die Nutzung der Kernenergie sei eine der entscheidenden Grundlagen für den rasanten wirtschaftlichen Aufstieg Bayerns gewesen, wovon letztlich alle profitierten.

Spitze in Europa

Kritisch auf die Ausstiegsbeschlüsse der früheren rot-grünen Koalition aus der Kernenergie eingehend, führte die Vertreterin der Staatsregierung vor Augen, dass in einem Industrieland wie Deutschland die zuverlässige Energieversorgung „die Schlüsselfrage schlechthin“ sei. Das Beispiel des russisch-ukrainischen Lieferstopps von Gas im letzten Winter habe deutlich vor Augen geführt, „dass sichere und bezahlbare Energie eine Überlebensfrage ist und gänzlich ungeeignet als Spielwiese für Träumer und Ideologen.“

Aktuell seien die bayerischen Kernkraftwerke mit einem Anteil von mehr als 60 Prozent an der Stromerzeugung in Bayern beteiligt. Zusammen mit der Wasserkraft würden damit über 80 Prozent des Stroms in Bayern aus umweltfreundlichen und nahezu CO₂-freien Energieträgern gewonnen: „Wir nehmen mit dieser Bilanz eine Spitzenposition in Deutschland und sogar in Europa ein. Darauf sind wir stolz.“

Hohe Anerkennung zollte Staatssekretärin Huml dem hohen Sicherheitsniveau der deutschen Kernkraftwerke und dem hierzulande großen Verantwortungsbewusstsein. Den hoch motivierten und bestens ausgebildeten Mitarbeitern in Gundremmingen gebühre Dank und Anerkennung.

Höchstes Niveau sichern

In Deutschland sei es unabdingbar, die kerntechnische Kompetenz auf höchstem Niveau zu erhalten. Schweden habe, bisher Vorbildland für den Ausstieg aus der Kernenergie, im Februar 2009 seinen Beschluss zum Ausstieg rückgängig gemacht. Verstärkte Nutzung von Kernkraftwerken, auch mit Neubauten, gebe es in den USA, Finnland, Frankreich, Großbritannien, der Schweiz, Tschechien, China und Indien. Ihre Rede beendete Melanie Huml mit der Hoffnung darauf, dass im Herbst 2009 die Weichen für eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftnutzung gestellt werden.

Sicherer und bezahlbarer Strom

Ulrich Gräber, Geschäftsführer der AREVA Deutschland GmbH, wies in seiner Ansprache auf gravierende Nachteile für Volkswirtschaft und Klimapolitik bei Verzicht auf Kernenergie hin. Zum Jubiläum gratulierte auch Bürgermeister Wolfgang Mayer, Gundremmingen, zugleich Vorsitzender der ASKETA, der Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden mit kerntechnischen Anlagen in Deutschland.

Das Kernkraftwerk Gundremmingen trage nachhaltig dazu bei, dass Strom für Industrie- und Privatkunden sicher und bezahlbar Tag und Nacht zur Verfügung stehe. Ein Ausstieg wäre, wie Mayer feststellte, eine durch nichts vertretbare Verschwendung von volkswirtschaftlichem Vermögen und ein fataler Irrweg. Landrat Hubert Hafner bezeichnete schließlich die Kernkraft als eine „tragende Säule im Energiemix“. □

Was sind Ideale ohne Taten?

Wie viel Unterstützung brauchen Unterstützer?

In einer Gemeinschaft gibt man seine Energie an andere.



Alle 120 Partner des Thüga-Netzwerks engagieren sich in ihrer Region für eine zuverlässige Versorgung mit Strom, Gas, Wasser oder Wärme. Doch die 21.200 Mitarbeiter leisten noch mehr: Viele von ihnen investieren ihre persönliche Energie in ein soziales Projekt in den Städten und Gemeinden, in denen sie leben. Das unterstützen wir mit der Initiative „EFA – Energie für andere“. Interessiert? Mehr Informationen erhalten Sie unter: www.thuega.de

thuga
DIE ENERGIEGRUPPE

Sparsam und ökologisch fahren

Großes Interesse an Erdgasautos auf der Internationalen Handwerksmesse in München

Stets dicht umlagert waren die Erdgasautos während der Internationalen Handwerksmesse Mitte März auf dem Gelände der Neuen Messe München Riem. Die große Sonderschau zum alternativen Antrieb war Teil der Münchner Auto Tage und stieß auf sehr positive Resonanz, wie der Mitveranstalter „Initiative Erdgas als Kraftstoff in Bayern“ mitteilt.

Neben dem IEK Bayern engagierten sich auch die Stadtwerke München GmbH, die Erdgas Südbayern GmbH und gibgas consulting für das Event rund ums Fahren mit Erdgas. Am Gemeinschaftsstand haben viele Menschen das Schild mit der Aufschrift „Tanken für umgerechnet rund 65,3 Cent pro Liter“ zum Stehenbleiben animiert, erzählt Thomas Wöber von der Agentur gibgas. „Damit wollten wir auf die extrem niedrigen Tankkosten aufmerksam machen.“

Verbesserte Klimabilanz

Viele Messebesucher erkundigten sich auch nach Bioerdgas, das weitgehend regenerativ erzeugt wird und dem Kraftstoff Erdgas beigemischt werden kann. Das geschieht beispielsweise am Münchner Flughafen, wo der Erdgasfahrer bis zu 20 Prozent Bioerdgas zapft. Das verbessere die ohnehin hervorragende Klimabilanz der Erdgasautos, die bis zu 25 Prozent weniger CO₂ ausstoßen als vergleichbare Benzin, erläutert Wöber.

Der Kraftstoff Erdgas und

Erdgasautos seien heute viel bekannter als noch vor ein paar Jahren, so Juliane Gött von den Stadtwerken München. Und das gelte auch für die Vorteile des alternativen Antriebs. „Viele Messebesucher betrachteten uns als zuständig für den Ökoantrieb. Genauso weiß aber mittlerweile fast jeder um den klaren Spareffekt beim Tanken von Erdgas.“

Überblick gewinnen

Informiert haben sich laut Gött sowohl Inhaber und Mitarbeiter von Handwerksbetrieben als auch viele, die sich privat ein neues Auto anschaffen wollen. Die meisten wollten einen Überblick über die aktuell angebotenen Modelle gewinnen und sich zum Fahren mit Erdgas beraten lassen.

Ersparnis beim Tanken

Gefragt wurde zum Beispiel nach der Höhe der Ersparnis beim Tanken, die bei rund 50 Prozent im Vergleich zu Benzin und rund 30 Prozent gegenüber Diesel

liegt. Von Interesse waren auch Themen wie die Dichte des Erdgastankstellennetzes, das mittlerweile flächendeckend ausgebaut ist, sowie die neue CO₂-Steuer, die ab 1. Juli 2009 gilt und Erdgasautos gegenüber Benzinern begünstigt.

Großes Interesse an Turbo-Modellen

Besonders gut sei in München der neue Opel Zafira 1.6 CNG ecoFLEX Turbo angekommen, so Gött. Opel hat diesem nicht nur beachtliche 150 PS gegönnt, sondern auch eine Turboaufladung, die dem familientauglichen Siebensitzer enorme Dynamik verleiht. Von den zwei für die Sonderschau zur Verfügung gestellten Fahrzeugen war eines ständig unterwegs, denn zahlreiche Besucher nutzten die Möglichkeit zur

Probefahrt. Als weiteres Turbo-Erdgasauto präsentierten die Veranstalter den VW Passat 1.4 TSI EcoFuel. Der Direkteinspritzer verfügt ebenfalls über 150 PS und entwickelt bereits ab 1.500 Umdrehungen pro Minute ein kraftvolles Drehmoment von 220 Newtonmetern, das bis 4.500 U/min aufrecht erhalten wird. Die Spitzengeschwindigkeit liegt bei 210 Kilometern pro Stunde.

Flottenfahrzeug

Ihre Zielgruppen fanden auch der Fiat Grande Punto Natural Power, der als relativ kleines Stadtauto unter anderem durch seinen vergleichsweise niedrigen Preis überzeugt, sowie im Segment der Vans der VW Touran EcoFuel. In erster Linie von Gewerbetreibenden stark beachtet wurde der werkseitig auf Erdgasbetrieb umgerüstete VW Bus T5. Außerdem habe diese Zielgruppe auch den Erdgas-Passat nachgefragt, berichtet Wöber, „da ihn viele als Flottenfahrzeug einsetzen möchten“.

Neuartige Dimmer für Straßenleuchten

Geräte nach knapp zwei Jahren über Stromeinsparungen amortisiert

Die explodierenden Kosten für die Beleuchtung von Straßen und Plätzen lassen sich derzeit praktisch nur durch eine deutliche Verbrauchsminderung im Bestand bremsen. Radikales Abschalten verärgert jedoch die Bürger.

Etliche Firmen bieten deshalb Dimmtechnik, stets nach dem physikalischen Prinzip der Spannungsabsenkung, an. Deren Funktionalität und Effekte können jedoch meist nicht überzeugen. In über 100 Kommunen bewährt sich inzwischen eine alternative Spartechnologie der KD Elektroniksysteme GmbH aus Zerbst (Sachsen-Anhalt). Ihre nachrüstbaren Dimmer reduzieren ohne Spannungsminderung den Verbrauch von Straßenleuchten funktionssicher um bis zu 67 Prozent.

Protest gegen Finsternis

Um den ständigen Ausgabenanstieg zu stoppen, ließ Horst Brand, Bürgermeister von Langwieschen, 2005 die Straßenbeleuchtung der thüringischen Kleinstadt nachts abschalten. Doch die Bürger protestierten gegen die nächtliche Finsternis. Dank der Elektrotechnik-Experten aus Zerbst fand sich eine Lösung des Problems. Deren kaum Schuhkarton große Dimmlight-Steuerung senkt den Verbrauch von bis zu 30 Quecksilber- oder Natriumdampfhochdrucklampen á 100 Watt innerhalb weniger Minuten stufenlos und frei programmierbar um maximal 67 Prozent ab. Sogar Einzelleuch-

ten lassen sich wirtschaftlich damit regeln.

Die Lampenspannung bleibt dabei unangetastet. Reagieren Straßenleuchten doch im Gegensatz zu Glühbirnen auf eine Absenkung unter 190 Volt häufig mit unkontrollierbarem Verlöschen. Selbst bei Idealbedingungen führen die traditionellen Wege deshalb maximal zu wirtschaftlich ungünstigen 30 Prozent Ersparnis. Bei der vom Bundeswirtschaftsministerium geförderten Innovation drosselt stattdessen durch Verdopplung der Wechselstromfrequenz ein höherer Widerstand im Vorschaltgerät den Stromfluss.

Praktiker bestätigen Funktion und Effekte

Zu Testzwecken ließ die Stadtverwaltung von Langwieschen anfangs mit zwei Dimmern in vorhandene Schaltkästen den Verbrauch von 90 Laternen eines Straßenzuges absenken: Von 20 bis 22 Uhr um 20, von 22 bis 5 Uhr um 67, danach wieder um 20 Prozent. Die prognostizierten Einsparungen trafen ein. Und die Bürger waren selbst bei Maximal-Reduzierung mit der verminderten Lichtausbeute zufrieden. Weniger Licht ist eben allemal besser als Dunkelheit.

Gasabsatz der Bayerngas leicht über Vorjahresniveau

2008 hat die Bayerngas GmbH 65,8 Milliarden Kilowattstunden Gas verkauft

München. Die Bayerngas GmbH hat 2008 65,8 Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh) Gas verkauft. Das sind rund 1,5 Mrd. kWh oder 2,4 Prozent mehr als im Vorjahr (2007: 64,2 Mrd. kWh). Grund für das leichte Absatzplus waren die im Vergleich zum Vorjahr etwas tieferen Temperaturen und zwei neu gewonnene Industriekunden im Marktgebiet der Net-Connect Germany (NCG).

„Bayerngas hat 2008 ihre Marktposition behauptet. Für das Gaswirtschaftsjahr 2009/2010 erwarte ich, dass sich der Wettbewerb verschärft und an Vielfalt gewinnt“, sagt Marc Hall, Geschäftsführer von Bayerngas.

Stärkere Präsenz

Als Antwort auf den zunehmenden Wettbewerb zeigt das Unternehmen stärkere Präsenz auf den europäischen Beschaffungsmärkten, um seinen Gaseinkauf auch unter den veränderten Bedingungen optimieren zu können. Marc Hall: „Wir sind

gut aufgestellt und haben Kontakte zu fast allen relevanten europäischen Gasanbietern. 2008 haben wir unser Portfoliomangement weiterentwickelt und ein leistungsstarkes Handelsdispatching aufgebaut. Wir werden uns zukünftig noch schneller bewegen.“

Die Optimierungsmöglichkeiten, die sich durch den OTC-Markt und Energiebörsen ergeben, werden von Bayerngas verstärkt genutzt. Diese Geschäfte werden vom Portfoliomangement der Bayerngas gesteuert und vom Trading-Floor actogas GmbH abgewickelt.

erdgas schwaben

Naturschutzstiftung gegründet

„Schwaben reden nicht von Umweltschutz – sie handeln. Das nutzt der Umwelt und damit uns allen“, so Klaus Peter Dietmayer, kaufmännischer Geschäftsführer erdgas schwaben. Die neue erdgas schwaben Naturschutzstiftung ist eingebettet in die Stiftung KulturLandschaft Günztal.

Im Rahmen der Fachtagung „STIFTERLAND BAYERN“ über Umweltstiftungen in Bayern, wurde die erste erdgas schwaben Umweltstiftung vorgestellt: Die erdgas schwaben Naturschutzstiftung. Diese Stiftung zur Förderung wichtiger Umwelt- und Naturschutzprojekte, ergänzt perfekt das Engagement von erdgas schwaben für Menschen und Umwelt in unserer Heimat Schwaben. erdgas schwaben stiftet 15.000 Euro.

Die Ausstellung der Initiative STIFTERLAND BAYERN des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen gastiert derzeit auf ihrer Tour durch die Regierungsbezirke Bayerns im Unteren Fletz des Augsburger Rathauses. Anhand anschaulicher Beispiele vermittelt die Ausstellung Einblicke in das Engagement von Stiftern und Stiftungen des Freistaates Bayern, speziell aber auch in Schwaben.

Natur zu schützen und zu erhalten ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn es gelingt, die Menschen für dieses Thema zu interessieren und zu begeistern. Die Stiftung KulturLandschaft Günztal hat es sich zur Aufgabe gemacht, neben der praktischen Naturschutzarbeit, vor allem die Bevölkerung auf das Günztal und dessen Naturschätze aufmerksam zu machen. Bis 19. April besteht für Interessierte die Möglichkeit, die Ausstellung zu besuchen. Mehr Infos unter www.guenztal.de

Das bestätigt auch Christoph Lütticke, Bauamtsleiter der Stadt Drolshagen im Sauerland. Dort wurden testweise elf Leuchten ein halbes Jahr lang mit einem Dimmer ZDM 3000 geregelt. Die Lichtausbeute war nach Meinung des Experten selbst bei voller Absenkung „absolut in Ordnung“.

In nur 398 Betriebsstunden wurden gegenüber dem Vorjahr 442 kWh bzw. 43 Prozent eingespart. Für KD Elektroniksysteme-

Chef Ralf Kleinodt ist das ein typischer Wert: „Meist kommen wir auf eine jährliche Gesamteinsparung von 42 bis 53 Prozent.“ Die werde nach Vorab-Berechnung auch garantiert. Trete sie nicht ein, nähme sein Unternehmen die Technik zurück und erstatte sogar die Installationskosten. Das sei aber bei über 100 Referenzanwendungen (www.dimmlight.de) noch nie geschehen.

Beispiel Hirschau

Auch nicht im bayerischen Hirschau. Dort hatte der Kommunale Energiebeauftragte und Leiter des Bauhofs Richard Birner präzise Zählerstände, Verbräuche und Abrechnung des EVU für 14 Quecksilber- und 9 Gelblichtlampen samt Vorschaltgeräten verfolgt. Sein Fazit: „Bei voller Dimmung über ein Jahr liegt die Ersparnis bei 3.000 Watt Leistungsaufnahme bei rund 900 Euro.“

Auch das Tiefbauamt Magdeburg, bescheinigte den Energie-sparern aus Zerbst unlängst: „Die erzielte Einsparung beträgt pro Jahr rund 850 Euro“ – allein bei einem Testgerät. Entsprechend schnell amortisiert sich die Stromspartechnik, deren bisherige Anwendungen zusammen neben wiederkehrend über einer halben Million eingesparten kWh Energie auch den CO₂-Ausstoß um jährlich mehr als 363.000 Kilogramm reduziert.

erdgas schwaben-Preise:

Heute schon 25 Prozent günstiger als zum Vorjahr

Studie von Bündnis90/die Grünen unzutreffend

„erdgas schwaben hat heute schon 25,5 % niedrigere Preise als zum 1.10.2008“, bestätigt Oliver Daun, Vertriebsleiter erdgas schwaben gmbh. „Mit unserer bereits angekündigten Senkung zum Juli diesen Jahres wird unser Erdgaspreis mehr als 30% unter dem Preisniveau vom Winter 2008 liegen.“

Die aktuelle Studie der Grünen zu den Gaspreisen spricht von einer möglichen Preissenkung von 24 % für Erdgaskunden. „erdgas schwaben gibt alle Preissenkungen im Erdgasmarkt an seine Kunden weiter“, so Daun. „erdgas schwaben hat an den Preisschwankungen keinen zusätzlichen Cent verdient!“ Dies wird seit 2004 auch von dem renommierten Wirtschaftsprüfer Deloitte&Touche GmbH, Düsseldorf bestätigt.

Einladung für Bärbel Höhn

„Wir laden Bärbel Höhn, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen, nach Schwaben ein - denn hier läuft der Wettbewerb im Gasmarkt. In Schwaben gibt es heute schon

20 Mitantbieter, Tendenz steigend!“, erläutert Oliver Daun.

Die Studie vergleicht 5 Gasanbieter und zieht daraus Schlüsse für alle 750 Gasversorgungsunternehmen in Deutschland. Ebenso problematisch ist die Aussage für zukünftige Preis-Senkungen - hier bewegt sich die Studie im Bereich der Spekulation.

Oliver Daun: „Bedauerlich ist, dass der Klimaschutz von der lautstarken Preisdebatte völlig in den Hintergrund gedrängt wird. Überfällige Innovationstechnologien erhalten nicht mehr die nötige Aufmerksamkeit. Der jetzige Preissturz der Energie ist auch die Kehrseite der Kurzarbeit, der Arbeitslosigkeit, der Firmenpleiten - der globalen Wirtschaftskrise.“



→ CO₂-neutral
→ regional produziert
→ stärkt den Wirtschaftsstandort Schwaben
→ rund um die Uhr verfügbar

Noch Fragen?
Wir beraten Sie gerne
Telefon 0821 9002-0
www.erdgas-schwaben.de

Kennst Du schon unser
Bio-Erdgas?

erdgas schwaben
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

Energiespar-Unterricht im Auftrag von Erdgas Südbayern:

So wird im Klassenzimmer richtig gelüftet

Zahlreiche Finger schießen nach oben in Richtung Klassenzimmerdecke. Bei der Frage, wie im Klassenzimmer und zu Hause Energie gespart werden kann, wollen viele der Schüler mitreden. Auf die Antworten wartet aber diesmal nicht die Klassenlehrerin, sondern eine Mitarbeiterin der Deutschen Umweltaktion e.V. Der Verein führt derzeit schon in zweiter Auflage Energiespar-Unterricht im Auftrag von Erdgas Südbayern durch. Und das an 20 Orten in ganz Südbayern.

Die Heizung nicht zu weit aufdrehen und mehr zu Fuß gehen. Diese und weitere Energiespartipps kommen wie aus der Pistole geschossen von den Kindern der teilnehmenden Schulen. Insgesamt 1.500 Schüler beteiligen sich am Projektunterricht „Energiesparen“. Dabei erfahren die Schüler unter anderem, dass Stoßlüften besser ist, als die Fenster dauerhaft zu kippen. Oder, dass Wassermalbilder besser nicht auf den Heizkörpern getrocknet werden, um deren Wärmeabgabe nicht herabzusetzen. Außerdem erarbeiten die Mit-

arbeiterinnen der Deutschen Umweltaktion e.V. mit den Kindern, aus welchen Haupt-Energieträgern in Kraftwerken Strom und Wärme produziert wird und wie die Brennstoffe dort hin gelangen.

Dampfmaschine sorgt für Spannung

Was dort passiert, wird im Klassenzimmer exemplarisch anhand einer Dampfmaschine vorgeführt. Und wenn das „Mini Kraftwerk“ genügend Energie für eine angeschlossene Glühbirne produziert, dann beginnen auch viele Kinderaugen zu leuchten.

Erdgas aus dem Leitungsleck

Auch der Punkt Sicherheit und Erdgas spielt eine große

Sicherheit der Energieversorgung:

Hohe Priorität in Bayern

Staatsminister Zeil: „Neue Lieferländer, Transportwege für Erdgas und Gasspeicherkapazitäten erschließen, Kernenergie weiter nutzen“

Bayerns Wirtschaftsminister Zeil hat im Kabinett Konsequenzen aus dem russisch-ukrainischen Gaskonflikt für die bayerische und deutsche Energiepolitik angekündigt. Zeil betonte, dass die Sicherheit der Versorgung mit Energie für Bayern hohe Priorität hat. Zwar sei die Gasversorgung in Bayern während des zweiwöchigen Lieferstopps aus Russland durch die Ukraine nicht gefährdet gewesen.

Zeil: „Um die Risiken für die Gasversorgung zu minimieren, ist aber eine Diversifizierung des Gasbezugs dringend erforderlich. Ich setze mich dafür ein, dass neue Pipelineprojekte rasch realisiert werden. Dazu gehört auch die Nabucco-Pipeline aus der kaspischen Region nach Mitteleuropa.“ Der Wirtschaftsminister wird dazu die notwendigen Gespräche mit dem Bundeswirtschaftsministerium und der Europäischen Kommission führen und hierüber noch vor Pfingsten im Ministerrat erneut berichten.

Politische Unterstützung

Notwendig sei auch der Aufbau einer Infrastruktur für die

Rolle. Mit so genannten Odorierungskarten wird gezeigt, wie es riecht, wenn Erdgas aus einem Leitungsleck ausströmt.

Abschließend erhielten die Grundschul Kinder von Erdgas Südbayern reflektierende Stoffmäuse zum Anhängen an den Schulranzen – damit auch der energiesparende Schulweg zu Fuß sicher bleibt.

Projektunterricht verlängert

Der Projektunterricht „Energiesparen für Grundschulen“ startete bereits im vergangenen Herbst. Da sich zu Beginn der Aktion weit mehr Grundschulen bewarben, als berücksichtigt werden konnten, entschloss sich Erdgas Südbayern, zu einer Verlängerung.

Aktuell wird der Energiespar-Unterricht an folgenden Orten durchgeführt: Schweitenkirchen, Fürstenfeldbruck, Moosburg, Weßling, Alling, Schierling, Mainburg, Aufkirchen, Waldkraiburg, Mettenheim, Kraiburg a. Inn, Neumarkt-St. Veit, Eggenfelden, Triftern, Bad Birnbach, Simbach am Inn, Fürstentzell, Plattling, Iffeldorf, Berg-Aufkirchen.



Spannender Energiespar-Unterricht vor Ort.

Übernahme sozialer Verantwortung:

ESB unterstützt soziale Einrichtungen

München - Im Rahmen einer Frühjahrsaktion unterstützt die Erdgas Südbayern (ESB) zahlreiche Bildungseinrichtungen mit Förder- und Lernmaterial in ganz Südbayern.

Soziale Verantwortung übernehmen - für die ESB ist dies seit vielen Jahren eine Selbstverständlichkeit. Aktuell unterstützt die ESB Förderzentren, Grund- und Sonderschulen sowie Kindergärten in ganz Südbayern. Die ESB erfüllt Wünsche, die die Einrichtungen selbst nicht ohne weiteres hätten stemmen können. Beispielsweise ein mobiler Basketballkorb für den Pausenhof im Sonderpädagogischen Förderzentrum in Farchant oder ein hochwertiges Jongliereset für das Caritas Kinderdorf in Irschenberg.

„Die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen in den einzelnen Bildungseinrichtungen ist sehr beeindruckend. Sie erhalten genau die Aufmerksamkeit, die sie dringend brauchen. Es ist wichtig, dass wir als regionales Unternehmen soziale Verantwortung übernehmen“, erklärt Martin Heun, Leiter Handel/Vertrieb bei ESB.

In der Vergangenheit konzentrierte sich die ESB bereits mehrfach auf die Unterstützung von Schulen. Auf einen Grundschulwettbewerb folgte ein Unterrichtsprojekt zum Thema Energiesparen. Aufgrund der großen Nachfrage läuft diese Aktion sogar in der zweiten Auflage.

Die Erdgas Südbayern GmbH ist einer der größten Energiedienstleister in Bayern. Über 300 Mitarbeiter betreuen in Ober- und Niederbayern mehr als 200.000 Haushalte, 250 Kommunen, zahlreiche Industriebetriebe und 23 kommunale Weiterverteiler. Dafür stehen insgesamt 8.300 Kilometer Leitungsnetz zur Verfügung. Neben der klassischen Erdgasversorgung bietet ESB effiziente Contractinglösungen - auch mit regenerativen Energien. Darüber hinaus fördert ESB die Entwicklung innovativer Techniken wie Mini-Blockheizkraftwerke oder Gaswärmepumpen. Für ihr soziales Engagement erhielt die ESB 2008 ein europäisches Gütesiegel.

Zeil ein breiter Energiemix. Dazu gehöre auch die Kernenergie.

Laufzeiten verlängern

Zeil: „Nach einem Ausstieg aus der Kernenergie müsste zwangsläufig Gas zur Stromerzeugung in Bayern eingesetzt werden. Es ist sehr fraglich, ob

unser Gasbedarf dann noch sicher gedeckt werden kann.“ Auch zahlreiche europäische Staaten setzten wieder verstärkt auf die Kernenergie. Zeil: „Die Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke ist dringend notwendig, wenn unsere Energieversorgung auch in Zukunft sicher bleiben soll.“

E.ON Bayern investiert rund 6,3 Millionen Euro:

Neue Energiezentrale für Fripa

Hochmodernes Gasturbinenheizkraftwerk versorgt Papierhersteller mit Strom und Prozesswärme

6,3 Millionen Euro hat die E.ON Bayern Wärme GmbH in Zuge des Contractings in die Errichtung einer neuen Energiezentrale für den Hygienepapier-Hersteller Fripa investiert und zudem alle Aufgaben von der kompletten Planung bis zum Bau der Anlage übernommen.

Bei einer offiziellen Inbetriebnahmefeier mit zahlreichen Gästen aus Politik, Wirtschaft und Presse wurde das Gasturbinenheizwerk der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Partnerschaft zwischen Unternehmen von E.ON Bayern und Fripa besteht seit der Aufnahme der Produktion am Standort Miltenberg im Jahr 1948. Mit der Entscheidung, eine weitere Papiermaschine in Miltenberg zu installieren, hat die Eigentümerfamilie Queck ein weit reichendes Zeichen für den Standort gesetzt. Bei den Planungen wurde deutlich, dass die Energieversorgung eine entscheidende Rolle spielen würde, da durch die Produktionserweiterung der Bedarf an Strom um rund 50 Prozent steigen und auch der zu erwartende zusätzliche Wärmebedarf über die vorhandenen Anlagen nicht mehr zu decken sein würde.

Studie zu Energiekonzepten

Die E.ON Bayern Wärme GmbH, in der seit 2004 das gesamte Geschäftsfeld Wärme und regenerative Energien der E.ON Bayern gebündelt ist, führte in enger Abstimmung mit Fachleuten der Fripa eine Studie zu verschiedenen Energiekonzepten mit unterschiedlichen Energieträgern. Ziel war es, den steigenden Energiebedarf langfristig zuverlässig, kostengünstig und umweltfreundlich zu decken.

CO2-Vermeidung

Die Entscheidung fiel für eine Gasturbine mit Abhitzeessel zur Dampferzeugung. Ausschlaggebend für diese Art der Kraft-Wärme-Kopplungsanlage war deren Zukunftsfähigkeit durch die Gesamtwirtschaftlichkeit und die Umweltverträglichkeit. Zudem wird durch die gekoppelte Erzeugung von Strom und Wärme gegenüber einer getrennten Erzeugung deutlich Primärenergie eingespart und damit auch eine erhebliche Vermeidung des Treibhausgases CO2 erreicht.

Die Fripa entschloss sich weiter, die neue Energiezentrale nicht selbst zu bauen, sondern im Rahmen eines Wärme-Contractings durch die E.ON Bayern Wärme realisieren zu las-

sen. „Wärme und Strom sind für die Papiererzeugung existenzielle Faktoren. Es war uns wichtig, hier den unserer Meinung nach sinnvollsten ökologischen und ökonomischen Ansatz zu finden. Wir sind sicher, mit der KWK-Anlage und unserem Partner E.ON Bayern die richtige Entscheidung getroffen zu haben“, so Andreas Noack, Mitglied der Geschäftsleitung der Fripa.

Kraft-Wärme-Kopplung

„Auch wenn wir über unsere Vertriebsstochter naturgemäß Strom und Gas verkaufen wollen, setzen wir alles daran, in Sachen Energieeffizienz voranzukommen. Auch das ist unser Geschäftsfeld und entspricht unserer Verantwortung für Umwelt und Einsparziele. Kraft-Wärme-Kopplung wie hier ist ein sehr gutes Beispiel dafür“, beschreibt Thomas Barth, Vorsitzender des Vorstands der E.ON Bayern, das Konzept. „Beim Contracting realisieren unsere Experten schlüsselfertig. Finanzierung, Planung, Projektierung und Bau – und wenn gewünscht auch die Betriebsführung – sind im Komplettservice enthalten. Dies bietet dem Partner die Möglichkeit, sich auf seine Kernkompetenz zu konzentrieren“, so Barth weiter.

Gedeckter Bedarf

Der in der Gasturbine erzeugte Strom von gut 50 Millionen Kilowattstunden pro Jahr wird in das Firmennetz eingespeist und deckt den überwiegenden Bedarf an Elektrizität für den ganzjährigen Betrieb der drei Papiermaschinen. Die gleichzeitig produzierte Prozesswärme von circa 100 Millionen Kilowattstunden pro Jahr deckt den gesamten Bedarf der Fripa.

Rein rechnerisch könnte mit dem Strom eine Stadt mit rund 14.000 Einwohnern versorgt werden. Die Wärme wäre für die Versorgung von 4.000 Haushalten mit Wärme und Warmwasser ausreichend. Durch die gekoppelte Erzeugung von Strom und Wärme wird der Brennstoff Erdgas mit einem Wirkungsgrad von rund 80 Prozent optimal verwertet.

Kathi surft mit Papas Strom ...

... aus dem Erdgas-Heizkraftwerk im Keller!



Die neuen Blockheizkraftwerke im Miniformat versorgen Sie nicht nur mit Wärme, sondern auch mit Strom.

Werden auch Sie Ihr eigener Stromversorger!

Alle Informationen und Beratung zum kleinen Kraftwerk mit großer Leistung erhalten Sie von Ihrem Kundenberater unter: 01801/56 57 58

(3,9 Cent/Minute im deutschen Festnetz der Telekom, abweichender Mobilfunktarif)

ESB
Erdgas Südbayern

Erdgas Südbayern GmbH • Ungsteiner Straße 31 • 81539 München • E-Mail: info@esb.de • Internet: www.esb.de

LEW-Bilanzpressekonferenz:

Impulse für die Wirtschaft

Den Gefahren der Finanzkrise wird mit aktivem Risikomanagement begegnet

Die Finanzkrise und die damit einhergehende negative Kapitalmarktentwicklung machen auch vor der Bilanz der Augsburger Lechwerke AG nicht halt. „Die Finanzkrise hat in der Bilanz der LEW Spuren hinterlassen. Die Vermögensverluste im Bereich der Finanzanlagen hielten sich jedoch dank der sehr konservativen Anlagestrategie in Grenzen. Allerdings werden sich die Auswirkungen auf den Stromabsatz im Zuge der Wirtschaftskrise weiter verstärken“, erläuterte LEW-Vorstandsmitglied Ulrich Kühnl bei der Bilanzpressekonferenz des Unternehmens. „Wir begegnen diesen Gefahren mit einem aktiven Risikomanagement. Neben den Risiken sehen wir aber Chancen, die durch den neuen wachstumsorientierten Antritt unseres Mutterkonzerns RWE unterstützt werden.“

Wachstumsmöglichkeiten für die LEW sieht Kühnl im Bereich der Energieeffizienz, bei regenerativer Energieerzeugung und in der Kundenneugewinnung für Strom und Gas. Auch die Bedingungen für Netzkooperationen dürften sich durch die Regulierungssituation verbessern.

Ergebnisentwicklung

Die LEW-Gruppe konnte im Geschäftsjahr 2008 einen Umsatzanstieg um 15 Prozent auf 1,16 Milliarden Euro verzeichnen. Diesem Anstieg liegen zum einen Absatzsteigerungen bei Geschäftskunden zugrunde; zum anderen ist er auf gestiegene Vergütungen der nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz geförderten Erzeugungsanlagen und die Weitergabe gesteigerter Beschaffungskosten an die Kunden zurück zu führen. Das Nettoergebnis lag mit 94 Millionen Euro in etwa auf Vorjahresniveau. Insgesamt war

die Ergebnisentwicklung der Lechwerke im Jahr 2008 noch stärker als in den Vorjahren durch Sondereffekte geprägt: Belastungen ergaben sich durch eine Verschlechterung des Finanzergebnisses um 22 Millionen Euro im Zuge der Finanzkrise.

Wegenutzungsverträge

Dafür zahlte sich nach 14 Jahren erstmals das Engagement in der Rhein-Main-Donau AG aus: Das Beteiligungsergebnis verbesserte sich sprunghaft um rund 15 Millionen Euro. Im Saldo haben sich die Sondereffekte annähernd ausgeglichen, so dass das Nettoergebnis stabil gehalten werden konnte. Die Dividende will das Unternehmen nach Vorschlag des Vorstands und Aufsichtsrats mit 1,50 Euro je Stückaktie auf Vorjahresniveau halten. Erfolg versprechend ist auch der Einstieg in das Gasgeschäft, das im vergangenen Jahr im Groß-

kundenbereich begann und schon bald auf den Privatkundensektor ausgeweitet werden soll. Ihre Basis im Stromgeschäft konnten die Lechwerke im vergangenen Jahr durch den Neuabschluss von 56 Wegenutzungsverträgen mit Kommunen stärken.

Preisrisiken im Geschäftskundenvertrieb

Im Geschäftskundenvertrieb sieht LEW-Vorstand Kühnl Preisrisiken, weil Stromkunden in der aktuellen wirtschaftlichen Situation Kurzarbeit fahren und bereits beschaffte Mengen nicht mehr abnehmen. „Seit Ende letzten Jahres ist die Stromabgabe um rund fünf Prozent zurückgegangen.“ Sollten Firmenkunden ihre Produktion auch zukünftig drosseln, werde ein weiterer Rückgang erwartet. „Die LEW stellt sich auf die Risiken ein. Bei größeren Kunden wird die Bandbreite der Abnahmemenge vertraglich definiert und das Risiko begrenzt“, so Kühnl.

Zusätzlich ergeben sich Chancen, wenn der Vertrieb die günstige Strompreissituation für Neuabschlüsse nutzen könne. Kühnl erwartet, dass sich die Auswirkungen auf den Stromabsatz und die Strompreise im Zuge der Wirtschaftskrise weiter verstärken. „Die Lechwerke sind hier besonders betroffen durch die künftig niedrigeren Verkaufserlöse der Tochter BEW am Terminmarkt.“ Bis vor kurzem noch habe die Erzeugung in den Wasserkraftwerken der Lechwerke vom hohen Energiepreinsniveau profitiert. Mit den sinkenden Öl- und Gaspreisen fielen aber auch die Strompreise auf dem Großhandelsmarkt und damit die Verkaufserlöse für künftige Erzeugungsmengen.

Deutlich gestiegene Strom-Beschaffungskosten

Demgegenüber stehen die deutlich gestiegenen Strom-Beschaffungskosten in 2008, weshalb die Lechwerke Anfang Februar eine Anhebung des Grundversorgungstarifs um 11,4 Prozent bekannt geben mussten. Nur etwa zwölf Prozent des verkauften Stroms produzieren die Lechwerke in ihren 34 Wasserkraftwerken selbst. Die restliche Menge kaufen sie – oft ein bis zwei Jahre, bevor sie gebraucht wird – auf dem Großhandelsmarkt ein. Dort war Strom im vergangenen Sommer extrem teuer. Mittlerweile hat sich die Lage allerdings deutlich entspannt. Der Preis pro MWh habierte sich innerhalb eines ¼ Jahres. Die Lechwerke rechnen deshalb damit, dass ihre Kunden langfristig entlastet werden. Aus heutiger Sicht gehe man davon aus, dass die Preise 2010 wieder sinken.

Kühnl hält sich mit Prognosen zur Wirtschaftskrise zurück. Vielmehr plädiert er für eine Rückbesinnung auf die eigenen Stärken und die der Region. „Wir sind in unserer Region mit einer gut durchmischten, mittelständischen Struktur gut auf-

gestellt.“ Auch die LEW-Geschäftsstruktur überzeuge durch eine gesunde Mischung aus eigener Stromerzeugung, einem aktiven Vertrieb und einem effizienten Netzbetrieb. „Stabilität ist in der gegenwärtigen Situation für uns ein wichtiger Punkt. Gerade das regulierte Netzgeschäft erfährt heute mit Blick auf die Wirtschaftskrise eine neue Wertschätzung als stabilisierender Faktor. Außerdem verfügen wir nach wie vor über eine erhebliche Finanzkraft – eine gute Voraussetzung für Wachstumschancen gerade in Krisenzeiten“, so der Vorstand.

Regionale Wertschöpfung

Insgesamt belief sich die regionale Wertschöpfung des Unternehmens auf 473 Millionen Euro, die die Kaufkraft der Region unmittelbar stärken und von der vor allem kleine und mittelständische Unternehmen der Region profitieren. Die Ausgaben in die Energieinfrastruktur beliefen sich 2008 auf 73 Millionen Euro. Kühnl kündigte an, gemeinsam mit der Regierung von Schwaben einen Weg zu suchen, durch schnellere Genehmigungsverfahren ein geplantes Auftragsvolumen von zehn Millionen Euro auf 2009 vorzuziehen und damit der heimischen Wirtschaft konjunkturelle Impulse zu geben.

Kühnl begrüßte das staatliche Konjunkturprogramm, denn es führe zu Stabilität in der gegenwärtigen Situation. Darüber hinaus regte er an, zusätzliche konjunkturelle Impulse durch ein Programm für mehr Energieeffizienz und innovative umweltfreundliche Energieprojekte in Bayern zu schaffen. „Eine steuerneutrale Finanzierungsmöglichkeit könnte durch ein Fondsmodell im Zusammenhang mit der diskutierten Laufzeitverlängerung der Kernenergie erfolgen“, so Kühnl.

LEW steigt ins Gasgeschäft ein

Erfreulich entwickelte sich 2008 der Einstieg von LEW in das Gasgeschäft. Erste Geschäftskunden konnten mit Gas beliefert werden. Die Vertriebsaktivitäten sollen weiter verstärkt und ausgebaut werden. Für 2009 ist der Einstieg in den Privat- und Gewerbekundenmarkt geplant.

„Wir haben 2008 mit der Belieferung erster Geschäftskunden begonnen und werden diesen Geschäftsbereich zügig ausbauen. Bereits im ersten Jahr konnten Verträge über Gaslieferungen mit einer Absatzmenge von rund 835 GWh geschlossen werden. Für dieses Jahr planen wir erste Gasangebote für das Privatkundensegment“, erklärte Waning.

Beim Thema Geothermie gibt sich Waning zurückhaltend. „Die finale Entscheidung für ein Engagement ist noch nicht getroffen.“ Bohrprojekte sind eine aufwendige, teure und mit Risiken behaftete Angelegenheit. Jeder Meter Tiefenbohrung kostet 1.000 Euro. Dazu kommen erhebliche Kosten für Vorarbeiten und Einrichtung der Bohrstelle. Neben der Temperatur muss die Fließrate des warmen Wassers stimmen, damit sich die Nutzung zur Wärmeversorgung lohnt. dsp



Die LEW-Vorstandsmitglieder Paul Waning und Ulrich Kühnl (v. r., links LEW-Prokurist Rainer Müller) stellen in der Unternehmenszentrale der Lechwerke die Bilanz der LEW für das Geschäftsjahr 2008 vor. Bild: Bleier/LEW

N-ERGIE Erdgaspreise bestätigt

Das Bundeskartellamt hat das Verfahren gegen die N-ERGIE Aktiengesellschaft eingestellt. Die Behörde folgte der Darlegung der N-ERGIE, dass für die Gestaltung der Erdgaspreise in den Jahren 2007 und 2008 die Höhe der Bezugskosten maßgebend waren und bestätigt damit, dass die Erdgaspreise des Nürnberger Regionalversorgers nicht überhöht waren.

Auf der Grundlage von § 29 GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) untersuchte das Bundeskartellamt die Erdgaspreise für Standardlastprofilkunden von 33 Gasversorgungsunternehmen. Die N-ERGIE zählt zu den wenigen Anbietern, deren Verfahren nach eingehender Prüfung ohne Auflagen eingestellt wurde. Da die Erdgaspreise der N-ERGIE nicht überhöht waren, muss das Unternehmen an seine Kunden keine Gutschriften oder andere monetäre Zusagen leisten.

Bereits am 9. Dezember 2008 entschied das Oberlandesgericht Nürnberg, dass die Preiserhöhungen der N-ERGIE für die Erdgasprodukte zwischen Oktober 2004 und April 2007 angemessen waren. Das Gericht wies in zweiter Instanz drei Klagen ab, die die Illegitimität der Erdgaspreiserhöhung in Zweifel gezogen hatten. □

Thermografieaktion im Landkreis Rottal-Inn:

Fortsetzung folgt

Sichtlich erfreut zeigte sich Rottal-Inns Landrätin Bruni Mayer mit dem Erfolg der Thermografieaktion 2008/2009 im Landkreis. Durchgeführt wurde die Aktion von der Wirtschaftsförderung am Landratsamt zusammen mit den regionalen Banken, dem Bund Naturschutz und einem spezialisierten Ingenieurbüro.

Bruni Mayer erinnerte an die Beweggründe, die zur Thermografieaktion geführt hatten: „Es ging uns zunächst einmal darum, etwas für den Klimaschutz zu tun. Denn letztendlich hat es jeder von uns selbst in der Hand, hier seinen Beitrag zu leisten. Wir wollten Bürgern, die Energie sparen wollen, zur Seite stehen.“ Gerade die Besitzer älterer Immobilien könnten durch entsprechende Sanierungsmaßnahmen aber nicht nur den Energieverbrauch drosseln und damit die Umwelt schonen: „Man schont auf Dauer auch den eigenen Geldbeutel, wenn man das Heizöl oder Gas nicht mehr zum Fenster hinaus verheizt“, so die Landrätin.

Profiteure der Aktion seien außerdem die heimischen Handwerksbetriebe gewesen, die sich einmal mehr als „kompetente Partner“ erwiesen hätten. Mayers Dank galt aber auch den Banken der Region, denn die Sparkasse Rottal-Inn und auch die VR-Banken hatten günstige Möglichkeiten angeboten, die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen zu finanzieren und auch die entsprechenden KfW-Darlehen vermittelt.

Viele Hausbesitzer hätten immer noch Interesse an der durch die gemeinsame Aktion sehr günstigen Thermografie ihrer Immobilie, bestätigte Monika Hiebl von der Wirtschaftsförderung am Landratsamt. Diese Aufnahmen mit einer Spezialkamera, die nur in der kalten Jahreszeit und bei Dunkelheit möglich sind, zeigten jede Schwachstelle eines Hauses, durch die Wärme ungenutzt nach außen dringt. „Die Informationsveranstaltungen waren sehr erfolgreich, die Rückmeldung durch die Bürgerinnen

und Bürger war durchwegs positiv“, berichtete Hiebl. Großes Lob habe es vor allem für die schnelle und unbürokratische Beratung gegeben, die letztlich zu über 220 Hausuntersuchungen geführt habe.

Heribert Ellinger, dessen Ingenieurbüro die Thermografien durchgeführt hatte, bestätigte, dass viele Hausbesitzer von den Ergebnissen der Untersuchungen überrascht gewesen seien. Früher habe man ganz anders gebaut und die Dämmung war dank niedriger Energiepreise nicht ganz so wichtig. Heute wisse man, „dass richtige Dämmung und andere Maßnahmen zu echten Spareffekten führen“.

Dass sie ihre Beteiligung an der Aktion vor allem als Zeichen des Engagements ihrer Geldinstitute in der Region verstanden sehen wollen, darauf verwiesen die Direktoren Josef Borchl (Sparkasse Rottal-Inn) und Claudius Seidl (Kreisverband der VR-Banken). „Es wurden bei weitem nicht alle Sanierungen mit Krediten finanziert, oft wurde auf Sparbücher und andere Rücklagen zurückgegriffen“, berichtete Claudius Seidl. Für die Banken sei es aber auch nicht in erster Linie um das Kreditgeschäft gegangen. „Wir profitieren indirekt natürlich auch von den Aufträgen für das heimische Handwerk, das zu unseren langjährigen Kunden gehört“, erklärte Josef Borchl.

Einig waren sich beim Abschlussgespräch alle Teilnehmer darin, die Thermografieaktion auch in der nächsten Wintersaison wieder durchzuführen: „Wir machen jetzt eine Sommerpause und dann starten wir alle gemeinsam wieder durch“, versicherte Landrätin Mayer. DK



V. l.: Staatsminister Helmut Brunner, Mauro Risi, Geschäftsführer von Agip Deutschland, Dr. Kurt Mühlhäuser, Vorsitzender der Geschäftsführung der Stadtwerke München und Dr. Michael Kerkloh, Vorsitzender der Geschäftsführung des Flughafens München. □

Neue Bio-Erdgas-Tankstelle am Münchner Flughafen

Ab sofort können am Münchner Flughafen Erdgas-Fahrzeuge einen 80:20 Mix aus Erdgas und aufbereitetem Biogas tanken. Die Tankstelle, die Landwirtschaftsminister Helmut Brunner am Montag eröffnete, ist Bestandteil eines von mehreren „Leuchtturmprojekten“ im Rahmen des Klimaprogramms Bayern 2020.

Das Bio-Erdgas stammt aus der Anlage in Plienring im Landkreis Ebersberg und wird von den Münchner Stadtwerken bereitgestellt. Betankt werden können damit für den Erdgasbetrieb geeignete und zugelassene Fahrzeuge. Im Vergleich zu Flüssigkraftstoffen wie Benzin und Diesel spart der Einsatz von Bio-/ Erdgas 38 Prozent CO₂ ein. Auch der Feinstaubausstoß ist geringer.

In Bayern gibt es derzeit vier bayerische Bioerdgas-Anlagen: in

Plienring, Graben, Maihingen und Schwandorf. Sie erzeugen eine Energiemenge, die 21 Millionen Litern Dieseldieselkraftstoff entspricht.

Noch heuer soll in Aiterhofen bei Straubing eine weitere Anlage dazu kommen. Allein mit dem Ertrag aus einem Hektar Energiepflanzen kann Brunner zufolge ein modernes Erdgasauto rund 67.000 Kilometer fahren – also gut eineinhalb Mal um den Globus. □

Hocheffiziente Energie-Einsparung - ein Plus für nachhaltige Gebäudetechnik

Mit Einsatz multifunktionaler SEW®-Wärme- und Kälte-Rückgewinnungstechnik werden luft- und klimatische Anlagen von einst größten Energieverbraucher zum Energiesparer für das gesamte Gebäude.

Seit 1983 sind tausende Anlagen mit einer Gesamtleistung von über 100 Mio. m³h Luftleistung auf Basis der SEW®-Einspar-Technologie in allen Branchen erstellt worden. Mit den bereits in Betrieb befindlichen Anlagen werden jährlich etwa 600 Mio. kWh Wärme und Kälte eingespart, womit über 100.000 t CO₂ substituiert werden.

Und so wirkt die SEW®-Rückgewinnungstechnik:

- **hocheffektiv:** bringt Rückwärmgrade von 80% auf hohem Effizienzniveau
- **hocheffizient:** erzielt Jahres-Leistungsziffern von 1:20 bis 1:100, d.h. mit 1 kWh Strom bis zu 100 kWh Wärme und Kälte einsparen
- **betriebssicher:** ausfall- und funktionssicher durch redundante Modultchnik in Gegenstrom-Schicht-Bauweise, frost- und vereisungssicher
- **hochrentabel:** die Rückgewinnungstechnik macht sich bereits durch Substitution herkömmlicher Anlagentechnik bezahlt (kleinere Heizkessel, Kältemaschinen, Rückkühlwerke etc. entfallen ganz). Reduzierung der sonst üblichen Gebäudeflächen. Ab Betriebsbeginn ist die Energieeinsparung bereits Gewinn!
- **hoher Gesamtnutzen:** zukunftsweisende Technik ohne Mehrkosten und mit weniger apparativen Aufwand, keim- und schadstoffübertragungsfrei für höchste Raumluftqualität, die umluftfreie Lüftungstechnik ist präventiv ohne Rauch- und Brandübertragung

Vorbildprojekte

- Bundeskanzleramt Berlin**
Wärme*: 2.157 kW
Kälte*: 715 kW
- Baureferat München**
Wärme*: 273 kW
Kälte*: 105 kW
- Leopoldina-Krankenhaus, Schweinfurt**
Wärme*: 2.450 kW
Kälte*: 890 kW

* eingesparte Wärme- / Kälteleistungen



Wer heute neu plant, baut oder saniert, sollte zuvor diese bewährte Technik in unserem Hause oder bei einem von uns ausgeführten Projekt in Augenschein nehmen. Den Bauherrn bzw. Fachplaner können Sie gemäß unserer Referenzliste selbst auswählen.

SEW® GmbH seit 1953
47906 Kempen
Industriering Ost 90
Tel.: 02152 / 91 56-0
www.sew-kempen.de

BayWa sucht Partner für Bau- und Gartenmärkte:

Sonderdividende nach Rekordergebnissen

Lutz: „Einbindung in die Genossenschaftsorganisation ist ein Wettbewerbsvorteil“

Das Jahr 2008 war für den Handels- und Dienstleistungskonzern sowohl beim Umsatz als auch beim Ertrag in seiner 85-jährigen Geschichte ein absolutes Rekordjahr. Denn das Unternehmen hat sich in den wirtschaftlich schwierigen Zeiten hervorragend geschlagen. Die Aktionäre werden deshalb neben der schon üblichen jährlichen Dividendenerhöhung um 2 Cent auf jetzt 34 Cent zusätzlich eine einmalige Sonderdividende von 6 Cent auf dann zusammen 40 Cent je Stückaktie erhalten. Zwar werde, so Vorstandschef Klaus Josef Lutz, im laufenden Jahr kaum das Niveau von 2008 zu erreichen sein, aber 2009 werde wohl doch ein relativ normales Jahr werden, vergleichbar etwa mit 2007. Man sehe jedenfalls mit verhaltenem Optimismus in die Zukunft.

Der Umsatz nahm um 21,7 Prozent auf 8,8 Milliarden Euro zu. Zwei Drittel der Erlöse wurden in Deutschland, ein Drittel in Österreich und Osteuropa erzielt. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) legte um 14,4 Prozent von 94 Millionen auf 104 Millionen Euro zu. Berücksichtigt man, dass 2007 ein außerordentlicher Ertrag von 21,1 Millionen Euro aus dem Verkauf der Beteiligung an dem österreichischen Snack-Hersteller Kelly zur Verfügung stand, betrug 2008 das EGT-Plus sogar 49 Prozent. Weil aber Verlustvorräte aufgebraucht waren, fiel der Jahresüberschuss mit 71,8 Millionen Euro etwas geringer aus als im Jahr zuvor mit 76,7 Millionen. Das Eigenkapital konnte dennoch um 7,1 Prozent auf 915,1 Millionen Euro oder zu einer Eigenkapitalquote von 29,8 Prozent aufgestockt werden. Lutz: „Damit haben wir unsere Zielquote von 30 Prozent nahezu erreicht.“

Rekordpreise für Getreide

Träger des Erfolges waren ein ungewöhnlich gutes Agrargeschäft mit zeitweiligen Rekordpreisen für Getreide und der Bereich Energie mit dem außergewöhnlich starken Anstieg der Treibstoff- und Heizölpreise. Auch die Sparte Technik hat sich gut entwickelt, zumal die Landwirte investitionsfreudig waren. So wurde im September 2008 mit 436 verkauften Schleppern eine Höchstmarke gesetzt. Die Sparte Technik erlebte einen Turm around. Die weitere Konzentration der Technik-Stationen durch Ausdünnung der Standorte soll noch einmal überdacht werden.

Stabile Entwicklung

Inzwischen machen sich saisonal bedingte Schwankungen im Agrar- und Mineralölhandel bemerkbar, da sowohl die Getreide- als auch die Ölpreise zuletzt rückläufig waren. Aber das Geschäft werde wieder anziehen, ist Lutz sicher. Das Unternehmen werde sich stabil entwickeln. Doch konkrete Prognosen wollte Lutz angesichts der Wirtschaftskrise nicht geben. Die BayWa werde die Auswirkungen der Krise in allen Segmenten spüren. Aber das Unternehmen stehe stabiler da als die

meisten Branchen, denn die Tatsache, dass der Konzern mit der Erfüllung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung wie Ernährung, Wohnen, Wärme und Mobilität beschäftigt sei, mache ihn auch in stürmischen Zeiten krisenfest. Grundsätzlich will die BayWa im Agrarbereich weiter expandieren, vor allem in Osteuropa, dies „aber konservativ und vorsichtig“.

Marktführer in NRW

Im BayWa-Segment Bau, wo es um den Handel mit Baustoffen und das Geschäft der Bau- und Gartenmärkte geht, sieht es nicht ganz so gut aus, obwohl der Umsatz um 6,5 Prozent auf 1,8 Mrd. Euro anstieg. Der Wohnungsbau ging nochmals zurück. Das konnte durch ein Plus im Wirtschaftsbau nicht ausgeglichen werden. Der Zuwachs kommt denn auch überwiegend aus Akquisitionen im Baustoffhandel, vor allem in Nordrhein-Westfalen, wo die BayWa inzwischen Marktführer ist und künftig auch alle Baustoff-Firmen unter dem Namen BayWa führen wird. Mit dem EGT im Bauseg-

60 Jahre Grundgesetz:

Vom Provisorium zur Verfassung

Verlag C.H.Beck mit neuem GG-Kommentar zum Jubiläum

Obwohl das Grundgesetz (GG) nur als Provisorium gedacht war, feiert es in diesem Jahr sein 60-jähriges Bestehen. Der Verlag C.H.Beck hat anlässlich des Jubiläums eine völlig neue Kommentierung des Grundgesetzes herausgebracht.

Am 23. Mai 1949 punkt Mitternacht trat das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Der Name „Grundgesetz“ sollte vor allem den vorübergehenden Charakter des Verfassungstextes deutlich machen, der wegen der Teilung Deutschlands ursprünglich nur als Provisorium für Westdeutschland gedacht war. In seinen ersten 40 Jahren erwies sich das Grundgesetz allerdings als so erfolgreich, dass es seit der Wiedervereinigung als gesamtdeutsche Verfassung gilt.

Rund 60 mal wurde das Grundgesetz zwischenzeitlich

ment ist Lutz weniger zufrieden, denn nach einem Plus von 13,3 Millionen Euro im Jahr 2007, in denen allerdings 5 Millionen Euro Buchgewinne aus Immobilienverkäufen steckten, gab es einen Verlust von 2,5 Millionen Euro. Ausschlaggebend dafür waren vor allem die Bau- und Gartenmärkte. Lutz: „Hier sind dringende Maßnahmen nötig. Wir brauchen einen strategischen Befreiungsschlag.“ Konkret: Die BayWa sucht einen Partner, sei es über ein Joint Venture, sei es über eine Kooperation, „in der auch andere Unternehmen die Führung haben dürfen.“ Betroffen wären 71 Märkte mit 300 Millionen Euro Umsatz.

Erneuerbare Energie

Nicht zuletzt auf Grund der hohen Rohölpreise hat sich das Segment Energie sehr gut geschlagen. Forciert werden soll der Aufbau einer Green-Energy-Sparte, in der das Geschäft mit erneuer-

Mediation in der Diskussion

Experten-Blog zur einvernehmlichen Konfliktlösung

Der Verlag C.H.Beck erweitert seinen juristischen Fachblog. Ab sofort können Fragen der einvernehmlichen Konfliktlösung im neuen Experten-Blog „Mediation“ diskutiert werden. Die Beiträge sind abrufbar unter www.beck-blog.de. Eine Registrierung ist nicht erforderlich.

baren Energien (Biogas, Solaranlagen, Holz-Pellets) konzentriert werden soll. Bis 2001 soll dieses Geschäft 170 Millionen Euro Umsatz bringen. Im oberbayerischen Raum will die BayWa von der Staatsregierung Bohrlizenzen erwerben, um im Bereich Geothermie tätig zu werden.

Trennung vom Autohandel

Unter die sonstigen Aktivitäten fallen bei der BayWa der Lebensmittelhandel in Österreich (Ybbstaler Fruchtsaft-Konzentrat) und der Handel mit BMW- und Audi-Autos in 25 Niederlassungen in Baden-Württemberg. Vom Autohandel möchte sich die BayWa trennen. Mit möglichen Käufern werde schon verhandelt.

Die BayWa fühlt sich finanziell gesund. Die Kreditlinien über 1,3 Milliarden Euro seien nur zu 60 Prozent ausgenutzt. Durch die Einbindung in die Genossenschaftsorganisation stehe die Finanzierung auf soliden Beinen. Das sei in diesen Unsicheren Zeiten ein Wettbewerbsvorteil. Man sei froh, dass genossenschaftliche Anker-Investoren eine Sperrminorität hielten. Lutz fände es schön, wenn sich die genossenschaftlichen Volks- und Raiffeisenbanken noch stärker als Aktionäre engagieren würden, „denn die schwimmen zur Zeit in Geld“. dhg

Facility-Management für Fürther Pyramide

BayernFM baut Präsenz in der Metropolregion Nürnberg weiter aus

Die Bayern Facility Management GmbH betreut seit kurzem eines der Wahrzeichen der Stadt Fürth: Den Gebäudekomplex in der Europa-Allee 1, der unter anderem die renommierte Euromed-Clinic sowie das bekannte 4-Sterne Superior Hotel Pyramide beherbergt.

Im Auftrag der Bavaria Immobilien-Beteiligungs-Gesellschaft mbH & Co. Objekt Fürth KG übernahm die Bayern Facility Management GmbH (BayernFM) zum 01. März 2009 das technische und infrastrukturelle Facility Management für das 42.000 m² BGF große Areal. Im Bieterverfahren gelang es dem Münchner Komplettanbieter, dank eines überzeugenden Bewirtschaftungskonzepts und insbesondere der technischen Kompetenz, sich gegenüber renommierten FM-Dienstleistern zu behaupten. Allein 23.000 m² BGF entfallen auf den Mieter EuromedClinic GmbH. Als größte Privatklinik Deutschlands bildet sie unter dem Einsatz modernster Medizintechnik die gesamte ambulante und stationäre Behandlungskette von der Prävention über Diagnostik und Therapie bis hin zur Rehabilitation ab. Zur Abrundung des Leistungsangebots unterstützen eine renommierte Rehabilitationseinrichtung und eine Apotheke das Dienstleistungsangebot für alle Fragen der medizinischen Versorgung.

Ein weiterer Großmieter ist unter der architektonisch markanten Glaspiramide untergebracht. Das gleichnamige 4 Sterne Superior Hotel Pyramide bietet seinen Gästen auf ca. 7.300 m² BGF rund 100 außergewöhnlich gestaltete Zimmer und 25 Tagungsräume mit insgesamt 1.230 m² sowie einen 690 m² großen Wellness-Bereich. Die vielfältige Gebäudenutzung und die speziellen Bedürfnisse der Mieter, ein 24-Stunden Betrieb mit hoher Kundenfrequenz, eine komplexe Gebäudetechnik sowie eine kontinuierliche Energieoptimierung charakterisieren die Herausforderungen, die die BayernFM und ihre Mannschaft vor Ort während der nächsten drei Jahre bewältigen werden.

Die Bayern Facility Management GmbH ist ein gemeinsames Tochterunternehmen der BayernLB und der Flughafen München GmbH. Mit den vier Geschäftsfeldern Bewirtschaften, Bauen, Beraten und Benchmarking bietet die BayernFM ihren Kunden über den gesamten Objektlebenszyklus hinweg intelligente und hochwertige FM Dienstleistungen. Transparenz schaffen, Maßnahmen definieren und Potenziale realisieren - diese Grundsätze sind in sämtlichen operativen und beratenden Leistungen verankert. Die BayernLB, die Flughafen München GmbH, die Öffentliche Hand sowie namhafte Großunternehmen aus dem Industrie-, Finanz- und Dienstleistungssektor zählen mit einer bewirtschafteten Gesamtfläche von rund 1,4 Mio. m² zum Kundenkreis der BayernFM. Als zertifiziertes Unternehmen für Qualitäts- und Umweltmanagement wird die Verantwortung gegenüber den Kunden, den Mitarbeitern und der Umwelt täglich gelebt. □

„Neue Juristische Wochenschrift“ mit „Heft-ums-Heft“:

Fachzeitschrift erweitert Informationsteil

Die „Neue Juristische Wochenschrift“ (NJW) aus dem Verlag C.H.Beck baut ihren Informationsteil „NJW-aktuell“ weiter aus.

Seit diesem Monat enthält jede Ausgabe noch mehr aktuelle Rechtsthemen - als „Heft-ums-Heft“. „Neben der gewohnten guten Fachinformation bieten wir mit unserem ‚Heft-ums-Heft‘-Prinzip neuen Raum für Themen, die die Anwältinnen interessieren und unterhalten.“ erklärt Professor Dr. Achim Schunder, Schriftleiter der NJW. Neu ist die Rubrik „Im Profil“. Dort stellt die NJW interessante Kanzleien und spannenden Persönlichkeiten vor.

Auch die „Personalien“ werden ausgeweitet. Ob in Anwalts-

kanzlei, Justiz, Unternehmen, Verband oder Universität - die NJW wird künftig über alles Wissenswerte in personeller Hinsicht berichten.

Neuerungen auf Website

Eine weitere Neuerung betrifft die NJW-Homepage: Unter www.njw.de wird in Kürze das „Heft ums Heft“ der NJW für alle Abonnenten in elektronischer Form zugänglich gemacht und archiviert.

Die „Neue Juristische Wochenschrift“ (NJW) gilt mit über 100.000 Lesern als die führende juristische Fachzeitschrift. Ihre orange-rot leuchtenden Hefte erscheinen im 62. Jahrgang. □

Ortspläne als Druck und interaktive Karte im Internet

- Maßgeschneidert
- Benutzerfreundlich
- Suchfunktion für Straßen und öffentliche Einrichtungen
- Links zu Gewerbe, Ärzten etc.
- Werbefrei

www.yourmap.de

MBM Landkartentechnik - Kartographie + GIS
Dipl.-Ing. B. Müller - Elbseitz 4 - 82131 Gauting
Telefon 089-7915575 - yourmap@web.de

Verfassungsgeschichte

Der inzwischen sechsbändige Kommentar von Maunz/Dürig stellt die umfangreichste juristische Erläuterung zum Grundgesetz dar. In der 53. und 54. Ergänzungslieferung kommentiert Altbundespräsident Roman Herzog mehrere Artikel, darunter zu Bundesregierung und Bundespräsident. Die Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland behandelt das Werk von Prof. Dr. Jörn Ipsen, „Der Staat der Mitte“, das pünktlich zum Jubiläum im Mai erscheinen wird. □

- Bewirtschaften
- Bauen
- Beraten
- Benchmarken

Der kommunale Immobilienbestand ist der Schlüssel, um Kosten zu senken und gleichzeitig mit gutem Beispiel in Sachen Klimaschutz voranzugehen. Wir beraten Sie gerne bezüglich energetischer Sanierungs- und Optimierungsmaßnahmen.

Mit Beratungsleistungen für rund 350 Kommunen sind wir ein zuverlässiger Partner der öffentlichen Hand

www.bayernfm.de



Kosten senken + Klima schützen

Mit debeo Mietforderungen besser managen:

Für Miete reicht das Geld immer

Rendite großer Immobilienbestände stärken / Kündigungen von Mietern verhindern
81 Prozent der säumigen Mieter zahlen innerhalb von 30 Tagen

Den Öffentlichen Haushalten gehen jährlich Milliarden durch nicht beibrachte Mietschulden verloren. Vor allem Eigentümer großer Bestände haben häufig zu kämpfen: Manche Immobilie erwirtschaftet eine Rendite unterhalb der Erwartungen, die Mietausfälle und fehlende Einnahmen durch leer stehende Wohnungen „verhageln“ die Kalkulation werthaltiger Bestände. Aber eine innovative Dienstleistung verspricht hier Abhilfe.

„Unser Service stoppt Mietausfälle und sorgt dafür, dass der Anteil der Kündigungen im Bestand sehr deutlich sinkt“, sagt Christian Seitz, Geschäftsführer von debeo. Das Sonthofener Unternehmen gehört zur Seitz Real Estate Group und ist spezialisiert auf das Management von Mietforderungen.

Best-Practice-Beispiel

Ein erfolgreicher Fall aus der Praxis zeigt, wie debeo im Dienst der Eigentümer die Zahlen verbessert. 3.500 Wohnungen hatte ein Investor in Norddeutschland übernommen, davon standen 420 Wohnungen leer. Zudem zeigten die Bücher der Mieterverwaltung dicke rote Zahlen. „60.000 Euro neue, offene Mietforderungen, und das jeden Monat“, berichtet Christian Seitz über die Lage, bevor der Dienstleister das Management der Mietforderungen übernahm.

Ein reichliches Jahr später hat sich das Blatt komplett gewendet. „Die monatlichen Mietrückstände haben wir auf 4.000 Euro gedrückt“, freut sich der Unternehmer für seinen Kunden. Zudem sinken die Leerstandszahlen kontinuierlich: „Ganze 110 Wohnungen stehen noch leer“,

meldet Seitz. Durch den Service von debeo konnte die Zahl von anfangs 50 Kündigungen im Monat auf 20 abgesenkt werden.

Engmaschige Betreuung

Diese Zahlen stimmen jeden Eigentümer größerer Immobilienbestände freudig; alle für das Management eines größeren Wohnungsbestandes kritischen Werte konnten deutlich verbessert werden.

Wie erreicht debeo diese Ergebnisse? „Unser Schlüssel zum Erfolg ist die engmaschige Betreuung säumiger Mieter“, sagt Seitz. Bleibt eine Mietzahlung am 03. des Monats aus, wird debeo am 10. mandatiert. Das Ziel lautet: den Mieter möglichst schnell wieder zu einer regelmäßigen Mietzahlung führen. Er erhält sofort eine Mahnung, anschließend kontaktiert debeo den Mieter immer wieder, erinnert im Zwei-Tages-Abstand an die ausstehende Zahlung und erfragt den Stand der Dinge. „Auf diese Weise erzeugen wir beim Schuldner andauernde Dringlichkeit“, so Seitz. Steht die Miete am 23. des Monats immer noch zur Zahlung aus, wird der Mieter für ein persönliches Gespräch besucht.

Präsenz und Psychologie

Der Erfolg dieses Vorgehens beruht auf einer Mischung aus Präsenz und Psychologie. Weil debeo den Schuldner nicht aus den Augen lässt, gelingt es diesem nicht, sich durch Liegenlassen der Forderung aus der Verantwortung zu stehlen. Die Mietforderungsmanager machen sich dabei eine wichtige Einsicht zunutze: Wer als erster mahnt und dranbleibt, kommt auch als erster an sein Geld. „Für die Miete reicht das Geld immer. Wir müssen nur dafür sorgen, dass es nicht vorher für andere Dinge ausgegeben wird“, weiß der Unternehmer aus Erfahrung. Es gebe kaum Menschen, die nicht über ausreichend Einnahmen verfügten, um die Miete zu bezahlen.

Sozialverträglichkeit

Die Betreuung durch debeo hilft ihm dabei. „Wir arbeiten sozialverträglich, wir bauen auf ein kooperatives Verhältnis zu den Mietern“, so lautet die Botschaft, mit der sich der Immobilien-Dienstleister eine Alleinstellung am Markt sichert. Im Vordergrund der Arbeit mit den Mietern steht die aktive Beratung - wenn etwa ein akutes Liquiditätsproblem besteht, gibt es auch die Möglichkeit, in Raten zu zahlen. Mieter werden in ihrer Lage nicht allein gelassen, ein mehrsprachiges Call-Center ruft die Mieter an und nimmt sich aller

Fragen an. Die Telefone sind sogar dann noch besetzt, wenn die Büros in den Wohnungsgesellschaften schon leer sind - abends bis 22 Uhr und sogar an Wochenenden!

Win-Win-Situation

Für die Beteiligten schafft dieses Vorgehen eine Win-Win-Situation. Der säumige Mieter wird zu einem Zahlverhalten zurückgeführt, das ihm Mahnbescheid, Räumungsklage und Verlust der Wohnung erspart. Dem Vermieter wird das bestehende Mietverhältnis erhalten und stabilisiert. Das steigert die Nettoerlöse in jedem Bestand.

Mit einer in Deutschland seit mehr als drei Jahren bewährten Praxis setzt debeo eine bekannte betriebswirtschaftliche Weisheit auch für Besitzer bedeutender Wohnungsportfolios um: „Geschäfte mit bestehenden Kunden sind leichter als die Gewinnung neuer Kunden.“ Jeder Mieter, der wieder zahlt, ist ein Gewinn. Denn die Alternative - Auflösung des Mietverhältnisses und Suche nach einem neuen Mieter - ist viel teurer. „7.000 Euro kostet den Eigentümer ein erzwungener Mieterwechsel. Makler, Leerstand, Renovierung, all das summiert sich bei einer Dreizimmerwohnung zu Kosten, die die Höhe einer Jahreskaltmiete leicht übersteigen können“, sagt Seitz.

Der Service von debeo macht den Mieterwechsel in den meisten Fällen überflüssig. Denn durchschnittlich 81 Prozent der Säumigen zahlen ihre Miete. Das ist ein Plus von 30 Prozentpunkten gegenüber dem sonst in der Branche Üblichen. „Im konventionell geführten Mietver-

Fachmesse Freiraum 09

Am 23. und 24. April 2009 findet erstmalig die von der Godelmann KG initiierte Fachmesse FREIRAUM 09 in Högling/Oberpfalz statt. Im Mittelpunkt steht der fachliche Austausch zwischen Planern und Vertretern der Kommunen, Garten- und Landschaftsbauern und dem Handel.

Mit Vorträgen, Workshops, Werksführungen und Ausstellungen auf dem 25 Hektar großen Werksgelände geht das engagierte Programm weit über konventionelle Hausmessen hinaus. Es bietet Anregungen und Informationen für alle, die sich über aktuelle Themen, Entwicklungen und Produkte in der Freiraumplanung umfassend informieren wollen.

Themen, Foren, Workshops

Themenschwerpunkte sind „Mobilität und Siedlungsentwicklung“ sowie „Urbane Freiräume“. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf der Gestaltungsqualität öffentlicher Räume und den Potenzialen von Nahmobilität im Umfeld von Bahnstationen.

Im Forum erwarten die Besucher namhafte Landschaftsarchitekten wie Eelco Hooftman von Goss.max aus Edinburgh, Prof. Regine Keller aus München und Regina Poly, Berlin, mit Informationen und Diskussionen zu aktuellen Aspekten der Freiraumplanung. Der Werkstoff Beton mit seinen gestalterischen Möglichkeiten steht im Mittelpunkt der praxisnahen Workshops zum Freiraumgestaltung. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Weitere Informationen: www.freiraum-godelmann.de

hältnis wird zu spät gemahnt und zu schnell geklagt“, beschreibt der debeo-Geschäftsführer die Verhältnisse am Markt. Die traditionelle Mahn- und Klageabteilung habe ein standardisiertes und automatisiertes Mahnverfahren, das zu viel Zeit verstreichen lasse und nicht auf die individuelle Lage des Mieters eingehe. Dessen Praxis sieht meist so aus: Bald nach der ersten Mahnung bleibt er die zweite Monatsmiete schuldig. Das führe zu oft zu Mahnbescheid, Räumungsklage und anschließender Trennung von einem Mieter, mit allen Folgekosten für den Vermieter. Für debeo ist der harte ju-

ristische Weg nur die letzte Stufe des Forderungsmanagements.

Bewährter Service

Der Service von debeo hat sich den Markt bereits erobert. Im Jahr 2005 gestartet, betreut der Dienstleister mittlerweile einen Bestand von 155.000 Wohnungen und wächst kontinuierlich. Die Kunden von debeo kommen aus allen Bereichen der institutionellen Wohnungswirtschaft: Finanz-Investoren vertrauen ihr Forderungsmanagement ebenso debeo an wie kommunale und städtische Wohnungsgesellschaften. □

Bringt Ordnung ins Baurecht

Für alle Themen des bayerischen Baurechts

Kernstück des Werks ist die ebenso ausführliche wie gut strukturierte Kommentierung der Bayerischen Bauordnung mit Übersichten und grafischen Darstellungen, den Durchführungsbestimmungen sowie dem Baugesetzbuch und weiteren bundes- und landesrechtlichen Vorschriften. Abgedruckt und teilweise erläutert werden darüber hinaus alle sonstigen wichtigen Vorschriften des bayerischen Baurechts.

Zur neuen BayBO:

Mit Inkrafttreten der neuen Bayerischen Bauordnung 2008 ist im bayerischen Baurecht eine neue Ära angebrochen. Der Simon/Busse wird seit Anfang 2008 kontinuierlich auf das neue Recht umgestellt. Zahlreiche zentrale Vorschriften sind bereits eingehend erläutert.

Aktuell

bietet das Werk den Stand Februar 2009. Neu ist jetzt die Kommentierung folgender Artikel:

- Art. 3. Allgemeine Anforderungen
- Art. 9. Baustelle
- Art. 10. Standsicherheit
- Art. 81. Örtliche Bauvorschriften

In den Band II (Anhang) wurden die Technischen Baubestimmungen 2009 aufgenommen.



Fax-Coupon

Simon/Busse, Bayerische Bauordnung
Herausgegeben von Dr. Jürgen Busse, Direktor des Bayerischen Gemeindetages, vormals herausgegeben von Dr. Alfons Simon, Abteilungsleiter a.D.

94. Auflage, 2009, Rund 5500 Seiten, in 2 Ordnern.

- Vorzugspreis für das Grundwerk bei Bezug von 3 fortlaufenden Ergänzungslieferungen € 118,-, ISBN 978-3-406-44019-9 (danach jederzeit kündbar).
- ohne Ergänzungslieferungen € 240,-, ISBN 978-3-406-50080-0

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____ 134654

Bestellen Sie bei Ihrem Buchhändler oder bei:
beck-shop.de oder Verlag C.H. Beck, 78771 München
Fax: 089/38189-402 www.beck.de



Foto: Bild, MWS; ZDF, Vertriebsdaten 0,20 innerhalb Deutschlands bei Kauf beim Verlag

Zeil zur INTERREG Förderung:

Grenzregion Bayern - Tschechien stärken

Der gemeinsame bayerisch-tschechische Begleitausschuss des EU-Förderprogramms INTERREG hat 44 neue Projekte genehmigt. Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil: „Mit den bereitgestellten 21,1 Millionen Euro EU-Mittel unterstützen wir die gemeinsame Entwicklung in den Bereichen wirtschaftliche Zusammenarbeit, Umwelt, Tourismus, Verkehr sowie allgemeine und berufliche Bildung. Mit vereinten Kräften stärken wir nachhaltig die Wettbewerbsfähigkeit der Grenzregion und sorgen für grenzübergreifende Kontakte und den Austausch von guten Ideen und Erfahrungen.“

Das Gesamtvolumen der geförderten Projekte beträgt rund 29,3 Millionen Euro. Die konkreten Effekte des INTERREG-Programms auf das Grenzgebiet verdeutlicht das Projekt „Förderung der touristischen Infrastruktur im Einzugsgebiet des Drachensees“. „Durch den Drachensee bei Furth im Wald konnte der Hochwasserschutz verbessert werden. Jetzt wollen wir die Attraktivität des Gebietes auch für Feriengäste erhöhen“, so Zeil. Hierzu wird am Drachensee ein Servicegebäude für Besucher und Wassersportler sowie eine Umweltstation zur grenzübergreifenden Umweltbildung errichtet. Darüber hinaus sind neue Rad- und Wanderwege, ein Lehrpfad und mehrere Rastplätze im Einzugsgebiet des Drachensees vorgesehen.

Europäische Kulturwege

Mit dem Projekt „Via Nova - Pilgerweg Bayerischer Wald - Böhmerwald“ wird eine INTERREG-Maßnahme aus dem bayerisch-österreichischen Grenzraum nun auch für das bayerisch-tschechische Grenzgebiet fortgesetzt. „INTERREG bietet eine tolle Chance, mit verschiedenen Nachbarländern gleichzeitig gemeinsame Projekte zu realisieren.“, erklärt Wirtschaftsminister Zeil. So erweitere man den Pilgerweg, der von Metten in Niederbayern nach St. Wolfgang in Österreich führt, um einen weiteren Zweig, der von Eiben-

hofen ausgeht. Daneben werden Pilgerführer geschult und Wege ausgestaltet, um den Tourismus in der Region zu beleben.

Gemeinsame kulturelle Wurzeln

Das Projekt „Europäische Kulturwege“ informiert über die gemeinsamen kulturellen Wurzeln und stärkt die europäische Integration. Im Projektteil „Industrie und Kultur“ werden die Wechselbeziehungen zwischen Kultur und Wirtschaft mit verschiedenen Veranstaltungen aufgezeigt. „Mit einer funktionierenden und innovativen kulturellen Basis können wir auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Region voranbringen. Gerade in Zeiten des Strukturwandels müssen wir uns darüber im Klaren sein, wie wichtig das Handwerk und die Industrie ist, damit sich der bayerisch-tschechische Grenzraum optimal entwickeln kann“, betonte Zeil.

Das Ziel 3-Programm Bayern-Tschechien 2007-2013 (INTERREG IV A) ist Bestandteil des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung EFRE und bereits das vierte EU-Programm zur Stärkung des gemeinschaftlichen Grenzraums. Gemeinsame, zweisprachige Projektanträge können bei den jeweils zuständigen Regierungsbezirken in Bayern, den tschechischen Bezirken und für Kleinprojekte bei den Euregios gestellt werden. □

Individuelle Ortspläne

Wie oft sucht man vergeblich auf der Homepage einer Gemeinde die Straße xy. Schön, dass es auch anders geht! Die MBM Landkartentechnik, seit 1982 spezialisiert auf die Herstellung kartographischer Produkte, ist Gemeinden für die Herstellung ihrer Ortspläne bekannt. Relativ neu ist das Angebot, den bei MBM Landkartentechnik hergestellten Ortsplan auch für den Internetauftritt der Gemeinde zu nutzen. Der Ortsplan wird hierzu weiter entwickelt, das heißt mit Zusatzfunktionen wie interaktive Straßensuche und Suche nach öffentlichen Einrichtungen versehen. Das Angebot für das Internet ist ausbaufähig, beispielsweise mit der Anzeige von Hotels und Gaststätten, Apotheken, Arztpraxen, Gewerbe oder auch Theater- und Konzertveranstaltern. Diese lassen sich dann mit dem aktuellen Programm verlinken. Was hat die Gemeinde davon? Einerseits eine aktuelle Gemeindekarte für die Druckversion mit allen gewünschten Einträgen, andererseits dieselbe Karte auf der Internetseite der Gemeinde.

All das werbefrei, mit Zusatztools wie schneller Straßensuche und Suche nach öffentlichen Einrichtungen. Das kartographische Design ist professionell und setzt dabei die Wünsche des Auftraggebers in ein modernes Erscheinungsbild um. Die zeitgleiche und damit kostengünstige Aktualisierung von Druck- und Internetversion garantiert, dass beides auf demselben, aktuellen Stand ist.

Auf Wunsch erhält die Gemeinde auch das Copyright. Die volle Funktionalität und weitere Einzelheiten sind unter www.yourmap.de/interaktiver-Ortsplan einsehbar. □

Auseinandersetzung mit der Presse in einer Katastrophensituation:

Wenn die Kamerateams einfallen

Erfahrungen und Ratschläge des Bad Reichenhaller Altoberbürgermeisters Wolfgang Heitmeier

Die Frage „Wer macht Kommunalpolitik – der Bürgermeister oder der Lokalredakteur?“ wurde beim abschließenden Themenkomplex des Kommunalpolitischen Forums der Akademie für Politische Bildung in Tutzing aufgeworfen (wir berichteten). In seinem Impulsreferat befasste sich Reichenhalls Altoberbürgermeister Wolfgang Heitmeier mit der Frage, was passiert, „wenn internationale Kamerateams nach einer Katastrophe in eine Stadt einfallen“.

Zum Hintergrund: Wolfgang Heitmeier errang überregionale Bekanntheit durch den Einsturz der Eislaufhalle Bad Reichenhall am 2. Januar 2006, bei dem 15 Menschen ums Leben gekommen waren. Zu jener Zeit war er amtierender Oberbürgermeister und wurde von Teilen der überregionalen Medien scharf angegriffen. Im April vergangenen Jahres fand Heitmeiers Vernehmung vor dem Landgericht Traunstein statt. Dort wies der inzwischen abgewählte Rathauschef jegliche Mitverantwortung an der Katastrophe von sich.

Starke Medienkonkurrenz

Wie Heitmeier in seinem Statement eingangs feststellte, weist die heutige Medienlandschaft einige Besonderheiten auf, die die Berichterstattung nachhaltig prägt. Zunächst beeinflusst eine stark gewachsene Medienanzahl und damit Konkurrenz das Geschäft. Hinzu komme, dass die Festanstellung bei Journalisten zunehmend dem flexiblen Modell mit Freiberuflern weicht, d. h. der Zwang zu Aufsehen erregenden Berichten wächst, um Geld zu verdienen. Die Berichterstattung folge den Kriterien „schneller als Mitbewerber und möglichst knackig und mit Aufreißern“, womit eine tiefgreifende Recherche vermehrt in den Hintergrund trete.

Themen und Ereignisse ver-

fügten über eine geringe Halbwertszeit und keinen nachhaltigen Aufmerksamkeitswert, weshalb sie schnell abgearbeitet werden müssten, bevor das Thema beim Kunden „out“ ist, so Heitmeier. Bild- und tonangebende Medien griffen vermehrt und sehr rasch zu „Brennpunkten“, „Spezial“, „Hintergründe“ etc., was dem Zuschauer letztlich vertiefende (Hintergrund-) Erkenntnis vorgaukelte. Indes stärke der zeitliche Druck die unvollständigen, oberflächlichen und ebenso spekulative Berichterstattung.

Wunsch nach Exklusivität

Im Katastrophenfall bedeutet dies laut Heitmeier konkret, dass bei medienwirksamen Ereignissen Heerscharen von Journalisten und Medienleuten auftauchen (beim Reichenhaller Halleneinsturz waren 37 Kameras und 160 Journalisten vor Ort). Nachdem alle möglichst exklusiv bedient werden wollen, dieses Ansinnen aber seriöse Pressestellen nicht leisten können, suchten sich die Journalisten ihre eigene Exklusivität mit Interviews, Umfragen, Meinungsbildern oder durch selbsternannte „Fachleute“.

Negativberichterstattung

Der Alt-OB machte einen „deutlichen Hang zur populären Geschichte“ aus, die - möglichst

emotional besetzt - über Angehörige, Nachbarn oder gängige Vorurteile gestrickt werde. Im Konkurrenzkampf führe dies zu absurden Ergebnissen wie dem Kauf von Bildern und Interviews, in denen der Befragte darum gebeten werde, nur Negatives zu berichten. Da die Ermittlung von Sachverständigen und der Polizei oder der Staatsanwaltschaft im Ergebnis nicht abgewartet werden könne, nähmen die Medien die Rolle des Aufklärers ein. In der Berichterstattung werde von anderen abgeschrieben; zudem würden Details, die in die (eigene) Geschichte passen, überzeichnet, um sich vom Vorlagengeber zu unterscheiden. Durch Duplizierung würden „Fragezeichen-Berichte“ zu Tatsachen; wo Fakten fehlen, werde dies durch nicht gekennzeichnete Meinungen (von der Straße, von Experten etc.) ersetzt.

Flexible Reaktion

Für den Katastrophenfall gab Heitmeier den Kommunalpolitikern folgende Strategien mit auf den Weg: „Krisenmanagement und wirksame Pressebegleitung steht und fällt mit Professionalität!“ Krisenmanagement sei zu 70 % Kommunikation und Kommunikationsmanagement, 20 % seien exakte Vorbereitung, 10 % konsequentes Abarbeiten einer guten Vorplanung und flexiblen Reagieren auf neue Konstellationen. Für (extreme) Krisensituationen sei zu überlegen, ob und woher man gegebenenfalls professionelle Unterstützung gerade im Umgang mit den Medien kurzfristig erhalten kann. Wichtig sei die Pflege eines guten Verhältnisses zur regionalen,

aber auch zur überregionalen Presse. Dies ist nach Heitmeiers Einschätzung „nicht nur eine Aufgabe der Pressestelle, sondern auch eine persönliche Aufgabe“.

Gesicherte Erkenntnisse

Im Katastrophenfall gelte es, die Pressevertreter rund um die Uhr zu begleiten und regelmäßig Pressekonferenzen abzuhalten, in denen den Journalisten stets aktuelle und ausreichende Nahrung gegeben wird. Darüber hinaus sollten Interviewwünsche soweit wie möglich berücksichtigt werden. Persönliche Betroffenheit und Mitgefühl gehöre zur Kommunikation nach außen. Auch sollten trotz hohen Drucks nur absolut gesicherte Erkenntnisse mitgeteilt werden. Vorschnelle Erklärungen (siehe Winnenden - „Tatankündigung im Chat“) brächten sofortigen Glaubwürdigkeitsverlust als „Informant“, der zur Verselbständigung der Medien bei der Recherche führt. Zudem eröffne dies einen neuen negativen Nebenschauplatz unter dem Motto „Medien decken auf.“

Wichtig sei eine aktive Nutzung des eigenen Internetauftritts mit sofortigem Umstellen auf „Aktuelles“ als Startseite, Kurzinfo über den Vorfall und Einstellen der abgegebenen Presseerklärungen, betonte der Alt-OB. Somit bestehe die Chance, die öffentliche Meinung durch Fakten und gesicherte Erkenntnisse zu stabilisieren.

Einer spricht nach Außen

Als interne Grundsätze in der Krise hob Wolfgang Heitmeier zunächst die Klärung der eigenen Rolle hervor. Es stelle sich die Frage, ob möglicherweise

Angebot der Akademie für Verwaltungs-Management:

Pressewerkstatt für die öffentliche Verwaltung

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wird zunehmend zum entscheidenden Faktor für den Erfolg oder Misserfolg überzeugenden Handelns in der modernen öffentlichen Verwaltung. Pressearbeit muss inhaltlich und formal hoch qualifiziert erfolgen, wenn die gewünschte Wirkung erzielt werden soll. Was zählt ist die Praxis. Das nötige Rüstzeug dafür vermittelt die Bayerische Akademie für Verwaltungs-Management in ihrer Pressewerkstatt nach dem Motto: „Learning by doing“.

Die Pressewerkstatt ist ein Programm, das 2009/2010 erstmalig in Bayern für Kommunale Mandatsträger und verantwortliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus Pressestellen der öffentlichen Verwaltung durchgeführt wird und aus folgenden fünf zusammenhängenden Elementen besteht: 1. Spontane und planbare Öffentlichkeitsarbeit, 2. Rhetorik intensiv, 3. Umgang mit der Presse in Krisensituationen, 4. Medientraining, 5. Erfahrungsaustausch und Konzeptentwicklung.

Das Programm dauert insgesamt zehn Tage, es werden maximal 14 Plätze angeboten. Trainer und Trainerinnen für dieses Programm sind erfahrene Medien- und Marketingexperten mit fundierten Erfahrungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Weitere Informationen bei Daniela Setz, Tel.: 089/21 26 74 – 30, eMail: setz@verwaltungs-management.de DK

ein Kausalbeitrag zur Entstehung des Unglücks durch die eigene Institution besteht und ob intensiv abgewogen werden muss, wer permanenter Ansprechpartner für die Medien ist (Pressesprecher oder Bürgermeister). In jedem Fall müsse klar sein, „dass nach außen von Anfang an nur einer spricht“.

Bei längeren Krisen empfehle sich das sofortige Inkrafttreten „einer für den Ernstfall klaren Aufgaben-Personal- und Ablauforganisation, die eingeübt ist, rasch steht und eine interne, entscheidungsstarke Führungsspitze für den inneren Betrieb hat“. Die Erreichbarkeit für interne Kommunikation sei sicherzustellen, auch müsse das Persönlichkeitsrecht der Opfer und vom Unglück Betroffener geschützt werden. Außerdem müssten ggf. Mitarbeiter (betroffenes Personal

und Personal in Einsatzorganisation) vor Medienbesuchen abgeschirmt werden.

Professionalität

„Kommunikation“, so Heitmeiers abschließender Appell, „geht nicht nur nach außen, sondern auch nach innen.“ „Vergessen Sie deshalb nicht Ihre Mitarbeiter in der Kommunalverwaltung selbst, Ihre Vertreter im Amt und die Fraktionen/Mitglieder in den Räten! Stellen Sie sich auf eine „Invasion“ ein, die sich nur bedingt bedienen lässt.“ Notwendig sei eine eigene Professionalität, die sich zweifellos vorbereiten und trainieren lasse. Eine verlässliche Strategie - auch gegen überbordende Eigendynamik wie Vorverurteilungen oder Schuldigenfeststellung - könne freilich auch er, Heitmeier, nicht bieten. DK

Initiativversammlung der Bürgerstiftung Rosenheim:

Stiften macht Spaß

„Ich freue mich, welche großen Kreise die Bürgerschaftsidee in kürzester Zeit in Rosenheim schon gezogen hat“, so Bürgermeister Anton Heindl bei seinem Grußwort zur Initiativversammlung der Bürgerstiftung. Heindl rief alle anwesenden Bürger auf zu stiften, „denn wir brauchen die gemeinsame Kraft der BürgerInnen in Rosenheim zur Bewältigung der Aufgaben“, so Heindl weiter. „Als attraktive, vielfältige Stadt, gibt es in Rosenheim bereits einige Stiftungen, und die Bürgerstiftung ist eine gute Ergänzung zu den bereits bestehenden Stiftungen“.

Moderatorin und Stifterin Özlem Zenker konnte in Rosenheim zum zweiten Mal Professor Dr. Pfeiffer, Leiter des Kriminologischen Instituts Niedersachsen begrüßen. Pfeiffer hat mit seinem Kommen sein Versprechen beim 2. Eltern-Kind-Tag im Herbst 2008 eingelöst, die Rosenheimer Bürgerinnen und Bürger bei der Gründung einer Bürgerstiftung zu unterstützen.

„Stiften macht Spaß“ so Professor Pfeiffer bei seiner spannenden Erzählung von der Gründung der ersten Bürgerstiftung in Deutschland im Jahr 1997 in seinem eigenen Wohnzimmer, „aber es braucht am Anfang viel Zeit, so Pfeiffer weiter, denn, „die

erste Million ist die schwerste“. Die Bürger der Stadt müssen zunächst Vertrauen in die Aktionen und Projekte einer Bürgerstiftung gewinnen. Pfeiffer schilderte verschiedene Projekte, die erfolgreich in Deutschland von Bürgerstiftungen initiiert und unterstützt werden.

Förderung sozial Benachteiligter

Durch ehrenamtliche Lernpaten und die gezielte Förderung von Migrantenkinder ist zum Beispiel der Anteil der türkischen Jugendlichen an den höheren Schulabschlüssen in Hannover deutlich gestiegen. In Ham-

burg hatte die Bürgerstiftung alte Instrumente gesammelt. Kinder aus sozial benachteiligten Familien erhalten nun ehrenamtlich von Bürgern Musikunterricht. „Über eine Bürgerstiftung können Bürger aus der Bürgermitte heraus die Stadt verändern.“ „Stiften macht Spaß, weil Stifter Menschen treffen und neue Menschen kennenlernen. Es wird nicht nur darüber geredet, was getan werden soll, sondern es werden Dinge getan.“

In einer Bürgerstiftung kann man nicht nur stiften, sondern auch spenden oder die Bürger können sich ehrenamtlich in einem Projekt engagieren.

Engagement willkommen

Wenn die Bürgerstiftung Rosenheim 5-jähriges Bestehen feiert, versprach Professor Pfeiffer die Festrede in Rosenheim zu halten. Bis dahin empfahl er den Aktiven nach dem kleinen Prinzen von Antoine de Saint-Exupéry: „Wenn Du ein Schiff bauen willst, so trommle nicht Männer zusammen, um Holz zu beschaffen, Werkzeuge vorzubereiten, die Arbeit einzuteilen und Aufgaben zu vergeben, sondern lehre die Männer die Sehnsucht nach dem endlosen weiten Meer!“

Willi Schmid, 1. Vorsitzender des Stadtteilvereins Miteinander e.V. bedankte sich bei Professor Pfeiffer für den wundervollen Vortrag und bei der Soziale Stadt für die Unterstützung: „Alle Bürger, die stiften wollen, spenden wollen, sich ehrenamtlich engagieren wollen, Ideen haben oder informieren wollen sind herzlich willkommen und können sich bei uns melden.“ □



Die Mitglieder der Bürgerstiftung Rosenheim bei der Initiativversammlung ihres Zusammenschlusses. □

Die, die immer für einen da sind, kann man nicht kaufen. Zum Beispiel Familie, Freunde oder die Sparkasse.

Durch ihre kommunale Bindung sind Sparkassen die Institute aller Bürgerinnen und Bürger. Sie orientieren sich an den Interessen der Gemeinschaft. Daher dürfen sie auch nicht von anderen Banken übernommen werden, die nur die Rendite ihrer Aktionäre steigern wollen. Die kommunale Trägerschaft ist die Grundlage dafür, dass sich die Sparkassen überall in Deutschland für die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort engagieren können.

Dem Wohlstand ihrer Region und den dort lebenden Menschen verpflichtet: die Sparkassen. Gut für Sie – und gut für die Region.

„Guten Bankberater?“

„Buch heute noch sicher?“

„Wo bekomme ich eine „Mit welcher Anlagestrategie erziele ich die beste Rendite?“

„... faire Beratung?“ „Wird sich der Finanzsektor wieder erholen?“

Anworten zur Finanzkrise.

Stellen Sie uns jetzt Ihre Fragen – in Ihrer Sparkasse oder online unter www.gutfuerdeutschland.de

„... mit meiner Altersvorsorge um?“

„... guten Bankberater?“ „Wird sich der Finanzsektor wieder erholen?“

„... auch in 20 Jahren noch was wert?“



Neuwahlen bei der Günzburger KPV:

Bestätigtes Führungstrio

In seine zwölfte Wahlperiode als Kreisvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) geht Hans Joas. Der Gundremminger Kreisrat begleitet seit 1986 dieses Amt. Zuvor war er bereits neun Jahre Schriftführer. Das Führungstrio bilden weiter die Bürgermeister Hans Klement (Ichenhausen) und Gerhard Glogger (Balzhausen). Zu Beisitzern gewählt wurden Roland Kempfle (Burtenbach), Robert Hartinger (Münsterhausen), Matthias Kiermasz (Günzburg), Peter Walburger (Ursberg), Robert Strobel (Bibertal), Gabriele Wohlhöfler (Breitenthal), Georg Schwarz (Thannhausen) und Ilse Thanopoulos (Wiesentbach).

326 Mitglieder zählt der Günzburger KPV-Kreisverband. Mit Genugtuung konnte auf den Ausgang der Landrats- und Kreistagswahlen 2008 zurückgeblickt werden. Hubert Hafner hatte trotz Gegenkandidat eines der besten Landratsergebnisse eingefahren. Die CSU-Fraktion behauptete die absolute Mehrheit obwohl es mehr Wahlvorschläge und mehr Kandidaten gab. Unter Betrachtung des Ausgangs der Landtags- und Bezirkstagswahl kurze Zeit später ist das Ergebnis noch viel höher und als herausragend zu bewerten. Ausschlaggebend war eine

gute Leistungsbilanz und ein geschlossenes Auftreten vor Ort.

Blickpunkt 60 plus

Im zweiten Teil der Veranstaltung setzten sich die Günzburger Kommunalpolitiker mit dem Thema „Blickpunkt 60 plus: Seniorenfreundliche Politik als kommunale Aufgabe“ auseinander. Tatsache ist: Die über 60-Jährigen werden im Jahre 2030 über 40 Prozent der Gesellschaft ausmachen. Der Landkreis Günzburg hat bereits ein seniorenpolitisches Konzept, die Große Kreisstadt Günzburg

richtet einen Arbeitskreis „60+“ ein, in Krumbach sollen u.a. außergewöhnliche Wohnungen für Menschen aller Altersgruppen entstehen. Ein Impulsreferat zur Thematik „Blickpunkt 60 plus“ hielt Peter Bauch, ehemals wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung.

Bevölkerungsentwicklung

„Jeder Kommunalpolitiker sollte sich die Bevölkerungsentwicklung in seiner Kommune einmal genau ansehen“, so der Referent. Entkernung insbesondere von Ortsmitten sind offensichtlich. Einkaufsmärkte siedeln an den Rändern. Doch wie kommt ein nicht mehr so mobiler Mensch dort hin?

Es reicht nicht, wenn die öffentlichen Verkehrsmittel in der Früh und abends verkehren. Kürzere Taktfrequenzen sind erforderlich. Fahrkarten gibt es am Automat. Doch wer erklärt die Funktionsweise? Mit der Größe der Beschriftung geht es im Supermarkt weiter. Zu klein geschrieben für Sehbehinderte. Zu eng gestellte Regale, Belegungen von Geh- und Einkaufswagen fast unmöglich. Fährt man mit dem PKW sind die Parkflächen ebenfalls zu eng bemessen.

Wo und in welchen Abständen sind Ruhebänke aufgestellt? Stehen diese ständig im Schatten und sind dem Wind

ausgesetzt? Seniorenbeiräte sollten diese kritisch unter die Lupe nehmen und die Kommunen deren Rat einholen und auch beachten. Wie wäre es mit einem „Senioren-TÜV“? stellte Peter Bauch in den Raum. Wichtig ist auch die Entflechtung des Verkehrs. Das Klingeln eines eiligen Radlers wird oft nicht gehört. Wenn dann die Leine des geliebten Vierbeiners noch den Weg kreuzt, ist das Malheur vorprogrammiert.

Kommunikation zwischen den Generationen

Wann finden Veranstaltungen für Senioren statt, wie lange dauern diese und wie steht es dort mit der Lautstärke und dem Verstand? Sind die Toiletten auch für Gehbehinderte gut zu erreichen? Eine besondere Lanze brach Peter Bauch für die Kommunikation zwischen den Generationen. Nicht mit dem „Essen auf Rädern“ zu allein-stehenden Menschen sondern Vereinsamte „auf Rädern“ zusammen zum Essen bringen, lautete sein Vorschlag.

Potenziale der Älteren

Schließlich ging es noch um das Nutzen der Potentiale der älteren Generation: Senioren helfen Senioren. Auch im Alter ist geistige Anregung und Fortbildung angesagt. Aber auch hier geht es um die Erreichbarkeit und den Zeitpunkt des Angebotes. Warum also nicht regelmäßig eine „Seniorenecke“ in der Tagespresse, um auf das zweifelloste Teil schon vorhandene Angebot aufmerksam zu machen und zu informieren. **hj**

E.ON Bayern präsentiert oberpfälzer Hausbuch:

Von Fronleichnam bis Martini

Regensburg. (osr) Jetzt ist das oberpfälzer Jahr vollständig. Nach dem weihnachtlichen Hausbuch von Kathrein bis Lichtmess und dem österlichen von Fastnacht bis Pfingsten haben Erika und Dr. Adolf J. Eichseer jetzt als dritten Band „Oberpfälzer Leben“ herausgegeben, das Hausbuch von Fronleichnam bis Martini. Es folgt dem Jahreskreis der Kirche und dem traditionellen bayerischen Bauernkalender und bringt, wie es Bezirkstagspräsident Franz Löffler formulierte, „die kulturelle Vielfalt unserer Heimat klar zum Vorschein“.

E.ON Bayern sei bekannt dafür, dass die Idee vom gesellschaftlichen Engagement eine feste Verankerung besitze, sagte Regionalleiter Christoph Henzel bei der Begrüßung. In Zukunft werde das Unternehmen den Bereichen Kultur, Brauchtum und Tradition verstärkt sein Augenmerk widmen, denn diese seien „Lebens- und Überlebensmittel für eine Region. Daran schöpfen wir Kraft, Selbstbewusstsein und Identität.“

Lückenloses Gesamtwerk

Die Eheleute Eichenseer hätten als Herausgeber die Beiträge vieler Autoren gesammelt, geordnet und zu einem Gesamtwerk verbunden, „das nichts auslässt“, lobte der Grafenauer Morsak-Verleger Burkhard Cording. „Wer nach Traditionen

ist er ganz froh, denn: „Die beste Werbung ist die von Mund zu Mund!“

Katheder-Göllner hofft, dass in vielen Kindergärten und Schulen zukünftig vorgelesen wird. Wie es funktioniert, erfahren interessierte Erzieherinnen, Elternbeiräte sowie Lehrerinnen und Lehrer am 23. April in der Stadtbibliothek Donauwörth. Der Beginn ist um 15.00 Uhr, die Teilnahme ist kostenlos, eine vorherige Anmeldung ist erforderlich.

Anmeldung und weitere Informationen u. a. bei Günter Katheder-Göllner, Familienbeauftragter und Bündnis-Koordinator (Tel. 0906/74198 oder per eMail: familienbeauftragter@ladonau-ries.de). **□**



V. l.: Das wiedergewählte KPV-Führungstrio Hans Klement, Hans Joas und Gerhard Glogger. **□**

8. Regionalkonferenz Niederbayern, Oberpfalz, Pilsen:

Stärkere Vernetzung im Visier

Positiv fällt die Bilanz aus, die die Organisatoren der 8. Regionalkonferenz zur Kooperation zwischen Niederbayern, Oberpfalz und Pilsen gezogen haben. Man wolle die drei Regionen bei Kultur, Tourismus und Wirtschaft noch weiter miteinander vernetzen, lautete die Botschaft.

Rund 200 Vertreter aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft hatten unter der Leitung von Regierungspräsidentin Brigitta Brunner zusammen mit Regierungspräsident Heinz Grunwald und dem stellvertretenden Pilsener Regionspräsidenten Ivo Grüner an der zweitägigen Konferenz in Regensburg teilgenommen.

Nach dem wichtigsten Ereignis für das Zusammenwachsen des Kooperationsgebietes - der Öffnung der Grenze in Zuge der Erweiterung des Schengenabkommens am 21. Dezember 2007 - ist die Fortführung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Hilfe der Ziel 3-Förderung der Europäischen Union unter Kofinanzierung des Freistaates Bayern und der Tschechischen Republik gesichert. Mit neuem Schwung geht es nun in Richtung Entwicklung eines gemeinsamen Aktionsraumes.

Es werde dabei ganz wesentlich darauf ankommen, sich zwischen den europäischen Metropolen als zukunftsorientierte Gemeinschaft für eine grenzüberschreitende Kooperation zu verstehen, waren sich die Konferenzteilnehmer einig. Diejenigen Bereiche, von denen die Kooperation einen hohen Mehrwert erwarten lässt, sollen für gemeinsame Projekte unterstützt werden.

Ziel ist zunächst die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit innerhalb des Kooperationsraumes, der wie kein anderer zwischen den Metropolen in der Mitte Europas liegt und über große Potenziale sowie eine hohe regionale Vielfalt vom Donauraum im Süden über das „Grüne Dach Europas“ in seiner Mitte und alt industrialisierte, wieder aufstrebende Räume im Norden und Osten sowie über bedeutende Zentren und charakteristische ländliche Regionen verfügt.

Für die kommenden Jahre zeichnen sich bedeutsame Entwicklungen ab, die es erforderlich machen werden, dass sich der Kooperationsraum noch besser positioniert. Die anstehenden Herausforderungen verlangen eine gemeinsame Bewältigung.

Die anwesenden Vertreter des Kooperationsraumes setzten sich dafür ein, sowohl in den bisherigen Themenfeldern Kultur, Landwirtschaft, Tourismus, Umwelt, Verkehr und Wirtschaft Synergien zu nutzen als auch insbesondere die Zusammenarbeit in den Bereichen berufliche Bildung und Schulen, Gesundheitswesen sowie teilsräumliche Regionalentwicklung stärker zu vertiefen und gemeinsame Projekte zu befördern.

Die Schaffung eines integrierten Bildungs- und Wissenschaftsraumes, die Weiterentwicklung eines nachhaltigen Tourismus, Fragen der künftigen Ausgestaltung der Infrastruktur insbesondere im Zuge des Ausbaus der transeuropäischen Net-

ze (z. B. Schienenkorridor Prag - Pilsen - Regensburg - München bzw. Pilsen - Amberg - Nürnberg) und die Integration in den Wirtschaftsraum der Donaurainer stellen strategische Zukunftsaufgaben für einen gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum dar. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Röbke

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Jakob Döring

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 43 vom 01.01.2009

Anzeigenschluffermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Werden am Welttag des Buches informiert: Die Bibliotheksleiterin Evelyn Leippert-Kutzner (links) und der Familienbeauftragte Günter Katheder-Göllner. Bild: Leitner

Landratsamt Donauwörth:

Vorlesen begeistert Kinder

Leseipatenprojekt informiert Kindergärten und Schulen
Praxiserfahrungen aus erster Hand

Im September 2008 startete eine Arbeitsgruppe im Lokalen Bündnis für Familie das Projekt „Leseipaten“. Innerhalb weniger Wochen meldeten sich allein durch einige Presseberichte und durch Mund-zu-Mund-Propaganda zahlreiche Freiwillige, die bereit waren, Kindern im Alter von 3 bis 10 Jahren vorzulesen - motiviert von nachdenklich stimmenden Meldungen über die Sprach- und Lesekompetenz des Nachwuchses hierzulande.

Heute, ein halbes Jahr später, stehen rund 50 Leseipaten und Leseipaten einsatzbereit. Einige von ihnen sind bereits in Büchereien, Schulen und Kindergärten aktiv.

Nun werden zwei Infoveranstaltungen für Schulen und Kindergärten angekündigt, bei denen das Projekt Leseipaten vorgestellt werden soll. Am 23. April 2009 - dem „Welttag des Buches“ - in der Stadtbibliothek Donauwörth und am 28. April 2009 in der Stadtbibliothek Nördlingen können sich Erzieherinnen, Elternbeiräte sowie Lehrerinnen und Lehrer darüber schlau machen, wie es gelingt, Leseipaten und Leseipaten in den Alltag eines Kindergartens bzw. einer Schule einzubauen.

Warum Vorlesen für Kinder so wichtig ist

„Das Vorlesen und das gemeinsame Lesen mit Erwachsenen motiviert Kinder, selbst zu Büchern zu greifen. Es fördert die sprachliche Entwicklung der Kinder, und sie nehmen es mit Begeisterung auf“, berichtet Evelyn Leippert-Kutzner, die Leiterin der Stadtbibliothek in Donauwörth. Ein wichtiger Aspekt des Leseipaten-Projekts ist deshalb, Kindern erst einmal einen unbeschwernten, spielerischen Zugang zu Sprache zu eb-

nen, ihnen die Lust am Lesen zu vermitteln.

Welche Erfahrungen gibt es bereits mit dem Einsatz von Leseipaten? Wie gelingt es, Vorlesen in den Tagesablauf von Schule und Kindergärten einzubauen? Antworten auf diese und weitere Fragen gibt es bei den Infoveranstaltungen aus erster Hand: Erzieherinnen, Schulleiterinnen und aktive Leseipaten berichten aus ihrem Vorlesealltag und vor allem über ihre Erkenntnisse und Erlebnisse mit den Kindern. „Es läuft super. Die Kinder sind begeistert“, erzählt eine Kindergartenleiterin. „Deshalb wollen wir dieses Angebot noch ausbauen z.B. ein spezielles Nachmittagsangebot für Vorschulkinder.“

Individuelle Lösungen

Auch in Schulen ist der Einsatz von Leseipaten möglich und lohnenswert. „Es gibt mittlerweile so viele gute Praxisbeispiele, dass eigentlich für jede Schule eine geeignete Lösung zu finden sein müsste“, meint der Familienbeauftragte Günter Katheder-Göllner. Er koordiniert nicht nur das Bündnis für Familie, sondern derzeit auch die Vermittlung der Leseipaten und Leseipaten. Dass auch ohne Vermittlungsstelle bereits etliche Leseipatenensätze zu Stande gekommen sind, darüber

Mittelfränkischer Geriatrietag:

Keine Angst vor dem Alter

Angst vor dem Pflegeheim? Das soziale Netz wird immer durchlässiger, der Generationenauftrag greift nicht mehr. Können kleine Pflegeheime in einer überschaubaren Größe existieren? Auf diese Fragen versuchte der 17. Mittelfränkische Geriatrietag in Nürnberg Antworten zu finden.

Die Eröffnung nahmen Irmgard Orterer, die Vorsitzende des Geriatrie-Fördervereins sowie der Schirmherr, Bezirkstagspräsident Richard Bartsch vor. Anschließend beschäftigte sich Prof. Dorothea Geuthner, die Vizepräsidentin der Evangelischen Fachhochschule Nürnberg, mit der „Angst im Alter“. Dr. Christine Zimmermann vom Geriatriezentrum Neuburg/Donau stellte Trainingsprogramme zur „Gesundheitsförderung im Alter“ vor. Welche Angebote für ältere Menschen mit psychischen Erkrankungen der „Wegweiser Gerontopsychiatrie Mittelfranken“ enthält, verdeutlichte Meike Lezius von der Gerontopsychiatrischen Fachkoordination Mittelfranken.

Wichtige Maxime

9.200 alte Menschen leben derzeit in den 230 Pflegeheimen Mittelfrankens. Bald werden es noch mehr sein, weil die Zahl der Senioren in den nächsten Jahren deutlich wachsen wird und derzeit in jedem Landkreis ein bis zwei neue Pflegeheime entstehen. Richard Bartsch, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Geriatrie in Bayern, sieht diese Entwicklung mit Sorge. Nicht nur er beklagt, dass sich bei all jenen, die sich um die Versorgung der alterskranken Menschen kümmern sollen, eine wichtige Maxime noch nicht durchgesetzt hat - dass nämlich vor der Pflege alles getan werden sollte, um durch Rehabilitations-Behandlungen die Selbstständigkeit der betagten Patienten zu erhalten oder wieder herzustellen. Viel zu viele Patienten gingen nach

einem Aufenthalt im Krankenhaus sofort in Pflege, so Bartsch. Dass dies auch massive finanzielle Auswirkungen nach sich zieht, liegt auf der Hand: Von den 19.200 Pflegepatienten im Regierungsbezirk sind 4300 auf Sozialhilfe angewiesen. Für den Bezirk Mittelfranken bedeutet dies eine Brutto-Belastung von derzeit 88 Millionen Euro jährlich. Zieht man ab, was Pflegekasse und Angehörige zuschießen, bleiben immer noch 44 Millionen Euro, die der Steuerzahler in Mittelfranken für diesen Zweck aufbringen muss.

Mögliche Einsparungen

Wären künftig mehr betroffene Senioren in der Lage, sich daheim wenigstens teilweise wieder alleine zu versorgen, könnten nach Meinung von Experten Millionen eingespart werden. Angehörige, Mitarbeiter in den Krankenhäusern und auch Pflegeversicherungen müssten allerdings noch viel intensiver das Ziel „Reha vor Pflege“ anvisieren - zumal es gerade in Mittelfranken gut ausgebaut Strukturen gibt. Elf ortsnaher Einrichtungen zählt Richard Bartsch auf; in jeder Stadt, in jedem Landkreis böten sie den Senioren ihre Dienste an, „und es gibt kaum Wartelisten“.

Pflegestützpunkte

Eine deutlich spürbare Verbesserung erwartet sich der Bezirkstagspräsident, der sich seit fast 20 Jahren speziell auf dem Gebiet der Geriatrie engagiert, von den Pflegestützpunkten, die noch in diesem Jahr in Bayern

entstehen sollen. Derzeit wird noch um die Details der Strukturen gerungen.

Unterdessen hat der Verband der bayerischen Bezirke darauf hingewiesen, dass er zusammen mit der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege eine Weiterentwicklung des sozialräumlichen Managements für erforderlich hält. Verbandspräsident Manfred Hölzlein betonte in diesem Zusammenhang, dass dieses Management alle verfügbaren Ressourcen ergebnisorientiert erschließen werde. Gemeint sind hier: alle klinisch, professionell, ehrenamtlich, nachbarschaftlich und bereichsübergreifend kooperierende Partner - von den Krankenkassen über die Ärzte, die Eingliederungshilfe, Altenpflege bis hin zur Angehörigenelbsthilfe. In diesem Zusammenhang kann hier u. a. an die Reform der Pflegeversicherung mit erweiterten „Demenzleistungen“ und Pflegestützpunkten angeknüpft werden.

Depression und Demenz

Neuere Studien gehen davon aus, dass 20 bis 40 Prozent aller 65-Jährigen an einer behandlungsbedürftigen psychischen Erkrankung leiden. Im Vordergrund stehen dabei Depressionen und demenzielle Erkrankungen, gefolgt von Persönlichkeitsstörungen, wahnhaften Störungen und Abhängigkeitsstörungen. In Zahlen ausgedrückt: Mindestens 17 Prozent aller Menschen über 65 Jahre in Deutschland sind an einer mittelschweren bis schweren Demenz oder an einer Depression erkrankt.

Runde Tische

Wie Verbandspräsident Günther Denzler hervorhob, gebe es Runde Tische, an denen Träger von Pflegeheimen mit gerontopsychiatrischen Stationen oder gerontopsychiatrischen Heimen gemeinsam mit der akuten medizinischen Versorgung, also den Gerontopsychiatern und Geriatern aus den Bezirkskrankenhäusern die Überleitung in die Pflege organisieren und nach neuen Versorgungsmöglichkeiten suchen.

Der Verband der bayerischen Bezirke und die Bezirke bemüht sich sehr um ein hohes Niveau der medizinischen Versorgung alter Menschen. Auch wenn die bayerischen Bezirkskrankenhäuser zahlreiche Geriater beschäftigten, so tun sie dies im Zusammenhang mit dem Sicherstellungsauftrag der gerontopsychiatrischen stationären und teilstationären Versorgung. **DK**

stelle teilen sich derzeit das Nürnberger Menschenrechtsbüro und das Bayerische Bündnis für Toleranz in Bad Alexandersbad. Ein gewähltes Koordinierungsgremium aus Kommunalpolitik, Kirchen, Bürgerinitiativen und Verbänden soll bis zum Sommer einen festen organisatorischen Rahmen schaffen.

Die „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion“ wurde gegründet, weil immer wieder nordbayerische Gemeinden wie Gräfenberg oder Warmensteinach gegen Neonaziaufmärsche kämpfen. Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly fordert in diesem Zusammenhang, dass sich die Bürgermeister selbst an die Spitze der Gegenbewegungen stellen sollten anstatt das Problem zu verharmlosen. **KI**



Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Es ist immer wieder erstaunlich, wie leicht man sich durch das Aussprechen von Selbstverständlichkeiten ins Gespräch bringen kann, wenn es nur gut getimt ist und man den Nerv der Zeit trifft.“ Mein Chef, der Bürgermeister, lehnte sich nach der Lektüre eines Feuilletons zurück, das ausgehend von einer Buch-Besprechung die Deutschen aufforderte, mehr Zeit und Lust auf Gespräche zu verwenden.

Ein solcher Appell erstaunt ja auf den ersten Blick in einem Land, das manchmal beängstigend geschwätzig daherkommt. Musiksender, die früher den Autofahrern einen Mix aus Hits und Werbung servierten, quälen ihre Hörer heute durch dauerquasselnde Moderatoren-Duos und Radio-Talkshows zur Primetime, bei denen man dann erfährt, an welchen Stellen der Mensch überall gepierced sein kann oder wie

gumente werden erst scharf und tief, wenn sie sich an anderen reiben und messen können. Aufzeichnungen von Tischgesprächen historischer Persönlichkeiten geben uns Nachgeborenen Einblicke in die Gedankenwelten von Genies ebenso wie von apokalyptischen Schuftigen. Als literarische Gattung gibt es einmalige Gestaltungsspielräume wie zum Beispiel als „Gespräch mit einem Verstorbenen“, wenn der Autor tatsächliche Zitate neu mischen und diesen damit eine andere Bedeutungstiefe geben kann. Aber auch der belanglose Smalltalk auf der Party, der Ratsch am Wochenmarkt oder die Unterhaltung am Tresen haben wichtige soziale Funktionen, indem sie Menschen zusammen und einander näher bringen.

Und das Bedürfnis nach Gedankenaustausch, nach Kommunikation mit anderen, ist ja überall spürbar. Die Leute schreiben Blogs, twittern was das Zeug hält, teilen sich wahllos aller Welt mit. Warum dabei die Scheu vor dem Gegenüber, vor der spontanen Antwort, der schlagfertigen Erwidderung?

Eine Renaissance des klassischen Gesprächs hat wohl zur Vorbedingung, dass die Gesprächspartner den bei vielen Zeitgenossen verbreiteten Hedonismus zügeln, sie bereit sind, dem anderen wirklich zuzuhören, auf ihn einzugehen und durch eine wohlüberlegte Antwort ernst zu nehmen. Darin läge übrigens auch eine Chance für unsere Sprache, damit mit ihr wieder sorgsamer umgegangen wird.

Mein Chef, der Bürgermeister, hat schon immer das Gespräch gepflegt. Wenn er zu einer politischen Veranstaltung „Der Bürgermeister im Gespräch“ lädt, dann hält er keine langen Reden oder Monologe, sondern diskutiert wirklich mit den Leuten und lässt sie auch zu Wort kommen. Damit zeigt er den Bürgern nicht allein seine Wertschätzung, sondern er bekommt auch mit, was draußen wirklich gedacht wird. Insofern hat der Schriftsteller und Philosoph Ernst Jünger Recht, wenn er auf dem heutigen Kalenderblatt bemerkt: „Ein gutes Gespräch ist der Kompromiss zwischen Reden und Zuhören.“

ihre Sabriul

Vom Umgang mit Sprache

eine viermonatige Eisenbahnreise durch Indien abläuft. Überhaupt Talkshows: Kein Format wurde schon so oft tot gesagt und bei vielen Sendungen hat man den Eindruck, als wäre das Yellow-Press-Schicksal der Moderatorin interessanter als die Sendung. Schließlich ist es per se noch keine gute Unterhaltung, wenn sich Leute unterhalten. Aber dennoch stolpert man beim abendlichen Zappen bei rund einem Drittel der Sender auf einen Stuhlkreis von Plaudertaschen mit höchst unterschiedlichen Promi- oder Relevanzfaktoren.

Vielleicht sind aber genau die Talkshows ein Zeichen für die beklagte Krise des öffentlichen Gesprächs in Deutschland. Diese Sendungen ähneln ja manchmal eher einem medialen Dialog der Tauben, bei dem man den Eindruck hat, die „Diskutanten“ scheren sich nicht den Deut um den Standpunkt des Nachbarn, sondern wollen nur ihre Sicht der Welt autistisch absetzen.

Verloren geht dabei natürlich das Wissen um die geistesgeschichtliche Bedeutung des Gesprächs, des Dialogs, der Diskussion, des Disputs. Große Gedanken wurden seit den Zeiten der Antike in Büchern, in Reden aber ebenso gut in Gesprächen formuliert. Denn manche Ar-

Oberfränkische Landräte:

Informationsfahrt nach Brüssel

Der Bezirksverband Oberfranken des Bayerischen Landkreistages hat unter Vorsitz von Landrat Reinhard Leutner (Lichtenfels) in Brüssel aktuelle kommunalpolitische Fragen erörtert. Die oberfränkische Delegation, der auch Regierungspräsident Wilhelm Wenning und das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistages Johannes Reile angehörten, wurden in der Bayerischen Vertretung durch die Leiterin, Ministerialdirigentin Heidrun Piwernetz, herzlich willkommen geheißen.

Der Leiter des Brüsseler Büros der Europäischen Sparkassen- und Giroverbandes, Dr. Lothar Blatt von Raczeck informierte die Landräte über aktuelle Chancen und Herausforderungen für die Sparkassen innerhalb der Europäischen Union. Weitere Themen waren das EU-Vergaberecht mit den Auswirkungen der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes auf die Kommunen und die interkommunale Zusammenarbeit.

Über die Zukunft der EU-Regionalpolitik und die damit verbundenen Chancen für Oberfranken referierte der zuständige Abteilungsleiter der Europäischen Kommission Christopher Todd von der Generaldirektion Regionalpolitik. Die für Ober- und Unterfranken zuständige Europaabgeordnete Dr. Anja Weisgerber begrüßte die Delegation aus Oberfranken im Europäischen Parlament. Hier wurden aktuelle Auswirkungen der EU-Gesetzgebung in der Praxis diskutiert. Themen waren unter anderem die EU-Dienstleistungsrichtlinie, die Arbeitszeitrichtlinie und aktuelle Probleme beim Verbraucherschutz.

Höhepunkt des Besuchs war ein Besuch der oberfränkischen Landräte und des Regierungspräsidenten im Berlaymont-Gebäude

angesprochen, aber auch Entscheidungen der EU-Kommission mit ihren Auswirkungen auf die Kommunalpolitik ausführlich diskutiert. Kommissionsvizepräsident Günter Verheugen kannte viele der anwesenden Landräte noch aus seiner Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter in Oberfranken.

Ein Besuch bei der Interessenvertretung der Bayerischen Kommunen in Brüssel rundete das Besuchsprogramm ab. Andrea Gehler und Natalie Häusler vom Europabüro informierten die Landräte sehr anschaulich über die Einordnung der kommunalen Daseinsvorsorge mit den kommunalen Zuständigkeiten in das EU-Wettbewerbsrecht. Speziell wurde hier die Situation der kommunal geführten Krankenhäuser innerhalb des gemeinsamen Marktes angesprochen. **□**

Wirtschafts- und Finanzkrise

Anschließend stand Vizepräsident Günter Verheugen im Konferenzraum der Europäischen Kommission den Landräten Rede und Antwort zu aktuellen Themen. Vor allem wurden die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise

Neu aufgelegte Broschüre des Bezirks Oberbayern:

„Hilfe zur Pflege“

Informationen zur Sozialhilfe in stationären Pflegeeinrichtungen gibt die überarbeitete Handreichung „Hilfe zur Pflege“ des Bezirks Oberbayern. Über die Hilfe zur Pflege hinaus werden Leistungen der Pflegeversicherung und andere Sozialleistungen erklärt.

Die knapp 40-seitige Broschüre enthält Grundwissen zum Thema Sozialhilfe und beantwortet die Frage, wie Einkommen und Vermögen für die Hilfe zur Pflege eingesetzt werden und wer im Ernstfall unterhaltspflichtig ist. Zahlreiche Be-

rechnungsbeispiele veranschaulichen die unterschiedlichen finanziellen Konstellationen.

Zuständig für die Gewährung von Sozialhilfe für Menschen, die teil- oder vollstationär Leistungen in Alten- und Pflegeheimen in Anspruch nehmen, sind die sieben bayerischen Bezirke. Dabei nehmen die Leistungen der sog. Hilfe zur Pflege bedeutenden Raum ein - allein der Bezirk Oberbayern hat im Jahr 2008 ca. 134 Millionen Euro netto für diese Art der Sozialhilfe aufgewandt. **□**

Allianz gegen Rechtsextremismus:

Aktion statt Reaktion

Im Nürnberger Rathaus sind rund 300 Vertreter von etwa 140 nordbayerischen Kommunen zusammengelassen, um über eine Allianz gegen Rechtsextremismus zu diskutieren. Der Bürgermeister von Gräfenberg, Werner Wolf, sagte, Franken sei zu einem Hauptaktionsgebiet der Rechtsextremisten geworden. In der oberfränkischen Gemeinde marschieren regelmäßig Neonazis auf.

„Wir sind uns der großen Gefahr einer schleichenden Verbreitung rechtsextremistischer Gedankengutes bewusst“, meinte Wolf bei seiner Begrüßung. Rechtsextremismus sei in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Davon dürfe man nicht länger die Augen verschließen. Jede Gemeinde könne von derartigen Aktivitäten getroffen werden. Laut Wolf stellt eine Einschränkung des Versammlungsrechtes kein geeignetes Mittel dar, um Rechtsextremismus einzudämmen. Stattdessen seien alle Bürger in der Pflicht, die Demokratie zu verteidigen.

Langfristige Strategie

„Der Rechtsextremismus war in Franken schon immer gut aufgestellt“, betonte Hans Hesselmann, Leiter des Menschenrechtsbüros der Stadt. In der Tradition der NSDAP sähen sich auch heute noch viele Nazis. „Es ist wichtig, eine langfristige Strategie zu entwickeln, um der Ideologie entgegenzuwirken“, so Hesselmann. Demos bildeten dabei nur die Spitze des Eisbergs: „Schlimmer sind die Biedermänner, die Wölfe im Schafspelz - vor allem, wenn sie Jugendliche mit Freizeitangeboten ködern.“ Bei der Gründungsveranstal-

lung diskutierten die Vertreter von Gemeinden und Bürgerinitiativen vor allem Möglichkeiten der engeren Zusammenarbeit. Den Initiatoren geht es vor allem um Prävention. Die Gemeinden sollten nicht nur reagieren, wenn Neonazis Aufmärsche anmelden. Sie sollten vielmehr präventiv Jugendliche vor rassistischem Gedankengut schützen, forderte Hesselmann. Für Herbst etwa ist geplant, alle Schulleiter der Region einzuladen, um sie gegen Rassismus an Schulen zu sensibilisieren.

Problem öffentlich machen

Obwohl sich Hans Hesselmann und Simone Richter - Leiterin der Projektstelle gegen Rechtsextremismus des Bayerischen Bündnisses für Toleranz - über den regen Zulauf freuen, hoffen sie auf weitere Kommunen. Noch fehlte vielen der Mut, ihr Problem öffentlich zu machen: „Wir wollen Aufklärung betreiben, dass es nichts Anrüchliches ist, offen mit rechtsextremistischen Aktivitäten in der Gemeinde umzugehen“, hob Simone Richter hervor. Viele meinten, wenn sie das Problem benennen, würde das Nazis erst recht anziehen. „Das Gegenteil ist der Fall“, sagte Richter. Die Aufgaben der Geschäfts-

Zum 60. Geburtstag von Landrat Roland Schwing:

„Das Glas ist immer halb voll“

„Nur wer an die Zukunft glaubt, glaubt auch an die Gegenwart.“ Dieses brasilianische Sprichwort hat sich Miltenbergs Landrat Roland Schwing auf die Fahnen geschrieben. Am 19. April feiert er seinen 60. Geburtstag.

Roland Schwing, gelernter Diplom-Wirtschaftsingenieur, ist seit 1986 Landrat des Landkreises Miltenberg. Sport steht im Mittelpunkt seiner Freizeit, obwohl ihm die Arbeit nur noch Zeit zum gelegentlichen Tennis- und Fußballspiel lässt. Neben vielen Vereinsmitgliedschaften brachte ihm sein Amt als Landkreischef neue Positionen. Besonders am Herzen liegt dem Jubilar die Vertretung des Kreises im Innovationsring „Kreisverwaltung der Zukunft“ des Deutschen Landkreistages. Seit 1997 ist Schwing auch Leiter des Innovationsrings des Bayerischen Landkreistages, einem Zusammenschluss von 21 bayerischen Landkreisen. Im Mai 2002 schließlich wurde er zum Vizepräsidenten des Bayerischen Landkreistages gewählt.

glaubwürdiges Handeln die Menschen zu überzeugen.

Mehr Optimismus

Optimismus sei auch wichtig für das von der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise geprägte Jahr



Roland Schwing.

Vertrauen gewinnen

Landrat Schwing wirbt für Vertrauen, Optimismus und Kreisbewusstsein. Dies seien die entscheidenden Voraussetzungen für eine gute Zukunft des Landkreises Miltenberg. Mit großer Sorge beobachtet er freilich die immer weiter zurückgehende Wahlbeteiligung. Leider sei in Deutschland keine Begeisterung mehr für die Demokratie zu spüren. Dies sei eine bedenkliche und gefährliche Entwicklung. Deshalb sei es notwendig, dass die Menschen wieder Vertrauen gewinnen. Die Politik sei aufgefordert, durch

„Glas immer halb voll und nicht halb leer“ sei.

Warnung vor „lokalen Kirchtürmen“

Wieder gestärkt werden müsse das Kreisbewusstsein innerhalb der kommunalen Familie. Mit Sorge betrachtet der Miltenberger Landrat die Entwicklung, dass die „längst abgebaut geglaubten lokalen Kirchtürme“ langsam wieder zum Vorschein kommen.

Der Landkreis könne nur so stark sein wie die Summe der 32 Städte, Märkte und Gemeinden. Das Ziel „gleichwertige Lebensbedingungen im Landkreis“ bedeute nicht „gleiche Lebensbedingungen in jeder Gemeinde“. Dies sei nicht zu verwirklichen. Der Landkreis Miltenberg benötige sowohl die „Geschäftsmeile Maintal“ als auch die „landschaftlich reizvollen sowie intakten Erholungs- und Rückzugsgebiete der Naturparke Spessart und Odenwald“. Eine „Auflösung der kreisweiten Solidarität“ würde zu einer Schwächung des Landkreises Miltenberg im internationalen Wettbewerb führen.

Generationengerechtigkeit

Landrat Schwing weist auch auf die Generationengerechtigkeit hin. Bei allen Entscheidungen und Notwendigkeiten der Gegenwart müssten die Auswirkungen auf die künftige Generation berücksichtigt werden. Dies gelte für die Verschuldung des Landkreises Miltenberg genauso wie für andere Bereiche, wie zum Beispiel den Zustand aller Kreiseinrichtungen.

Gerade im kommunalen Bereich seien negative Auswirkungen so gering wie möglich zu halten, erläutert der Jubilar. Deswegen beteilige sich der Landkreis auch mit zusätzlichen Investitionen am Konjunkturprogramm II des Bundes. In-

samt seien im Haushalt 2009 13,8 Millionen Euro Investitionen vorgesehen. „Das ist das kommunale Konjunkturprogramm des Landkreises Miltenberg“, betont Schwing. Denn damit würden auf jeden Fall auch Arbeitsplätze im mittelständischen Bereich gesichert. Was die Wirtschaft augenblicklich benötige, seien „Aufträge, Aufträge und nochmals Aufträge“.

Verschuldung senken

Mit Blick auf die Zukunft prognostiziert der Landkreischef eine sinkende Steuerkraft des Landkreises, steigende Unterkunftskosten und niedrigere Ausgleichszahlungen des Freistaates Bayern bei Harz IV sowie höhere Jugendhilfekosten. Dennoch bleibe es das erklärte Ziel, die Verschuldung des Landkreises Miltenberg unter die Schwelle von 40 Millionen Euro zu senken. Dadurch werde Spielraum für die nächste Generation geschaffen.

Kompetenzregion

Dass sich der Bayerische Untermain, der östliche bayerische Teil des Rhein-Maingebietes, immer mehr als Kompetenzregion für Hochtechnologien etabliert, ist mit ein großes Verdienst des Miltenberger Landrats, der sich stets für optimale Rahmenbedingungen eingesetzt hat. Auch soziale Konzepte wie das Projekt Notinsel, das unter seiner Schirmherrschaft steht, liegen Schwing am Herzen. Bereits rund ein halbes Jahr nach dessen Beginn im Herbst 2008 wurde das Projekt in mehr als der Hälfte der Städte und Gemeinden im Landkreis Miltenberg umgesetzt.

Projekt Notinsel

Beim Projekt Notinsel handelt es sich um ein großes Netzwerk von Läden und Geschäften, die Kindern in Gefahr einen Zufluchtsort bieten. Die Läden signalisieren ihre Hilfsbereitschaft mit dem Notinsel-Symbol an ihrer Türe. Kinder kön-

nen sich aber auch an das Personal wenden, wenn es um kleinere, alltägliche Probleme handelt – beispielsweise einen vergessenen Haustürschlüssel. Das Projekt soll ein besonderes Zeichen für Kinderfreundlichkeit und Kinderschutz sein.

Kreismülldeponie als wichtige Investition

Aktuell darf sich Schwing über eine wichtige Investition in die Infrastruktur des Landkrei-

ses freuen: die Erweiterung der Kreismülldeponie Guggenberg. Symbolisch gab er vor kurzem den Startschuss zu der rund 2,84 Millionen Euro teuren Erweiterung. Wie Roland Schwing ausführte, werde es immer schwieriger, neue Standorte für Abfallentsorgungsanlagen zu finden. „Mit den Standorten Erlenbach und Guggenberg haben wir dieses Problem gelöst und die Abfallentsorgung auf Jahrzehnte gesichert“, so die erfreuliche Bilanz des Landrats. **DO.**

Pfaffenhofener Landrat Josef Schäch:

Vorläufige Amtsenthebung

Wegen des Verdachts auf gravierende Verstöße gegen Haushaltsbestimmungen ist der Landrat des Landkreises Pfaffenhofen/Ilm, Josef Schäch, vorläufig des Dienstes entzogen worden. Die Vorwürfe fallen in den Zeitraum 1990 bis 2008, als der Politiker der Freien Wähler Bürgermeister von Wolnzach war.

Wie die Landesadvokatur Bayern mitteilte, wird dem früheren Bürgermeister der Marktgemeinde Wolnzach unter anderem vorgeworfen, gemeinsam mit dem Kämmerer des Orts maßgeblich an versteckten Kreditaufnahmen von zeitweise bis zu fünf Millionen Euro mitgewirkt zu haben. Außerdem soll Schäch davon gewusst haben, dass sich sein Kämmerer aus der Gemeindegatschulle bedient hat, um damit zwei Privatautos zu finanzieren. Die entsprechenden Zahlungsanordnungen in Höhe von insgesamt 31.000 Euro tragen allesamt Schächs Unterschrift.

Ein Anwalt des 62-jährigen Landrats kündigte bereits an, vor dem Verwaltungsgericht umgehend gegen die Dienstenthebung vorzugehen. Er sagte, der Kämmerer habe das Geld ohne Wissen seines Vorgesetzten abgezweigt. Dies habe der frühere Kämmerer auch in seiner eidesstattlichen Erklärung dargelegt. Hinsichtlich der versteckten Kreditaufnahmen erklärte der Anwalt, mit dem Geld seien Investitionen bezahlt worden. Es sei nicht darum gegangen, sich persönlich zu bereichern.

Offener Brief

Derweil schrieb Schäch in einem offenen Brief, er habe in seinem Handeln an das Wohl der Bürger gedacht. In einem Schreiben, veröffentlicht auf seiner Internetseite, heißt es: „Anscheinend sind Formalien heute wichtiger als Probleme zu lösen.“ Die Dienstgeschäfte im Pfaffenhofener Landratsamt führt bis auf weiteres Schächs bisheriger Stellvertreter Anton Westner. **DK**

Disziplinaranzeige

Wegen dieser Vorkommnisse, durch die die Marktgemeinde Zinnschäden von über 200.000 Euro erlitt, wird die Landesadvokatur nun eine Disziplinaranzeige erheben. Bereits im vergangenen November war gegen Schäch ein Disziplinarverfahren wegen des Verdachts von Dienstvergehen eingeleitet worden.

Vorschau auf GZ 9

In unserer Ausgabe Nr. 9, die am 30. April erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Wasser - Abwasser
- Kommunale Baupolitik
- Kommunalfahrzeuge

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperreffosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahnenmasten/Fahnen



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Kindergarteneinrichtungen



Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de • www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst



Gmeiner GmbH
Daimlerstraße 18
92533 Wernberg-Köblitz
Tel.: 09604/93267-0, Fax: -49
E-Mail: info@gmeiner-online.de
www.gmeiner-online.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74

Abzeichen



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahradabstellanlagen



Schacht-Ausrüstungen



Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen



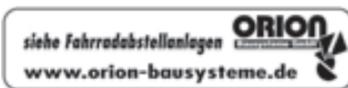
Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de • www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Inserieren bringt Erfolg!

www.bayerische-gemeindezeitung.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen



Aussenmöblierung



- Abfallbehälter
- Absperreffosten
- Fahrradständer
- Sitzbänke u.a.

Möblierung für Aussen
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden
Telefon 07195/693300 · Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoeblierung.de



Sportgeräte



Grüniger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69050 · Fax 07195/690577 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Wasserzähler

HYDROMETER

Messtechnik und Systemlösungen
HYDROMETER GMBH
Industriestr. 13 | 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/ 18 06 0
Fax: 09 81/ 18 06 605
www.hydrrometer.de